

Stenographisches Protokoll.

8. Sitzung der V. Session der VI. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Freitag, den 19. Dezember 1958.

Inhalt

1. Eröffnung durch Präsident Sassmann (Seite 235).
 2. Abwesenheitsanzeige (Seite 235).
 3. Verhandlung:
 - Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1959. Spezialdebatte.
Fortsetzung der Spezialdebatte zu Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, ordentlicher, außerordentlicher und Eventualvoranschlag. Redner: Abg. Scherz (Seite 235), Abg. Dienbauer (Seite 237), Abg. Sigmund (Seite 238), Abg. Endl. (Seite 242), Abg. Schmalzbauer (Seite 244), Abg. Anderl (Seite 246), Abg. Weiß (Seite 247), Abg. Grabenhofer (Seite 250), Abg. Dubovsky (Seite 253), Abg. Marwan-Schlosser (Seite 263), Abg. Neubauer (Seite 266), Abg. Lauscher (Seite 268), Abg. Zeyer (Seite 270), Abg. Scherrer (Seite 272), Abg. Staffa (Seite 274), Abg. Laferl (Seite 275); Abstimmung (Seite 276).
 - Spezialdebatte zu Gruppe 8, Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen, ordentlicher und außerordentlicher Voranschlag. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 277); Abstimmung (Seite 277).
 - Spezialdebatte zu Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, ordentlicher und außerordentlicher Voranschlag. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 277); Abstimmung (Seite 278).
 - Gesetzentwurf über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1959. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 278); Abstimmung (Seite 278).
 - Dienstpostenplan 1959 und Antrag auf Genehmigung der im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 279); Redner: Abg. Mörwald (Seite 279); Abstimmung (Seite 280).
 - Abstimmung über den gesamten ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag und Eventualvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1959 (Seite 281).
 - Landesrat Müllner (Seite 281), Präsident Sassmann (Seite 282).
 - Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1958, Bewilligung von Überschreitungen und Nachtragskrediten. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 283); Abstimmung (Seite 283).
 - Antrag des Gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses, betreffend die Genehmigung des Voranschlages des Schulbaufonds für Niederösterreich für das Jahr 1959. Berichterstatter Abg. Kuntner (Seite 283); Abstimmung (Seite 284).
 - Antrag des Gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses, betreffend Genehmigung des Voranschlages des Schulbaufonds für Niederösterreich für das Jahr 1959. Berichterstatter Abg. Kuntner (Seite 284); Abstimmung (Seite 285).
 - Antrag des Kommunalausschusses, betreffend die Stadtgemeinde St. Pölten, Bericht des Rechnungshofes über die Gebarungsprüfung 1956 und 1957. Berichterstatter Abg. Sigmund (Seite 285); Abstimmung (Seite 285).
 - Antrag des Kommunalausschusses, betreffend die Erhebung der Ortsgemeinde Gänserndorf, politischer Bezirk Gänserndorf, zur Stadtgemeinde. Berichterstatter Abg. Kuntner (Seite 285); Redner: Abg. Weiß (Seite 286); Abstimmung (Seite 286).
 - Präsident Sassmann (Seite 286), Abg. Schwarzott (Seite 287).
- PRÄSIDENT SASSMANN (um 9 Uhr 38 Minuten): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.
- Von der heutigen Sitzung ist entschuldigt Herr Landeshauptmann Steinböck.
- Wie bereits angekündigt, habe ich die Zahlen 602, 603 und 605 noch auf die Tagesordnung dieser Sitzung gestellt.
- Die Zahl 609 wurde im Gemeinsamen Landwirtschaftsausschuß und Verfassungsausschuß nicht behandelt.
- Wie ich gestern mitteilte, habe ich auch die im Kommunalausschuß verabschiedeten Zahlen 610 und 612 auf die Tagesordnung dieser Sitzung gesetzt und ebenso die im Verfassungsausschuß verabschiedete Zahl 559 — Lichtschauspielgesetz.
- Bei den Beratungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1959 setzen wir die Spezialdebatte zur Gruppe 7 — Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung — fort.
- Zum Worte gelangt Herr Abg. Scherz.
- Abg. SCHERZ: Hohes Haus! Wenn der Voranschlag für das Jahr 1959 eine Summe enthält, die geeignet ist, die Existenz der Landwirtschaft in ihren verschiedenen Zweigen zu sichern, so vermischen wir doch einen Betrag, der es ermöglichen würde, Landmaschinenhöfe, die unter der Kontrolle des Landes

stehen müßten, zu errichten. Ich verweise dabei auf einen Antrag der sozialistischen Abgeordneten Tatzber, Niklas und Genossen aus dem Jahre 1951. Wenn damals schon von sozialistischer Seite erkannt wurde, wie notwendig die Maschinenhöfe für die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe sind, so ist diese Forderung heute um so berechtigter, denn die Mechanisierung, die in der Landwirtschaft im Jahre 1951 bestand, steht in keinem Verhältnis zu der des Jahres 1958. Die Verwirklichung des von sozialistischen Abgeordneten gestellten Antrages wurde von der Mehrheit dieses Hauses zuerst verzögert und dann zunichte gemacht; schließlich hat man sich entschlossen, auf privater Basis die Maschinenhöfe zu errichten. Diese Einrichtung hat aber nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die Folge davon war eine verstärkte Landflucht. Nicht nur die Landarbeiter, auch die Besitzer und deren Angehörige waren nicht mehr in der Lage ihre Wirtschaftsertragnisreich zu führen.

Wir glauben daher, daß unser Antrag aus dem Jahre 1951 nach wie vor berechtigt ist. Die Mechanisierung hat in einem Umfang zugenommen, die in keinem Vergleich zu den Einkünften der kleinen und mittleren Bauern steht. Ohne wirksame Hilfe haben diese Menschen in absehbarer Zeit nicht mit einem höheren Einkommen aus ihren Wirtschaften zu rechnen.

Sie werden nun auf die landwirtschaftlichen Maschinenstationen verweisen, die, wie ich gesagt habe, in private Hände gelegt sind. Ich glaube aber, ich muß den Vertretern der Landwirtschaft von der ÖVP-Seite in diesem Hause nicht erst erzählen, wie es in der Praxis mit diesen Maschinenstationen aussieht. Wer kommt denn bei der Zuteilung einer Maschinenstation in Frage? Ein kleiner Landwirt schon deshalb nicht, weil in seinem Betrieb keine Unterbringungsmöglichkeit für die Maschinen vorhanden ist. Es kommt nur ein größerer Landwirt in Frage, bei dem das entsprechende Areal vorhanden ist. So wie es im Leben ist, daß jedem Menschen das Hemd näher liegt als der Rock, so ist es auch bei diesen Maschinenstationen; zuerst kommt die eigene Wirtschaft daran, und wenn diese befriedigt ist, setzt die sogenannte Nachbarhilfe ein. Die Folge ist, daß sie gewöhnlich zu spät einsetzt und trotz der hohen Kosten nur den halben Nutzen bringt. Ich glaube daher, wenn die Gegenseite ehrlich bemüht wäre, die Subventionen, die heute in den meisten Fällen einer einzigen Wirtschaft zugutekommen, der großen Masse der kleinen und mittleren Bauern in Form der Landmaschinenhöfe, nach Kärntner oder steirischem Muster auf-

gezogen, zuwenden würden, wäre diesen auch die Möglichkeit gegeben, ihren Grund und Boden einträglicher zu bewirtschaften. Es würde dadurch auch wahrscheinlich die Landflucht wieder abflauen, weil diese Bauern das Gefühl haben werden, daß sie den Grund und Boden, der ihnen von ihren Vätern überlassen wurde, auch in Zukunft werden erhalten können.

Bei der Gelegenheit will ich auch auf die Buschenschankberechtigung in Niederösterreich hinweisen. Wenn schon im Jahre 1936, bei Schaffung dieses Gesetzes, die Feststellung gemacht wurde, daß es nicht alle Wünsche 100prozentig befriedigt, so trifft das heute in noch größerem Maße zu. Ich darf darauf verweisen, daß von 46.000 Weinhausbetrieben 29.000 weniger als ein halbes Hektar haben, das sind 65 Prozent. Diese Menschen sind nicht in der Lage, aus ihren Weinbaubetrieben den Lebensunterhalt zur Gänze zu decken. Sie sind daher gezwungen, als Arbeitnehmer auf irgendeine Art und Weise ihren Lebensunterhalt sicherzustellen. Nach dem Gesetz vom Jahre 1936 dürfen nur die sogenannten A-Hauer Buschenschank betreiben, während die B-Hauer einer besonderen Bewilligung unterliegen. Die Erteilung dieser Bewilligung ist eine Ermessenssache, die natürlich der Protektion Tür und Tor öffnet. Ich bin Bürgermeister einer weinbaubetriebenden Gemeinde, und ich kann ihnen sagen, daß es so ist, wie ich es gerade aufgezeigt habe. Die Bewilligungserteilung fängt beim Bürgermeisteramt an, geht über die Bezirkshauptmannschaft, dann weiter über die Bezirksbauernkammer und endet bei der Bezirkshauptmannschaft. Diese Maßnahme gegen die B-Hauer, das Recht zum Buschenschank nur mit besonderer Bewilligung zu erteilen, richtet sich eindeutig gegen die Kapitalschwächeren und ist daher ungerecht. Ich möchte daher unter Hinweis auf die unbilligen Härten dieses Gesetzes, wonach der B-Hauer eine besondere Genehmigung braucht, die Mehrheit dieses Hauses ersuchen, sich doch endlich mit der Novellierung dieses Gesetzes zu befassen. Ich erlaube mir daher den seinerzeitigen Antrag der sozialistischen Abgeordneten Tatzber, Pettenauer, Grabenhofer, Scherz, Niklas und Genossen nochmals in Erinnerung zu bringen.

Ich möchte auch heute auf die Wiederbesiedlung von Sommerein Bedacht nehmen. Wir wissen, daß dieses Problem nicht in absehbarer Zeit gelöst sein wird. Wir sehen aber heute schon, daß Kräfte am Werk sind, die die schwere Aufgabe der Wiederbesiedlung von Sommerein nach gerechten Grund-

sätzen in einem zweifelhaften Licht erscheinen lassen.

Eine Regelung für die land- und forstwirtschaftlichen Vermögenswerte, die während der deutschen Besetzung in Österreich für Zwecke der Wehrmacht und der Reichsverteidigung erworben wurden, traf das 3. Staatsvertragsdurchführungsgesetz. Die Bestimmungen dieses Gesetzes berücksichtigen aber nicht die kleinen Pächter. Das Land Niederösterreich nahm am 14. November 1957 die gesetzliche Regelung des landwirtschaftlichen Siedlungsverfahrens für die nach dem 3. Staatsvertragsdurchführungsgesetz zu veräußernden Grundstücke in Anlehnung an die Bestimmungen des Bundesgesetzes vor. Der Bund hat inzwischen das 3. Staatsvertragsdurchführungsgesetz dahingehend novelliert, daß auch Kleinpächter, die am 31. Oktober 1958 Grundstücke gepachtet hatten, bei der Wiederbesiedlung berücksichtigt werden, sofern die Grundstücke zur Sicherung ihrer Existenz benötigt werden. Bei der Wiederbesiedlung von Sommerein wurden jedoch bisher 27 Pächter und drei Landwirte nicht berücksichtigt, obwohl sie ihren Wohnsitz in Sommerein haben. Es zeigt sich also jetzt schon, daß bei Erteilung von Bewilligungen durch die Agrarbehörden für die Weiterbenützung der Grundstücke nicht nach dem Gesichtspunkt der fachlichen Eignung, sondern vielfach nach der politischen Orientierung vorgegangen wird. Aus diesem Grunde werden viele Menschen dieses Gebietes nicht in das Siedlungsverfahren einbezogen werden, wenn sie auch dem Gesetz nach zu den bevorzugten Personen gehören. Sie werden bis zur Eröffnung der Wiederbesiedlung finanziell zugrunde gerichtet sein und die Lasten dieser Aktion nicht tragen können.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ehestens den Entwurf einer Novelle zum Gesetz vom 14. November 1957, betreffend das landwirtschaftliche Siedlungsverfahren, für die nach dem 3. Staatsvertragsdurchführungsgesetz zu veräußernden Grundstücke, zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen, die den durch Art. III des Bundesgesetzes vom 10. Juli 1958, BGBl. Nr. 148 (7. Staatsvertragsdurchführungsgesetz) getroffenen Änderungen Rechnung trägt.“

Ich bitte das Hohe Haus um die Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Dienbauer.

Abg. DIENBAUER: Hoher Landtag! In die

Gruppe 7 gehört auch das Kapitel Förderung der Landwirtschaft. Wenn auch alljährlich bei der Beratung des Kapitels 7 nicht mehr das entsprechende Interesse vorhanden ist — wir sitzen vor halbleeren Bänken —, so möchte ich doch betonen, daß der Förderung der Wirtschaft, sei es der gewerblichen Wirtschaft oder der Landwirtschaft, die entsprechende Bedeutung zukommen soll. Freilich hat die Beratung über das Kapitel 7, gemessen an den Beratungen der Jahre 1945 und 1946 eine entscheidende Wandlung durchgemacht; insofern als man in den Jahren 1945, 1946 und 1947 hauptsächlich von der Ernährung sprechen mußte — 700 bis 1200 Kalorien, zum Leben zuwenig, zum Sterben zuviel — und man sich damals durch einen Wust von Gesetzen hindurchwinden mußte — Bedarfsdeckungsscheine, Bedarfsdeckungsstrafgesetz! Wir erinnern uns noch an diese Zeit, brauchen aber heute davon nicht mehr zu sprechen. Gott sei dank, die Landwirtschaft hat ihre Pflicht erfüllt. Die Landwirtschaft war sich in all diesen Jahren darüber im klaren, daß durch die Sicherstellung der Ernährung die Ruhe und die Sicherheit im Innern des Landes gewährleistet erscheinen. Wo ist heute der Dank für diese Landwirtschaft?

Wenn auch Herr Abg. Marchsteiner gestern schon darauf hingewiesen hat, daß die Landwirtschaft seit dem Jahre 1952 keine Änderung der Agrarpreise erfahren hat, so kann man das immer und immer wieder nur unterstreichen, denn die Preise sämtlicher Bedarfsartikel, sämtlicher Maschinen und die Löhne sind seit dieser Zeit beträchtlich gestiegen. Ich weise nur auf die ausgezeichnete Rede des Herrn Abg. Fuchs hin, der gestern erklärt hat, daß die Wirtschaft ein untrennbares Ganzes ist. Wenn nun die Landwirtschaft als Käufer gewerblicher und industrieller Produkte auftritt und ihr nicht der gerechte Lohn und nicht die gerechten Preise gesichert sind, dann wird sie als Käufer gewerblicher und industrieller Produkte ausfallen, und das wird sich auch auf die gesamte Wirtschaft auswirken. Daher auch hier wieder: Verständnis für die Landwirtschaft!

Die Landwirtschaft verlangt nichts anderes als das gleiche, was man in den ersten Nachkriegsjahren zum Schutze der Konsumenten gemacht hat: ein Landwirtschaftsgesetz! In der Schweiz hat man ein Landwirtschaftsgesetz beschlossen, in Westdeutschland hat man ebenfalls ein Landwirtschaftsgesetz erlassen, obwohl dort die Sozialisten nicht in der Regierung sitzen; man hat die Bedeutung und den Wert der Landwirtschaft erkannt, man hat dort begriffen, daß die Landwirt-

schaft einen Grundpfeiler der gesamten Wirtschaft darstellt.

Wenn wir in diesem Kapitel auch einen Betrag zur Förderung der Landeskultur, zur Förderung der Landwirtschaft, in der Höhe von 9 Millionen haben, so ist das nicht zuviel. Denn gerade durch diese Förderung — und das möchte ich immer wieder betonen — dienen diese Mittel eigentlich nicht nur der Landwirtschaft allein, denn die Bauern gehen mit der Zeit. Ich möchte besonders hervorheben, daß wir im Interesse der Konsumenten wirken. Ist es nicht im Interesse der Konsumenten, wenn wir sagen: Bauern, erzeugt Qualitätsware, Bauern, erzeugt Qualitätsmolkereiprodukte, Bauern, erzeugt keine Fettschweine mehr, sondern erzeugt Fleischschweine, um die Interessen der städtischen Bevölkerung erfüllen zu können? Ich glaube, daß wir wirklich unsere Pflicht erfüllen.

Wir sprechen soviel und mit Recht vom Fremdenverkehr. Wir können ohne Übertreibung sagen, Österreich ist ein billiges Land. Die Fremden kommen nicht von ungefähr nach Österreich. Österreich ist aber nur deshalb ein billiges Land, weil die Bauern zu gerechten, zu angemessenen Preisen ihre Agrarprodukte zur Verfügung stellen, damit auch der Fremdenverkehr in Österreich im Interesse der gesamten Wirtschaft wirken kann.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit insbesondere die Situation in den Streusiedlungsgebieten hervorheben. Auch hier brauchen wir wieder den Fremdenverkehr! Ich höre oft von Städtern, von Beamten und Angestellten sagen: Nur vom Großstadtlärm möchte ich weggehen, ein Plätzchen möchte ich haben, wo ich Ruhe und Entspannung finden könnte draußen im Wald; irgendwo, wo ich nichts mehr höre und nichts mehr sehe vom grauen Alltag. Wir haben dieses Plätzchen draußen im Voralpengebiet! Wir haben diese Plätzchen in unseren Streusiedlungen. Aber einige Dinge fehlen, auf die immer und immer wieder hingewiesen wurde: Wir brauchen Zufahrtswege, nicht nur im Interesse der Bauern, die dort wohnen, sondern im Interesse aller derer, die dorthin fahren wollen. Wir brauchen Wasserleitungen, damit eben der Fremde auch dort findet, was er in der Stadt als selbstverständlich hat und dort leider entbehren muß. Und wir brauchen dort — leider ist das noch nicht überall der Fall, obwohl durch die NEWAG, durch das Referat Waltner, viel geleistet wurde — den elektrischen Strom. Es sind noch Restelektrifizierungen notwendig, damit auch der Städter, wenn er hinkommt, Licht hat; damit er im Genuß der kulturellen Fortschritte bleibt, die für

den Städter begreiflicherweise selbstverständlich sind.

Ich möchte noch auf eines hinweisen. Es wurde bei dem früheren Kapitel sehr viel über das Gesundheitswesen gesprochen. Ich bin Bürgermeister einer Gemeinde und als solcher bei den Assentierungen. Wenn man mit den Militärärzten spricht, hört man immer und immer wieder die Mitteilung, daß die bäuerliche Jugend heute viel schlechter ernährt ist als die städtische Bevölkerung. Das ist bedauerlich, denn seinerzeit war es so, daß man die Bevölkerung vom Lande als gesund und die städtische Bevölkerung als verkümmert hingestellt hat. Hier hat sich eine Wandlung vollzogen.

Ich halte mich an die Vereinbarung, nicht lange zu reden. Ich stelle auch keine Resolutionsanträge. Ich möchte nur bitten, der Wirtschaft, sei es der gewerblichen Wirtschaft, sei es der Landwirtschaft, das zukommen zu lassen, was ihr gebührt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt der Abg. Sigmund.

Abg. SIGMUND: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich habe mich im Vorjahr bei der Budgetberatung sehr ausführlich mit den bäuerlichen Fachschulen beschäftigt. Ich möchte heute nur grundsätzlich zu den Fachschulen folgendes sagen. Ich weiß nicht, ob die Vertreter der ÖVP vielleicht auch hier einen Antrag einbringen, sowie zu den gewerblichen Fachschulen, damit sie der Bund übernimmt. Es würde wahrscheinlich dem Herrn Finanzreferenten bestimmt zur Entlastung seines Budgets sehr angenehm sein, wenn die 19 bäuerlichen Fachschulen so übernommen werden sollten wie die gewerblichen Fachschulen.

Ich habe auch schon im Vorjahr darauf hingewiesen, daß wir selbstverständlich für die Fachausbildung, nicht nur der gewerblichen, sondern auch der bäuerlichen Jugend eintreten. Denn im Zeitalter der Mechanisierung und Automation ist es selbstverständlich notwendig, daß die jungen Menschen eine entsprechende Fachausbildung erhalten. Wenn ich aber dafür eintrete, daß die notwendige Fachausbildung durch die Schulen durchgeführt wird, so trete ich auch genauso dafür ein, daß die Gelder, die der Hohe Landtag vergibt, auch sparsam verwendet werden. Es muß doch endlich einmal gelingen, daß die Beschlüsse, die der Hohe Landtag faßt, auch eingehalten werden. Warum ist es denn nicht möglich, schon im Finanzausschuß, wenn wir das Budget beraten, zu sagen, für welche Objekte die einzelnen Teile der Globalsumme

Verwendung finden sollen. Wir finden immer nur eine Gesamtsumme für den Ausbau der bäuerlichen Fachschulen, aber nachträglich — das stelle ich auch als Obmannstellvertreter des Finanzkontrollausschusses fest — sehen wir, daß manches hätte eingespart werden können. Wir Mitglieder des Finanzkontrollausschusses — nicht nur meiner Fraktion, sondern die Mitglieder des gesamten Finanzkontrollausschusses — haben festgestellt, daß, wenn wir früher gewußt hätten, für welchen Zweck das Geld bestimmt wird, wir da und dort Einsparungen hätten machen können. Manch anderes dringendes Bauvorhaben mußte deshalb oft zurückgestellt werden. Es muß festgestellt werden — zu diesem Schluß bin ich nicht allein gekommen —, daß man auch auf manchem Gebiet und zwar gerade auf dem Sektor der bäuerlichen Fachschulen, Einsparungen hätte vornehmen können.

Ich möchte jetzt nicht von Unterleiten sprechen. Es waren sämtliche Mitglieder des Finanzkontrollausschusses draußen und haben sich davon überzeugt, daß man dort mit den Geldern nicht entsprechend sparsam umgegangen ist; daß man ganz einfach zu bauen beginnt, ohne daß kommissioniert ist; daß man, obwohl noch keine Genehmigung da war, in Unterleiten planlos zu arbeiten begann. Daß dadurch das Bauen um hunderttausend Schilling teurer kommt, brauche ich ja wohl nicht besonders hervorzuheben. Darf ich in Erinnerung bringen, daß im Tätigkeitsbericht des Finanzkontrollausschusses vom Oktober 1956 zehn Punkte aufgestellt waren — übrigens wurde dieser Tätigkeitsbericht vom Hohen Landtag genehmigt — in dem auch verlangt wurde, daß nach Fertigstellung der Planung die Gesamtkosten eines Neubaus auf Grund der Ausschreibung festzustellen sind. Erst dann sollte mit dem Bau begonnen werden. Es heißt im Punkt 10: „Der Hohe Landtag beschließt dann auf Grund des Antrages des Finanzausschusses das Bauvorhaben. Hierbei sollen bei den Planungen nach Möglichkeit Zivilarchitekten aus N.-Ö. beigezogen werden. Das zuständige Landesbauamt hat die Bauaufsicht zu führen.“

Darf ich vielleicht auch auf den Tätigkeitsbericht des Finanzkontrollausschusses für das erste Halbjahr 1957 hinweisen, wo es heißt: „Hinsichtlich der an bäuerlichen Fachschulen durchgeführten Bauvorhaben mußte neuerlich festgestellt werden, daß weder bei Baubeginn noch zum Zeitpunkt der durchgeführten Kontrollen die Gesamtbaukosten feststanden. Bei allen Bauvorhaben wären die genauen Kosten auf Grund von eingeholten Kostenvoranschlägen zu ermitteln, hierauf ein Finanzierungsplan zu

erstellen und erst dann mit den Bauarbeiten zu beginnen.“ Das sind sachliche Feststellungen.

Bei den Budgetverhandlungen im Vorjahr hat der Obmann des Finanzkontrollausschusses, Herr Abg. Hilgarth, nach dem Stenographischen Protokoll gesagt, es werde in Zukunft nur dann gebaut werden, wenn die Planung eines Bauvorhabens technisch und finanziell vollkommen fertiggestellt sei.

Nach Beschlußfassung des Budgets bekommen wir Abgeordnete des Finanzkontrollausschusses eine Aufstellung, woraus man ersehen kann, wie die Globalsumme aufgeteilt wird. Solche Dinge sehen wir entweder bei der Anstalt in Waidhofen a. d. Ybbs oder bei der Textilfachschule in Groß-Siegharts. Wir haben im Finanzkontrollausschuß wegen der Trockenlegungsarbeiten der Schule in Waidhofen einen Antrag gestellt. Die Abgeordneten des Finanzkontrollausschusses wußten, daß die 150.000 S notwendig waren. Ob das nun Hollabrunn oder Retz oder Unterleiten ist, die Summe gehört aufgliedert. Wir haben im Budget 1958 beim außerordentlichen Voranschlag und beim Eventual-Voranschlag insgesamt 6,5 Millionen Schilling zum Ausbau der bäuerlichen Fachschulen bewilligt. Nun sehen wir auf der Liste, obwohl der Herr Landeshauptmann damals auf meine Anfrage im Finanzausschuß erklärt hat, es werde in Tulln mit dem Bau nicht früher begonnen werden, bevor nicht die gesamte Finanzierung feststeht — damit man weiß, was dieses Bauvorhaben kostet —, daß aus dieser Globalsumme 500.000 S zum Beginn des Rohbaues der neuen Fachschule in Tulln bestimmt sind. Warum hat man nicht damals schon sagen können, die Schule kostet so und soviel. Die Mitglieder des Hohen Landtages wollen doch wissen, für welchen Zweck die Gelder Verwendung finden. Das gleiche geschieht bei Unterleiten. Man sollte eigentlich schon im Finanzkontrollausschuß, bevor noch das Budget beschlossen wird, die entsprechende Mitteilung bekommen können. Es sollte nicht nachträglich eine Aufteilung gemacht werden, weil wir dann, wenn wir hinauskommen, vor Tatsachen stehen.

Ich möchte auch heuer, so wie ich dies schon im Vorjahr getan habe, sagen, wir treten für eine entsprechende Ausbildung der bäuerlichen Jugend ein, aber wir verlangen auch, daß man mit den Geldern entsprechend sparsam umgeht. Ich möchte auch, so wie im Vorjahr fragen, warum müssen die Kinder, die die gewerbliche Berufsschule besuchen, 550 S an Internatsgebühren bezahlen und diejenigen, die die bäuerlichen

Fachschulen besuchen, nur 300 S. Im heurigen Jahr glaube ich, sind sie auf 350 S erhöht worden. Ich möchte daher eine Bitte anknüpfen — ich sehe darin einen Akt der Gerechtigkeit —, daß man die Internatsgebühren, egal ob für bauerliche oder gewerbliche Fachschulen, einheitlich regelt.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich auch noch ganz kurz mit dem Fremdenverkehr Niederösterreichs beschäftigen, welcher in der Gruppe 7 aufscheint. Es ist erfreulich, daß der österreichische Fremdenverkehr heuer wieder eine Steigerung von 16 Prozent aufweist. Damit steht Österreich, wie wir aus der Statistik feststellen können, an dritter Stelle der europäischen Fremdenverkehrsländer. 75 Prozent der Ausländer sind aus Westdeutschland gekommen. Der Fremdenverkehr ist für Österreich ein sehr wichtiger Wirtschaftszweig, besonders für unsere Handelsbilanz. Man rechnet im heurigen Jahr mit einem Eingang von 4,4 Milliarden Schilling. Das ist ein sehr ansehnlicher Betrag, wenn man demgegenüber die Ausgaben von 850 Millionen Schilling betrachtet. Nach Ansicht der Fachleute soll auch in den nächsten Jahren mit einer Steigerung zu rechnen sein. Es ist unser sehnlichster Wunsch, daß Niederösterreich einen entsprechenden Anteil am Fremdenverkehr verzeichnen kann. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß vor dem Krieg die Hälfte der gemeldeten Fremden aus den osteuropäischen Staaten stammten, was heute nicht mehr der Fall ist, da der Eiserne Vorhang diese Länder hermetisch abschließt. Wir Österreicher bedauern das ganz außerordentlich. Es würde mehr dem Frieden gedient sein, wenn die Menschen frei reisen könnten.

Auch Niederösterreich hat anteilmäßig an der Gesamtzahl der nach Österreich gereisten Ausländer eine Steigerung zu verzeichnen, die zwar bescheiden ist, aber durchaus entspricht, da dieser Ausländeranteil am niederösterreichischen Fremdenverkehr vor 1938 auch nur höchstens zehn Prozent betragen hat. Niederösterreich legt seit eh und je großen Wert auf den Besuch durch die Wiener. Im Jahre 1957 haben 263.531 Ausländer Niederösterreich besucht, im Jahre 1958 waren es bisher 301.805. Das ist eine Steigerung von 38.274. Die Übernachtungen betragen im Jahre 1957 insgesamt 3.497.858, im Jahre 1958 3.692.912, also um 195.054 mehr. Während in Österreich die Steigerung der Übernachtungen 16 Prozent betrug, hat Niederösterreich nur eine sechsprozentige Steigerung zu verzeichnen.

Hoher Landtag! Wir wissen alle, daß

Niederösterreich ein sehr schönes Reiseland ist, daß es aber, was bereits von einigen Vordnern betont wurde, auf dem Fremdenverkehrssektor noch sehr viel nachzuholen hat, weil in den zehn Jahren der Besatzung praktisch weder durch die Gemeinden noch von den privaten Beherbergungsbetrieben investiert werden konnte. Es wäre nunmehr höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen. Wenn der Herr Finanzreferent am Anfang seiner Budgetrede die Benachteiligung Niederösterreichs so deutlich unterstrichen hat, so möchte ich mit einigen Zahlen nachweisen, daß auch der Fremdenverkehr in Niederösterreich von seiten des Bundes sehr benachteiligt wurde. Laut Statistik und dem Fremdenverkehrsgesetz hat Niederösterreich 169 Fremdenverkehrsgemeinden. Da die Fremdenverkehrsbetriebe dieser Gemeinden allein außerstande sind, die ihnen obliegenden großen Aufgaben zu erfüllen, um wenigstens einen Teil des Versäumten aufzuholen, muß verlangt werden, daß ihnen sowohl der Bund als auch das Land eine entsprechende Unterstützung angedeihen lassen, was im Budget berücksichtigt werden müßte. Wir bedauern es außerordentlich — ich habe schon im Vorjahr darauf hingewiesen, daß die Gemeinden aus dem Besatzungsschädengesetz ausgenommen wurden, was wir als ungerechtfertigt empfinden, da auch sie großen Schaden erlitten haben.

Der Herr Finanzreferent von Niederösterreich hat dem Fremdenverkehr durch die Kürzung der Budgetmittel keinen guten Dienst erwiesen. Waren es 1958 4,1 Millionen Schilling, so sind für das Jahr 1959 im ordentlichen, außerordentlichen und Eventualbudget zusammen insgesamt nur 3,8 Millionen Schilling vorgesehen. Obwohl Niederösterreich aufzuholen hat, und daher der Bedarf sehr groß ist, mußten wir diese Kürzung hinnehmen. Nach Abzug der Besatzungstruppen wurde wegen Zuweisung von ERP-Krediten eine Denkschrift überreicht. Bis Ende 1957 wurden in Niederösterreich 226 Fremdenverkehrsbetriebe mit ERP-Krediten in der Gesamthöhe von 44.224.000 Schilling beteiligt, das sind rund zehn Prozent der in Österreich ausgegebenen ERP-Kredite. Wir hofften, nach Abzug der Besatzungstruppen mit mehr Mitteln bedacht zu werden, da es den westlichen Bundesländern schon in den ersten zehn Nachkriegsjahren möglich war, den Nachholbedarf zu befriedigen. Sowohl Denkschrift als auch diverse Vorsprachen und Eingaben waren praktisch erfolglos, denn auch im Jahre 1958 wurden nur 23 Ansuchen um ERP-Kredite mit einem Gesamtbetrag von 11,6 Millionen Schilling

bewilligt, was wieder nur zehn Prozent der in ganz Österreich ausgegebenen ERP-Kredite von 110 Millionen Schilling ausmacht.

Hoher Landtag! Es wäre wirklich an der Zeit, daß man Niederösterreich bei der Zuweisung von ERP-Krediten bevorzugt behandelt, da insbesondere jetzt von privater Seite der Wille zu Investitionen sehr groß ist. Jeder von uns weiß, was das Einreichen um einen ERP-Kredit für einen dornenvollen Weg bedeutet. Ich könnte Beispiele anführen, wo wiederholt Kommissionen stattgefunden haben; einmal war angeblich der Kostenvoranschlag nicht in Ordnung, das andere Mal stimmte die Baubeschreibung nicht. Es dauert nicht nur Monate, sondern oft Jahre, bis ein Ansuchen erledigt ist, so daß es der eine oder der andere vorzieht, auf den ERP-Kredit zu verzichten und nichts zu investieren. Hier wäre eine Verwaltungsreform sehr angebracht, um die ERP-Kredite rascher an die Ansuchenden zu vergeben, denn es ist ein altes Sprichwort: „Wer rasch gibt, gibt doppelt!“

Viele Abgeordnete werden sicherlich das Gebiet um den Ötscher kennen, das landschaftlich sehr schön ist, insbesondere Lackenhof am Fuße des Berges. Dort befindet sich ein sehr strebsamer Gastwirt, durch dessen Initiative der Zustrom der Fremden um einige hundert Prozent gesteigert wurde. Dieser Mann hat vor Jahren um einen ERP-Kredit angesucht, er ist erst kürzlich wieder von Landeshauptmannstellvertreter Kargl angefangen bis zu Hofrat Dr. Schmidl alle Stationen durchgegangen, um sein Ansuchen zu beschleunigen, da er bereits mit den Bauarbeiten begonnen hat. Bereits seit vier Wochen sind Fremde zum Schifahren in Lackenhof, und man kann dieses Gebiet ruhig als den niederösterreichischen Arlberg bezeichnen, was auch Kollege Tesar bestätigen muß. Er wird nicht eifersüchtig sein, da er in Annaberg ja auch Schnee hat. (*Abg. Tesar: Wir sind der kleine Arlberg!*) Es ist jedoch notwendig, die Leute, die entsprechend initiativ sind, zu unterstützen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP — Unruhe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Hoher Landtag! Wie wird Niederösterreich überhaupt von seiten des Bundes geholfen? Wir haben ein Reisebüro in der Fahnergasse. Ich habe schon einmal gesagt, die Aufgabe dieses Reisebüros ist es, die Fremden, besonders die Wiener nach Niederösterreich zu bringen. Es soll gleichzeitig auch ein Werbebüro sein. Es ist daher notwendig — und das Drängen besteht schon lange —, daß man dieses Reisebüro dort herausbekommt, da es wirklich sehr ungünstig gelegen ist. Seit

zwei Jahren — möchte ich sagen — wird die Anregung dazu gemacht, einmal, es im Heinrichshof, einmal, in der Kärntner Straße unterzubringen. Die letzte Mitteilung, die wir bekommen haben, betraf das schöne Gebäude in der Kärntner Straße, welches das Finanzministerium gebaut hat. Dort sollten wir unterkommen. Es sollten auch zwei Räume reserviert werden. Aber es hat sich dann folgendes ergeben: Vom Finanzministerium werden vom Land Niederösterreich eine Million Baukostenzuschuß und außerdem — für die zwei Räume! — pro Monat 15.000 S Miete verlangt! Es ist dann interveniert worden, und der Herr Finanzminister hat großzügig zehn Prozent von der Miete nachgelassen. Das bedeutet immer noch 13.500 S. Sehen Sie, so kann man Niederösterreich nicht helfen!

Ich glaube, Niederösterreich hat ein Anrecht darauf, daß es vom Bund aus, vom Handelsministerium, dem der Fremdenverkehr untersteht, wo die Milliarden Schilling einlaufen, sowie auch vom Finanzministerium wirklich unterstützt wird. Der Herr Finanzreferent hat richtig gesagt: Laßt Taten folgen, und nicht nur Versprechungen, denn damit ist niemandem gedient!

Und noch abschließend ein Wort über das Gesetz über die Privatzimmervermietung. Im Juli 1956 ist der Entwurf im Hohen Landtag eingebracht worden. Der Wirtschaftsausschuß hat sich mit der Frage beschäftigt. Es ist uns damals mitgeteilt worden, daß der legistische Dienst keinen Einspruch erhebt. Wir haben in manchen Punkten gewiß Bedenken gehabt. Wir haben auch manche Änderungen des Entwurfes durchgesetzt, und es wurde im Wirtschaftsausschuß das Privatzimmervermietungsgesetz einstimmig beschlossen. Nur hat das Gesetz das Licht der Welt nicht mehr erblickt. Es ist ganz sonderbar, daß ein Ausschuß ein Gesetz beschließt, und dann bleibt es liegen und wird weiter nicht mehr behandelt. Wir brauchen aber dringend ein Privatzimmervermietungsgesetz! Wir müssen es aber so aufbauen, daß wir dann nicht Private, die vermieten wollen, verlieren, denn gerade in Niederösterreich waren schon vor 1938 von den 92.000 Fremdenbetten 48.000 Privatbetten. Das heißt, wir haben fast die Hälfte oder mehr als die Hälfte der Besucher bei Privaten untergebracht. Ich verweise auf viele Gemeinden, nicht nur auf meine eigene Gemeinde, ich glaube, das können auch der Abg. Tesar oder der Bürgermeister von Lunz und alle anderen bestätigen, wenn wir keine Privatzimmer hätten, hätten wir nur die Hälfte an Gästen in den Gemeinden, weil die Beherbergungsbetriebe, besonders in der Hauptsai-

son, nicht alle aufnehmen können. Daher glaube ich, daß es etwas sonderbar anmutet, wenn wir jetzt das Schreiben, die Mitteilung über das Privatzimmervermietungsgesetz, bekommen, in dem darauf verwiesen wird, daß das Handelsministerium dazu Abänderungsvorschläge macht. Ich habe immer geglaubt, daß in erster Linie für solche Vorschläge der legislative Dienst zuständig ist. Aber wir werden uns mit dem Privatzimmervermietungsgesetz noch eingehend beschäftigen müssen. Ich möchte nur abschließend folgendes sagen: Trachten wir alle, daß Niederösterreich besonders auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs vorwärts geht, daß man die kleinen Beherbergungsbetriebe durch billige Kredite unterstützt, daß man aber auch die Gemeinden unterstützt, denn in keiner Gemeinde, selbst wenn die Beherbergungsbetriebe wunderbar eingerichtet sind, fühlt sich der Fremde wohl, wenn es im Gemeindegebiet schlecht aussieht, wenn die Straßen nicht staubfrei gemacht sind, wenn nicht entsprechende Ruheplätze geschaffen worden sind, wenn nicht Tennisplätze und Parks angelegt sind, wenn nicht die Wasserversorgung und die Kanalisation entsprechend ausgebaut ist. Das sind doch die großen Probleme, vor denen die Gemeinden stehen! Hier muß gemeinsam daran gearbeitet werden, auch mit Unterstützung des Bundes und Landes, damit Niederösterreich auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs auch im kommenden Jahr ein Stück weiterkommen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt der Herr Präsident Endl.

PRÄSIDENT ENDL: Hohes Haus! Es hat vor mir der Bürgermeister einer Fremdenverkehrsgemeinde über den Fremdenverkehr gesprochen. Lassen Sie mich, der ich das Gewerbe von Jugend an erlernt habe, auch einige Worte dazu sagen, weil gerade der Fremdenverkehr ein wichtiger Faktor unserer österreichischen Wirtschaft ist und ein sogenanntes Schlüsselstellungsgewerbe darstellt, das die gesamte Wirtschaft befruchtet. Daher dürfen wir bei der Betrachtung der Fremdenverkehrssituation an unserem Gast-, Hotel- und Schankgewerbe nicht achtlos vorübergehen.

Mein Vorredner hat schon einige Ziffern aufgezeigt. Es ist richtig, daß wir gegenüber den Vorjahren schon aufgeholt haben, daß wir aber noch immer nicht die Frequenz erreicht haben, wie sie früher einmal in Niederösterreich durch unsere großen internationalen Kurorte Baden, den Semmering, und so weiter gegeben war, weil ja seinerzeit die

Bevölkerung der jetzigen Satellitenstaaten die Möglichkeit hatte, nach Österreich zu kommen. Es gab damals beispielsweise ein geflügeltes Wort, daß der Semmering ein Vorort von Budapest ist. Wir bedauern es, daß die Einwohner dieser Staaten, wie Tschechien, Polen, Ungarn, Rumänien und auch Bulgarien, nicht mehr nach Österreich kommen können. Es kommen jetzt einzelne Delegationen auf Grund von Einladungen aus Rußland nach Österreich, besonders auch nach Niederösterreich. Wir haben auch von den eingeladenen russischen Gästen immer wieder die Äußerung gehört: bei euch ist es schön zu leben, ihr habt eine schöne Heimat! Es ist aber, wenn man vom Fremdenverkehr spricht, notwendig anzuführen, daß hier von Grund auf alles Mögliche getan werden muß, um den Fremden richtig zu betreuen. Dazu haben wir ein ständiges Amt unter Hofrat Schmidl, das vorher in stiller Arbeit die Prospekte und Hinweise zum Besuch unseres Fremdenverkehrsgebietes nicht nur drucken lassen, sondern auch richtig künstlerisch ausstatten muß; und auf diesem Gebiete ist, glaube ich, in dem letzten Jahr sehr viel geschehen. Wir haben 200.000 Stück Farbedrucke hinausgegeben, vor allem haben wir einen Sonderprospekt von Niederösterreich an die Brüsseler Weltausstellung gegeben, im laufenden Winter Farbedrucke, ferner Kraftfahrerprospekte für romantische Fahrten durch Niederösterreich in einer Auflage von 10.000 Stück, Reliefkarten, Campingverzeichnisse, Fremdenverkehrskalender, und vieles andere, Werbefilme und auch Nachdrucke der wirklich ansprechenden Plakate. Denn es ist für uns in Niederösterreich besonders wichtig, den Bewohnern unserer Bundeshauptstadt Wien vor Augen zu führen, daß sie nicht unbedingt nach Italien fahren müssen, um Ruhe zu genießen und eine schöne Gegend zu sehen, denn auch in Niederösterreich finden sie Ruhe und Erholung, sie können auch hier auf Seen fahren und Kurorte besuchen. Wir Niederösterreicher sollten mehr danach trachten, schon in den Schulen die Lehrpersonen darauf auszurichten, daß sie den Schülern beibringen haben — denn dort beginnt die Betreuung des Gastes in Niederösterreich —, daß sie, wenn sie einen fremden Gast auf der Straße oder vor der Kirche oder nach dem Schulgang treffen, als Schulkinder in ortsüblicher, landesüblicher Weise zu grüßen haben, wie es ihnen eben vom Lehrer gelehrt wurde.

Und nun zu unseren Betrieben. Mein Vorredner sagte schon, daß viele Betriebe vollständig ausgeplündert waren. Wer das nicht

gesehen hat, glaubt es nicht. Wie haben die Semmeringer Betriebe, die Badner Betriebe ausgeschaut! Es ist ein Wunder, was bis jetzt schon wieder alles geschehen ist. Nicht nur durch private Initiative, sondern vor allem durch unsere Fremdenverkehrskreditaktionen, durch die Millionenbeträge, die Jahr für Jahr vom Hohen Landtag beschlossen wurden, konnte den Betrieben geholfen werden. Bis jetzt wurden 1692 Ansuchen aus den Wirtschaftshilfsaktionen für den Fremdenverkehr mit einer Globalsumme von zirka 210 Millionen Schilling erledigt; darin sind auch die ERP-Kredite. Bei dieser Gelegenheit ist festzustellen, daß die ERP-Kredite und Marshall-Hilfe, solange die Besatzungsmacht in unserem Lande war, fast nicht gegeben werden konnte. Erst nach dem Abzug der Russen wurde uns versprochen, daß für die niederösterreichischen Betriebe ein Nachziehverfahren eintreten wird. Vorläufig haben wir höchstens zehn Prozent von 110 Millionen Schilling ERP-Krediten, die im laufenden Jahr flüssig waren, bekommen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß die ERP-Kredite, die die westlichen Bundesländer schon ab 1946 bis in die 50er Jahre bekommen haben, nur mit 3,5 Prozent zu verzinsen waren, während die ERP-Kredite, die unsere Betriebe heute bekommen, mit 5,4 Prozent zu verzinsen sind. Es ist weiter festzustellen, daß gerade in den Hotel-, Restaurant- und Gaststättenbetrieben der Kapitaleinsatz unerhört groß ist. Ich habe aber noch keinen privaten Menschen gesehen, der sich, wenn er Bargeld in der Höhe von zwei oder drei Millionen Schilling besitzt, ein Hotel kauft, weil ein solcher Betrieb eine unrentable Verzinsung, wenn nicht gar ein Defizit bringt. Es sind hauptsächlich erbeingesessene Familienbetriebe, die nach der Tradition weitergeführt werden. Es ist tatsächlich erstaunlich, wie sich die Familienbetriebe modernisiert haben und herrliche Gaststätteneinrichtungen geschaffen wurden. Wir haben in Niederösterreich 70 Prozent Familienbetriebe; diese sind ohne Personal. Früher hatten wir in unserem Lande zehntausende Hotelangestellte beschäftigt, heute sind nur mehr in den Semmeringer Betrieben, in den Badner Betrieben, ferner in den Betrieben unserer großen Städte Krems, St. Pölten und Amstetten Leute beschäftigt, aber nur bis höchstens drei als Servierpersonal und einiges Küchenpersonal. Die Kollektivverträge sind wohl etwas verbessert worden, aber der Hotelangestellte ist heute gegenüber allen anderen Facharbeitern noch immer am schlechtesten bezahlt, obwohl man verlangt, daß er erstens intelligent sein

muß, zweitens Psychologe sein soll, drittens ordentlich gekleidet sein soll und viertens auch noch Sprachen beherrschen soll. Ein Oberkellner wird im Kollektivvertrag mit 1200 Schilling eingestuft, ein Koch mit 1400 Schilling. Wenn Sie aber heute einen Koch brauchen, müssen Sie ihm 3000 Schilling bezahlen, weil der Nachwuchs fehlt.

Wir bemühen uns durch unsere Waldegger Schule, die jetzt über elf Jahre besteht — ich habe dort als Prüfer für das fachliche Wissen nahezu 4000 Schüler durchgeschleust — einen guten Nachwuchs heranzubilden. Daß diese Schule wertvoll ist, geht daraus hervor, daß Kärnten, Steiermark und das Burgenland ihre Jugend dorthin schicken. 17 Jahre habe ich um diesen Schultyp gekämpft, um die sogenannte Landesberufsschule, um die Internatsschule. Wir sehen, daß jetzt alle Berufsgruppen ihre Berufsschulen nach unserem Muster aufgerichtet haben. Die Waldegger Schule ist in der Schweiz, in Deutschland und in Frankreich bekannt; unsere Schüler, wenn sie mit einem Waldegger Gehilfenzeugnis in diese Länder kommen, werden sofort engagiert. Wir haben in Waldegg einen vorzüglichen Lehrkörper, den ich mir mit einem Pädagogen ausgesucht habe. Mein ehemaliger, langjähriger Portier vom Südbahnhotel auf dem Semmering, der vier Sprachen spricht, ist heute der Direktor dieser Schule.

Aber nun eine Bitte an die Herren Abgeordneten. Sehen Sie sich diese Schule doch einmal an! Wir haben sie in der kritischsten Zeit aufgebaut. Als Gebäude wurde uns das ehemalige Hotel Kuchner, nachdem es von den Russen geräumt war, zur Verfügung gestellt. Wir haben das alte Haus teilweise mit Hilfe der Kammer und teilweise mit Hilfe des Landes modernisiert. Das Internat hat heute eine Bettenzahl von zirka 90, wir würden aber schon 140 brauchen. Die sogenannte Lehrküche ist heute noch in einer Holzbaracke untergebracht. Man müßte, da Bund und Land vom Fremdenverkehr so viel profitieren — es sind 4,5 Milliarden Schilling an Devisen eingegangen, so daß das Defizit der Handelsbilanz abgedeckt werden konnte —, auch daran gehen, dem Fremdenverkehr auf allen Linien Kapital zurückzugeben, damit er sich in jeder Form verbessern kann; dazu gehört neben der Betriebsausrüstung vor allem die Erziehung der Gaststättenangehörigen durch Schulungen und immer wieder durch Schulungen. Was würden die schönsten Prospekte, die wir in alle Welt verschicken, und die billigsten Preise nützen, wenn der Gast in den Betrieben nicht ordentlich betreut wird. Die beste Propa-

ganda für den Fremdenverkehr war immer die Mundpropaganda. Der österreichische Kellner hat im Ausland immer ein großes Ansehen gehabt, weil er durch seine Mentalität, durch sein lebenswürdiges Wesen immer den richtigen Kontakt mit den Gästen herstellen konnte. Viele Ausländer, die vor dem Jahre 1938 in Österreich waren und jetzt wieder zu uns kommen, suchen das Wiener Kaffeehaus, das sie in lieber Erinnerung haben. Leider sind auch die Kaffeehäuser durch die hohe Besteuerung zum Sterben verurteilt. Es ist leider so, daß die Fremdenverkehrswirtschaft in Österreich, verglichen mit den anderen Ländern Europas, viel zu hoch besteuert ist. Wir haben auch festzustellen, daß jedes Produkt durch die Umsatzsteuer x -mal umsatzsteuerpflichtig ist, und darüber hinaus auch noch durch den sogenannten zehnpromzentigen Bedienungszuschlag belastet wird. In unserem Gewerbe gibt es nämlich ein zweifaches Lohnsystem, das für die Zukunft nicht haltbar erscheint, die sogenannten Fixlöhner und die Garantielöhner. Die Garantielöhner werden aus dem zehnpromzentigen Bedienungszuschlag gezahlt, der dem Gast angerechnet wird. Der Unternehmer muß aber wieder für diesen Betrag die Umsatzsteuer zahlen. Auch das ist ungerecht.

Bei der seinerzeitigen Aufrichtung der Berufsschule in Waldegg war es mein Bestreben, die sogenannten Lehrlinge im eigenen Betrieb, die Gastwirtssöhne und -töchter dorthin zu bekommen. Eine große Anzahl hat bereits unsere Schule besucht, viele haben mit Vorzug abgeschlossen. In der Schule wird ihnen eingepaukt, wie sie die elterlichen Betriebe, sobald sie nach Hause kommen, mit verhältnismäßig wenig Mitteln modernisieren können. Es konnte festgestellt werden, daß überall, auch im tiefsten Waldviertel, durch die Privatinitiative Fortschrittliches geleistet wurde. Wir haben in Niederösterreich herrliche Fremdenverkehrsgebiete und können überall einen Aufschwung verzeichnen, im Semmering- und Raxgebiet, in der Buckligen Welt usw. Puchberg am Schneeberg hat hervorragende Frequenzziffern, Baden hat heuer unerhört aufgeholt, Vöslau hat aufgeholt. Wir haben Bad Deutsch Altenburg, wohin bereits aus Dänemark und Schweden Krankenkassenmitglieder eingewiesen werden. Wir haben aber auch in Gutenstein Ausländer aus aller Herren Länder der Welt gehabt, die nur zwei bis drei Tage bleiben wollten, dann aber 16 bis 17 Tage geblieben sind.

Ein Problem ist der Inländerverkehr. Infolge der Motorisierung bleibt der Inländer

jetzt höchstens zwei bis drei Tage, und darum ist auch die Zahl der Übernachtungen sehr gering.

Es wurden viele Schilifte und Sessellifte gebaut; das zuständige Landesamt macht alles, was nur irgendwie möglich ist. Ich bitte Sie daher, das zu berücksichtigen und am Fortschritt des Fremdenverkehrs als Pioniere mitzuhelfen, denn unser Land wird mit einem blühenden Fremdenverkehr auch eine blühende Wirtschaft haben. (Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Schmalzbauer.

Abg. SCHMALZBAUER: Hoher Landtag! Ich hatte ursprünglich nur die Absicht, ganz kurz über eine Bestimmung des Kraftfahrzeuggesetzes zu sprechen, an der die bäuerliche Bevölkerung lebhaft interessiert ist. Die Ausführungen des Herrn Abg. Lauscher zum Thema Grundaufstockung veranlassen mich aber, auch kurz auf diese Frage einzugehen. In seinen Ausführungen wurden jene Faktoren, die an der Grundaufstockung wesentlich beteiligt sind, also die Landwirtschaftskammer, die Bezirksbauernkammer und die Grunderwerbsgenossenschaft einer äußerst ungünstigen Kritik unterzogen, die nicht stichhältig ist. Es ist aus seiner Rede herausgeklungen, daß diese Faktoren zuwenig Verständnis für die schwere Situation der kleinen Landwirte haben. Man konnte weiters heraushören, daß besonders die kleinen Usia-Pächter und jene, die dem „Bund der kleinen Landwirte“ angehören, feindselig behandelt werden. Darf ich in diesem Zusammenhang einen konkreten Aufstockungsfall, der zur Zeit in Behandlung und knapp vor dem Abschluß steht, schildern. Ich spreche hier vom USIA-Betrieb Gilgenberg mit seinen Nebenbetrieben Pengersch und Wetzles. Es ist das ein USIA-Betrieb mit rund 500 Hektar, der im Jahre 1955 im Wege des Rückstellungsverfahrens dem Besitzer Wilhelm zurückgegeben wurde. Dieser Mann ist gestorben und seine elf Erben haben im September 1958 den Besitz der Landwirtschaftskammer für Niederösterreich zur Aufstockung angeboten. Nachdem dieser Betrieb in einem Kammerbezirk liegt, dessen Kammerobmann ich bin, wurde ich natürlich eingeschaltet und kann deshalb kurz den Standpunkt angeben, den die Landwirtschaftskammer für Niederösterreich und die Grunderwerbsgenossenschaft bei der Aufstockung einnimmt. Der genannte Betrieb war zehn Jahre, mit einer einzigen Ausnahme, an kleinere und mittlere Bauern der Umgebung verpachtet. Die Ausnahme

bildete ein Pächter, der den Restbetrieb Gilgenberg im Ausmaße von zirka 100 Hektar bewirtschaftete. Als nun die Grunderwerbsgenossenschaft und die Kammer ihre Organe zur juristischen Beratung hinausschickten, haben wir eine Anzahl von Versammlungen abgehalten. Es wurden Ortsausschüsse gebildet, und wir legten Wert darauf, daß auch der dortige sozialistische Kammerrat in den Ortsausschuß kam und sogar eine maßgebliche Funktion innehatte. Im zweiten Ort war ein Kleinbauer, der zirka fünf Hektar bewirtschaftet und Angehöriger des „Bundes der kleinen Landwirte“ ist. Auch hier haben wir darauf Wert gelegt, daß dieser Mann im Ausschuß maßgeblich beteiligt ist. Im Anfang war er sozusagen die Bremse, er wurde aber später zum Motor, weil man sagte: „Sie haben fünf Hektar, die Aufstockung ist daher eine Notwendigkeit. Sie waren bisher Pächter, wenn es nicht zur Aufstockung kommt, müssen Sie entweder teuer pachten oder Sie verlieren den Pacht überhaupt. Sie haben keine Möglichkeit eines Nebenverdienstes, für Sie bedeutet es eine Existenzfrage, wenn auch die Sache nicht besonders billig ist. Die Grunderwerbsgenossenschaft wird Ihnen entgegenkommen.“ Er hat sich überzeugen lassen und hat dann auch mitgetan. Von Haus aus haben wir eine Lizitation nicht zugelassen, denn es gibt selbstverständlich immer wieder Leute, die wirtschaftlich stärker sind, denen es nicht darauf ankommt, um einige tausend Schilling mehr zu bezahlen. Es kam zu einem Schnittpreis. Der Verkäufer hat 20.000 Schilling im Schnittpreis verlangt, diese Summe war uns aber zu hoch. Er berief sich darauf, daß elf Erben — darunter ein Kind im Alter von sechs Jahren — als Verkäufer aufscheinen, und er schon deshalb den Besitz nicht verschleudern darf, weil ihm das Berufsvormundschaftsgericht die Zustimmung nicht geben würde. Es war uns klar, daß wir einen verhältnismäßig anständigen Preis bezahlen müssen und schließlich ist es zu einem Schnittpreis von 14.000 bis 15.000 Schilling gekommen. In erster Linie wurden die kleinen Usia-Pächter berücksichtigt, ganz gleich, welcher Partei sie angehört haben, das ist nachweisbar. Erst als diese saturiert waren und erklärten, mehr nicht kaufen zu können, kamen die mittleren und größeren Bauern zum Zuge. Genauso war es auch bei der Grunderwerbsgenossenschaft. Die Kammer hat durchgesetzt, daß gerade den wirtschaftlich Schwachen die Grunderwerbssteuer in der Höhe von sieben bis siebeneinhalb Prozent nachgelassen wird und außerdem bei der Verfassung der Kaufverträge eine

wesentliche Erleichterung eintritt. Die Grunderwerbsgenossenschaft gewährt normalerweise 50 Prozent der Ankaufskosten auf zehn Jahre, nieder verzinslich. In diesem Falle ist die Grunderwerbsgenossenschaft ausnahmsweise in der Kreditgewährung bis zu 65 Prozent gegangen, es ist also doch eine wesentliche Erleichterung geschaffen worden. Die größeren Besitzer mit 20 bis 25 Hektar müssen die Grunderwerbssteuer zahlen und bekommen nicht 65 Prozent Kredit, sondern nur 50 Prozent. Ich kann nur feststellen, daß die Grundaufstockung für die Kammer kein Geschäft, sondern eine ungeheure Belastung bedeutet, und ich bedaure die Organe, die mit dieser undankbaren Aufgabe betraut sind, außerordentlich. Die Besprechungen zogen sich sehr lange hin, besonders die letzte dauerte bis halb vier Uhr früh, und der gleiche Beamte, der so lange gearbeitet hat, war um acht Uhr früh in Gilgenberg, um auch dort eine Einigung herbeizuführen. Das wollte ich nur kurz zur Frage der Grundaufstockung sagen.

Und nun zum eigentlichen Kapitel: Die Gruppe 7 bietet Gelegenheit, Anliegen, Wünsche und Beschwerden der bäuerlichen Bevölkerung zur Sprache zu bringen. Es soll dies nicht mit der Absicht geschehen, zu kritisieren, sondern um Mittel und Wege zu suchen und auch zu finden, damit den berechtigten Wünschen der bäuerlichen Bevölkerung Rechnung getragen werden kann.

Darf ich ganz kurz auf ein Problem eingehen, dessen Lösung gerade für die mittel-, die klein- und kleinstbäuerliche Bevölkerung von brennendstem Interesse ist, also jener Bevölkerungsschichte, die man ohne Übertreibung als das Stiefkind der Konjunktur bezeichnen kann. Bekanntlich wurde seinerzeit die Personenbeförderung mittels Traktoranhänger grundsätzlich und ausnahmslos verboten. Aber schon damals war im Kraftfahrzeuggesetz die Möglichkeit einer Erleichterung vorgesehen. Und auf Grund zahlreicher Beschwerden ist dann nach einigen Jahren die Erleichterung, die Lockerung, dieses totalen Beförderungsverbotes gekommen. Die Erleichterung besteht darin, daß nun bis zu acht Personen landwirtschaftliches Hilfspersonal im Bereich Hof—Feld befördert werden können, aber nur auf sogenannten zugelassenen Anhängern, das sind solche, die behördlich überprüft und mit einem Kennzeichen versehen sind. Leider gehört diesem Anhängertyp ein verschwindender Prozentsatz aller zur Zeit in der Landwirtschaft benutzten Anhänger an.

Als vor rund vier Jahren diese Erleichterung geschaffen wurde, war die Situation

noch anders als heute. Es war in diesem Zeitraum die Motorisierung der größeren Landwirtschaftsbetriebe, der wirtschaftlichsten und leistungsfähigsten im Gange, und der Gesetzgeber war damals wahrscheinlich der Meinung, daß diese wirtschaftlich stärkeren Kreise auch in der Lage sind, sich einen behördlich zugelassenen Anhänger zu beschaffen. Außerdem waren vor vier Jahren noch fast alle Betriebe mit einem Gespann zug versehen, so daß damals die Personalbeförderung vom und zum Feld auch mit dem Gespann zug durchgeführt werden konnte.

In diesen vier Jahren haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Auch die größeren Betriebe mußten aus wirtschaftlichen Überlegungen vom Gespann zug Abstand nehmen. Es ist dort schon fast ausschließlich der Kraftzug in Verwendung. Weiters haben die Umstände auch den Klein- und Kleinstlandwirt in den abgelaufenen Jahren sozusagen gezwungen, vom Gespann auf den Kraftzug überzugehen; bekanntlich unter großen Opfern. Und wenn so ein Klein- oder Kleinstbesitzer einen Traktor anschafft, so ist das ein finanzielles Opfer. Es bedeutet eine jahrelange Verschuldung, und er ist nicht in der Lage, sich sofort die nötige Ausrüstung zu beschaffen. Er ist aber schon gar nicht in der Lage, sich einen oder zwei kostspielige zugelassene Anhänger zu beschaffen. Es ist dies auch gar nicht notwendig, er muß sich eben mit dem vorhandenen Gespann wagenmaterial behelfen. Und dieses genügt auch vollständig im Verkehr Hof—Feld. Ein anderer kommt ja selbstverständlich nicht in Frage. Nun liegen die Dinge so, daß der kleine, kleinste oder mittlere Landwirt diese Wagen wohl zur Güterbeförderung verwenden kann, er darf sie aber nicht zur Beförderung seines Personals benützen, und das führt oft zu grotesken Zuständen. Nehmen wir an, einem Kleinbauern — er hat ja nur mehr den Kraftzug — gelingt es, zur Getreide- oder zur Kartoffelernte endlich einmal vier oder fünf Helfer aufzutreiben. Das sind meist Greise oder Kinder oder sonst nicht voll einsatzfähige Menschen. Sie sagen ihm zu, ihm auf dem Feld zu helfen, stellen aber die Bedingung, daß sie aufs Feld und vom Feld nicht zu Fuß gehen müssen. Man kann den minder einsatzfähigen Arbeitskräften nicht zumuten, viermal am Tage den Fußmarsch von sagen wir zwei, zweieinhalb Kilometern zu gehen. Wenn er sie mit seinem Wagen befördert, wird er bestraft. Diese Bestimmung wird speziell in den kleinbäuerlichen Kreisen schon deshalb als eine unbillige Härte empfunden, weil es in der Ver-

gangenheit niemals jemandem eingefallen ist, einem Bauern den Personentransport mit seinem Gespann zug zu verbieten. Er empfindet das als eine Wegnahme eines uralten Rechtes. Gut, man kann sagen, beim Gespann zug war keine Gefahr, beim Kraftzug besteht diese Gefahr. Meiner Meinung nach ist diese Ansicht unrichtig. Auch beim Gespann zug war ein großes Risiko bei der Personenbeförderung vorhanden. Ich verweise nur darauf, daß ja noch vor Jahrzehnten 80 Prozent der Gespanntiere autoscheu waren. Ich verweise darauf, daß bei jungen Pferden oft ein auffliegender Vogel, ein vom Wind verwehter Papierfetzen genügte, um sie zum Scheuen zu bringen und die Personen, die auf dem Wagen saßen, äußerst zu gefährden. Hingegen sehe ich darin kein großes Risiko, wenn der Kleinbauer mit seinem oft eisenbereiften oder ungefederten Gummiwagen sein Personal mitnimmt. Er kann ja im äußersten Fall nur ein Tempo von fünf bis sechs Stundenkilometer entwickeln, ein Tempo, das früher junge Pferde überboten haben. Schneller kann er ja bei dem derzeitigen Zustand der Feldwege und der Straßen nicht fahren, weil sich sonst sein Anhänger unweigerlich in die einzelnen Bestandteile auflösen würde.

Meiner Meinung nach würde auch der Dienst der Gendarmerie wesentlich erleichtert, denn der Gendarmeriebeamte weiß, daß dies eine Bestimmung ist, die ganz einfach bei bestem Willen nicht einzuhalten ist. Er weiß, daß hier die Umstände oft wirklich stärker sind als der ehrliche Wille, gesetzliche Bestimmungen zu beachten. Aus diesen Erwägungen heraus erlaube ich mir, an das Hohe Haus einen Resolutionsantrag mit folgendem Wortlaut zu stellen und die Bitte an das Hohe Haus zu richten, diesen Antrag anzunehmen.

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei den zuständigen gesetzgebenden Körperschaften sowie beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zu erwirken, daß anlässlich der Abänderung des Kraftfahrzeuggesetzes bzw. der Kraftfahrverordnung die Beförderung des landwirtschaftlichen Hilfspersonals auf allen in Verwendung stehenden Traktoranhängern, die hiefür derzeit nicht zugelassen sind, im Bereich Hof—Feld gestattet werde.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt der Herr Abg. Anderl.

(Unterbrechung wegen Bandwechsel.)

Abg. ANDERL: Hoher Landtag! Der Herr Abg. Marchsteiner hat gestern bei seinen

Ausführungen über die Bundesbahn beziehungsweise über die Neuerrichtung einer Haltestelle in Allentsteig gesprochen. Dazu möchte ich als Eisenbahner eine Äußerung machen. Die Franz-Josefs-Bahn wurde am 1. Juli 1885 eröffnet; in nächster Nähe dieser Strecke liegt die Gemeinde Allentsteig. Am 1. Juli 1889 fanden zur Errichtung einer Haltestelle Allentsteig im Gemeindegebiet Thaua Verhandlungen statt, und es wurde dann auch 1890 die Haltestelle errichtet. Im Jahre 1891 wurde dann der Bahnhof Allentsteig errichtet und eröffnet. Die Strecke zwischen dem Bahnhof und der Haltestelle hatte eine Entfernung von 1,2 Kilometer. Durch die Errichtung des Bahnhofes war natürlich, wirtschaftlich gesehen, die Haltestelle nicht notwendig. So wurde sie auch schon im Jahre 1910 wieder aufgelassen, da, wie ich bereits erwähnt habe, kein Bedarf vorhanden war. Ich gebe zu, werde Anwesende, daß damals — und ich glaube, das ist auch der Grund für Herrn Abg. Marchsteiner — die Entfernung der Haltestelle Allentsteig wesentlich größer war, als sie heute wäre, würde sie wieder errichtet werden. Der Bahnhof, der auch im Gemeindegebiet Thaua liegt, ist zirka 2,5 Kilometer weit entfernt. Ob eine solche Errichtung jedoch zu einem Zeitpunkt, wo man bei den Budgetverhandlungen im Parlament drüben immer über das große Defizit der Bundesbahnen spricht, zweckmäßig und wirtschaftlich ist, ist eine andere Angelegenheit. Wenn die Haltestelle errichtet werden würde, so wäre dies mit einem Kostenaufwand von einigen Hunderttausend Schilling verbunden. Es müßten Weichen und Sicherungsanlagen eingebaut werden, da wir ja wissen, daß ohne Sicherungsanlage kein Eisenbahnbetrieb durchgeführt werden kann. Es würden daher wesentliche Mehrkosten entstehen. Außerdem würde dies auch eine Umstellung des Fahrplanes bedeuten, denn durch das Anhalten eines Zuges entstehen natürlich längere Fahrzeiten. Ich glaube daher, wenn nicht irgendein Ministerium — das wäre in erster Linie das Finanzministerium — die Kosten übernimmt, so wird es auf Grund der schwachen Frequenz kaum möglich sein, das Ersuchen des Herrn Abg. Marchsteiner in die Tat umzusetzen. Ich glaube kaum, daß auf Grund des heutigen Verkehrs und der Motorisierung diese Haltestelle zu einer wesentlichen Verbesserung des Fremdenverkehrs für Allentsteig beitragen würde, da ja von Allentsteig ein kleiner Autobusverkehr zum Zuge eingesetzt wird. Der Herr Abg. Marchsteiner hat gestern in seinen Ausführungen gemeint, die Wiedererrichtung der Haltestelle würde einem Manne dienen. Ich

weiß nicht, wen er damit gemeint hat (*Abg. Fehring: Anderl!*), mich auf keinen Fall. Ich bin kein Vorstand, der Vorstandsposten wird erst ausgeschrieben; da werden wir uns auseinandersetzen, Marchsteiner und ich. Ich weiß wirklich nicht, wen er da gemeint hat, mich jedenfalls nicht. Soviel ich weiß, wird aber der Herr Minister Graf kaum mit dem Zuge fahren, sondern er wird auf dem Truppenübungsplatz mit dem Auto ankommen. Vom militärischen Standpunkt aus besteht meiner Meinung nach keine Notwendigkeit für die Errichtung der Haltestelle Allentsteig. Das wollte ich ganz kurz dazu gesagt haben.

Bei der zweiten Angelegenheit, nämlich der des Truppenübungsplatzes, wissen wir, daß die Sache noch nicht so reif ist, daß man sich damit eingehend beschäftigen könnte. Eines möchte ich aber so wie im vergangenen Jahr, als ich diesbezüglich einen Antrag stellte, wiederholen. Wenn es zu einer Teilabtretung des Truppenübungsplatzes kommen sollte — was vermutlich auch eintreten wird — müssen in erster Linie die Siedler und Bewerber, die den Boden dieses Truppenübungsplatzes durch 10 oder mehr Jahre hindurch bearbeiteten, stark berücksichtigt werden, denn auf dem Truppenübungsplatz Döllersheim sind die Verhältnisse wesentlich anders als bei anderen Usia-Betrieben beziehungsweise Truppenübungsplätzen. Vergessen wir nicht, daß die russische Besatzungsmacht dort immer 20.000 bis 25.000 Mann oder noch mehr stationiert hatte und daß die Pächter, die auf das Feld hinaus mußten, oft in Lebensgefahr schwebten. Ich bitte daher, daß die verantwortlichen Stellen und die Mitglieder, die in der Kommission sitzen, wenn über das Schicksal des Truppenübungsplatzes bei der Bundesregierung verhandelt wird, diese Menschen ganz besonders berücksichtigen. (Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Weiß.

Abg. WEISS: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die agrarischen Abgeordneten vom Standpunkt der bäuerlichen Bevölkerung zum diesjährigen Budget Stellung nehmen, im besonderen natürlich zu Gruppen, in denen die Bedürfnisse der bäuerlichen Bevölkerung ihren Niederschlag finden, so müssen wir mit einigem Bedauern feststellen, daß wir im heurigen Jahr trotz der Ausweitung des Budgets bei verschiedenen Ansätzen empfindliche Kürzungen zur Kenntnis nehmen sollen. Wir haben diese Kürzungen zur Kenntnis genommen, weil wir uns der realen Tatsache

nicht verschließen konnten, daß auch bei anderen Gruppen Kürzungen vorgenommen wurden, und zwar deshalb, weil wie der Herr Finanzreferent in seiner Rede zur Generaldebatte ausgeführt hat, die Belastungen auf der einen Seite immer größer werden, und für den Sachaufwand und für alle anderen Erfordernisse weniger Geld zur Verfügung steht. Eines aber können wir vom Standpunkt der bäuerlichen Bevölkerung aus nicht dauernd zur Kenntnis nehmen, nämlich die fortwährende Benachteiligung des Bauernstandes bei der Verteilung des Sozialproduktes.

Kollege Sigmund hat gestern ganz richtig darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, das Sozialprodukt unter der gesamten Bevölkerung gerecht zu verteilen. Dasselbe kann daher die bäuerliche Bevölkerung mit Recht verlangen. Wir wissen sehr wohl, daß die bäuerliche Bevölkerung auf ein Fünftel zusammengeschrumpft ist, müssen aber auch gleichzeitig feststellen, daß sie nur ein Siebentel des Realeinkommens beziehungsweise des Sozialproduktes aus der Gesamtwirtschaft bezieht. Ich glaube, daß hierin die tieferen Ursachen aller Unzukömmlichkeiten, die sich in der Landwirtschaft ergeben, liegen. Bei einigem guten Willen könnte der bäuerlichen Bevölkerung geholfen werden, würde ein Großteil der österreichischen Bevölkerung ihre Einstellung zur Bauernschaft einer Revision unterziehen. Vielleicht wäre gerade die Weihnachtszeit dazu geeignet, in sich zu gehen und zu überlegen, wie man der schwer arbeitenden bäuerlichen Bevölkerung endlich einmal für ihre harte Arbeit einen gerechten Lohn zukommen lassen könnte. Das Landwirtschaftsgesetz wurde leider abgelehnt. Zu gleicher Zeit wurden Forderungen angemeldet, daß die Arbeitszeitverkürzung, das heißt, die 45-Stunden-Woche auch in der Landwirtschaft Anwendung finden solle und die bäuerlichen Kollektivverträge neuerlich zu erhöhen sind. Vom Standpunkt der Landwirtschaft können wir dazu sagen, daß wir an einem zufriedenen Landarbeiter großes Interesse haben und daß wir gerne bereit sind, eine Erhöhung des Kollektivvertragslohnes der Landarbeiter in Erwägung zu ziehen. Wenn Kollege Lauscher in seinen gestrigen Ausführungen die Frage aufgeworfen hat, ob denn die Vertreter der Österreichischen Volkspartei schon jemals um die Erhöhung der Arbeitslöhne für die Landarbeiter gekämpft hätten, so muß ich feststellen, daß ich den Kollegen Lauscher noch nie bei den Kollektivvertragsverhandlungen gesehen habe und daß es immer nur die Vertreter der beiden großen Parteien waren, die sich in

sehr langen und ernstesten Beratungen gegenüber saßen, wobei sie noch jedesmal zu einem für beide Teile tragbaren Ergebnis gekommen sind. Ich glaube, die Vertreter der Sozialistischen Partei im Lohnkomitee, und zwar Nationalrat Schneeberger, Obmann Ulirsch oder Obmann Rieder, müßten, wenn sie jetzt anwesend wären, zugeben, daß ich es einmal war, der freiwillig eine zehnpromzentige Erhöhung der Arbeitslöhne beantragt hat. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß die bäuerliche Bevölkerung nun doch einmal die Frage stellen wird, wohin das führen soll, wenn in der Landwirtschaft auf der einen Seite, wie von einem meiner Kollegen bereits ausgeführt wurde, die seit 1953, also seit dem fünften Lohn- und Preisabkommen, festgesetzten Preise bestehen, während auf der anderen Seite alle für die Landwirtschaft so notwendigen Produktionsmittel eine ständige Preissteigerung erfahren. Oder soll das vielleicht bedeuten, daß die durch die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Zweifel verursachte Erhöhung der landwirtschaftlichen Ausgaben dadurch ausgeglichen wird, daß die Bäuerin und der Bauer 90 Stunden in der Woche arbeiten müssen, um ihre Existenz zu erhalten? Ich glaube, so kann das doch nicht gemeint sein, und wir müßten uns eines Tages um des guten Rechtes willen mit dieser Frage auseinandersetzen und über die immer wieder verlangte Angleichung der Landarbeiterlöhne an die der Industrie reden. Vorher müßten Sie jedoch alle mithelfen, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Mein Kollege Marchsteiner hat in seinen Ausführungen einen Satz zitiert, wonach unsere demokratische Staatsform jeden einzelnen die Freiheit garantiere, diese aber ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit sehr problematisch wäre. Das gilt nicht nur für den Bauernbund, sondern letztlich für jeden Berufstätigen, ganz gleich, welcher Berufssparte er angehört. Es wird daher notwendig sein, sich dazu zu bekennen, dem Bauern für seine harte Arbeit einen gerechten Lohn zu geben und alle offenen Probleme einer Lösung zuzuführen. Es wird der Bauernschaft sehr oft — übrigens auch in diesem Hause — vorgeworfen, daß sie von Subventionen lebe. Dazu möchte ich feststellen, daß wir es als notwendig erachten, für unsere harte und lange Arbeit durch Subventionen unterstützt zu werden. Wir wollen einzig und allein das, was auch jeder andere mit gutem Recht verlangt, nämlich einen gerechten Lohn für unsere Arbeit, das heißt, gerechte und echte Preise, also ohne jede Stützung. Sie wissen genausogut wie ich, daß die zur Debatte stehenden Subventionen gar keine Subven-

tionen der Landwirtschaft, sondern solche des Konsumenten sind, dem man angeblich nicht zumuten kann, daß er echte Preise bezahlt. Ich weiß nicht, was ich davon halten soll, wenn man der Bauernschaft zumutet, einen Liter Milch um 1,90 Schilling zu produzieren, während ein Liter Sodawasser weit mehr kostet, ganz abgesehen von anderen Beispielen. Dieser Zustand ist tief bedauerlich und auf die Dauer untragbar. Hierin sind auch die tieferen Gründe unseres Existenzkampfes zu suchen.

Wenn noch manchmal dazu behauptet wird, daß die Landwirtschaft keine Steuern bezahle, so muß ich darauf hinweisen, daß die vom Realeinkommen des Bauernstandes fehlenden sieben Prozent, das nur mehr 13,2 Prozent anstatt 20 Prozent beträgt, eine versteckte Steuer bedeuten, von der wohl nicht gesprochen wird, die aber sicherlich in die Milliarden geht und von der Landwirtschaft bezahlt wird, und zwar dadurch, daß man ihr den gerechten Lohn vorenthält. (Abg. Dubovsky: Ich muß sagen, daß wir aufmerksamer zuhören, als die Angehörigen Ihrer Partei!) Ich müßte in dieser Frage meinem Kollegen Lauscher fast recht geben, denn auf Grund mancher seiner gestrigen Ausführungen könnte man versucht sein, ihn als Ehrenmitglied beim niederösterreichischen Bauernbund aufzunehmen. Nur in manchen Dingen sind wir nicht ganz der gleichen Meinung, und darum werden wir ihm diese Mitgliedschaft also nicht anbieten! (Zwischenrufe und Heiterkeit.)

Wir stehen also nicht an, zuzugeben, daß für die Bauernschaft in den letzten Jahren auf sozialem Gebiet — für die selbständig Erwerbstätigen meine ich hier — manches geschehen ist, und daß durch Einbeziehung der selbständig Erwerbstätigen in den Familienlastenausgleich oder jetzt in der letzten Zeit durch die Einbeziehung der bäuerlichen Bevölkerung in die Altersversorgung viel geleistet wurde, doch muß auf der anderen Seite dazu gesagt werden, daß die bäuerliche Bevölkerung einen beträchtlichen Teil dieser Errungenschaft dadurch selbst leistet, daß sie beim Grundsteuermeßbetrag erhebliche Erhöhungen in Kauf genommen hat. Andererseits muß gesagt werden, daß diese bäuerliche Zuschußrente, die eine Höhe von 200,— Schilling hat, ohne daß dabei die Krankenversicherung mit einbezogen ist, sicherlich nur als ein erster Schritt zu werten sein kann, und daß es der bäuerlichen Bevölkerung selbstverständlich erscheint, daß auch sie bald in die Krankenversicherung einbezogen wird und daß auch für die Renten ein solcher Be-

trag eingesetzt wird, denn es wäre für die Bauernschaft eine Beleidigung, wenn man sie mit 200,— Schilling Rente auf die Dauer abfertigen wollte, während auf der anderen Seite Renten in einer ganz anderen Höhe — die wir nicht neiden — gegeben werden.

Aber auch auf manchen anderen Gebieten, so insbesondere bei der Verbesserung der Agrarstruktur konnten Erfolge für die Landwirtschaft erzielt werden, die gerade im Zeitalter der Mechanisierung von ausschlaggebender Bedeutung sind. Zu diesen Verbesserungen gehört insbesondere die Grundaufstockung, und jetzt komme ich eigentlich zu dem Thema, das mein Freund Lauscher so gern in ein sehr schlechtes Licht rückt. Mein Kollege Schmalzbauer hat bereits darauf hingewiesen, daß Dinge, die der Kollege Lauscher hier gesagt hat, nicht ganz stimmen. Ich werde (Zwischenrufe) noch mit weiteren Daten dienen, die den Beweis dafür bringen, daß nicht richtig ist, was der Kollege Lauscher hier anführt. Wir bedauern nur zutiefst, daß der Herr Kollege Lauscher gestern hier von einer Brutalität gesprochen hat, die angeblich gegenüber Mitgliedern der kommunistischen Partei gerade bei dieser Grundaufstockungsaktion vorgekommen sein soll. Es mutet fast wie ein trauriger Witz an, wenn hier von einem Vertreter der Kommunistischen Partei von Brutalität gesprochen wird. Es ist uns noch in zu frischer Erinnerung, daß gerade die Vertreter dieser Partei bis in die jüngste Zeit herauf, als sie noch, gestützt auf die Bajonette der Besatzungsmacht, ihre Macht ausüben konnten, uns manches schöne Beispiel von Brutalität geliefert haben. Ich möchte an diese Zeit nicht zurückerinnern. Aber zur Frage der Grundaufstockung selbst darf ich darauf hinweisen, daß es haargenau stimmt, was der Kollege Lauscher gesagt hat, es sind nämlich tatsächlich 7400 ha bereits bis zum Stichtag 1. Dezember 1958 von der Bodenkredit- und Grunderwerbbsgenossenschaft vergeben worden mit einem Kreditbetrag von 41 Millionen Schilling, wovon bereits 15,9 Millionen Schilling verwertet wurden. Aber ich möchte hier im einzelnen vielleicht nur auf die Grundaufstockung in meinem eigenen Heimatbezirk eingehen und kurz darauf verweisen, daß in dem kleinen Bezirk Marchegg, der nur aus 13 Gemeinden besteht, eine Grundaufstockungsaktion durchgeführt wurde, die ein Ausmaß von rund 1000 Joch, genau 414,8 ha Verkauf und 110 ha Verpachtung, mit einem Kostenaufwand von rund 12 Millionen Schilling hatte, wofür ein Kreditbetrag von 5½ Millionen Schilling für die betreffenden Grunderwerber besorgt werden konnte.

Wenn Sie nunmehr das Ergebnis der Verteilung hören wollten, so darf ich Ihnen das auch nur ganz kurz mitteilen. Es sind hier von 0 bis 5 ha Eigentum 17 Prozent, von 5 bis 10 ha 35 Prozent, von 10 bis 15 ha 41 Prozent und von 15 bis 20 ha 7 Prozent der Grunderwerber berücksichtigt worden. Ich glaube, daß hier ein untrüglicher Beweis dafür geliefert worden ist, daß bei diesen Grundaufstokkungsaktionen — und der Kollege Lauscher hatte ja Gelegenheit, sich in Unter-Siebenbrunn oder in Lasseo oder sonstwo davon zu überzeugen — ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit — ich habe die Aktionen selbst geleitet und selbst geführt — die Verteilung nur nach dem Grundsatz der Größe der Betriebsfläche vorgenommen worden ist, und daß es jeder Grundlage entbehrt, hier im Hohen Haus von Brutalität zu sprechen oder zu leugnen, daß hier nicht wirklich Großes geleistet worden ist. (*Ruf: Was ist mit Zehetbauer?*) Das Stichwort Zehetbauer! Ich darf darauf verweisen, und das habe ich schon einmal in diesem Hohen Haus getan, daß wir leider nicht die Möglichkeit haben, mit den gleichen Mitteln, wie das in den Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs geschieht, eine brutale Grundenteignung vorzunehmen. Das ist nicht möglich, und es ist daher sehr schwierig, alle diese Dinge nach der Fassung des Kollegen Lauscher einer Durchführung zu unterziehen. Ich glaube, daß ich damit dem Hohen Haus einen kurzen Überblick gegeben habe, und daß wir mit Stolz darauf verweisen können, daß wir hier für die klein- und die mittelbäuerliche Bevölkerung wirklich Großes geleistet haben. (*Beifall.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Grabenhofer.

Abg. GRABENHOFER: Hohes Haus! In der Gruppe 7 wird und soll die Brotfrage unseres Volkes eingehend erörtert werden. Nun ist aber die Landwirtschaft oft, zu oft mit Unrecht, die Zielscheibe der Politik unvernünftiger Menschen. Kollege Marchsteiner hat gestern behauptet, daß das Landwirtschaftsgesetz nicht zustande kommen konnte, weil die Sozialisten das verhindert haben. Ich will hier nur erklären, daß es nicht die Sozialisten verhindert haben, sondern Ihre eigene Partei, weil sie nicht in der Lage war, die Arbeitnehmer in der Landwirtschaft ebenso zu verbündlichen wie eben die Unternehmer. Außerdem gibt es auch noch andere Institutionen, wie die landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Wirtschaftsbund, die sich ihrerseits nicht einig sind, so daß eben von diesem Landwirtschaftsgesetz derzeit nicht gesprochen werden kann. Es wäre durchaus möglich gewesen, das Land-

wirtschaftsgesetz unter Dach und Fach zu bringen, aber gerade das war eben das Hindernis, daß man die Arbeiter dem Land überlassen wollte. Wenn wir schon ein Bundesgesetz machen, dann soll es natürlich auch für den Arbeitnehmer in der Landwirtschaft gelten. Der Kollege Marchsteiner hat auch aufgezeigt, wie sich seit 1945 bis zum heutigen Tag die Landwirtschaft emporgearbeitet hat. Ich kann ihn nur unterstützen und bemerken, daß das Tatsachen sind, die wir zu beherzigen haben.

Er hat weiter davon gesprochen, daß das Waldviertel tatsächlich der Boden wäre, für den sich unsere Menschen mehr interessieren sollten. Ich selbst bin erst durch den Ahnenpaß daraufgekommen, daß ich auch ein Waldviertler von der Groß-Gerungser Gegend bin. Aber ich muß schon sagen, daß gerade bei unseren eigenen Menschen der Patriotismus fehlt. Das Waldviertel ist wirklich eine Perle, sie braucht nur die nötige Fassung. Wenn wir sie richtig zu fassen verstehen, müßten wir propagandamäßig doch einmal so weit kommen, daß wir die Menschen in das Waldviertel bringen. Es ist eine wirklich schöne Gegend, die für viele ein Gebiet der Erholung und der Heilung werden könnte. Aber leider ist es noch nicht soweit. Die Abgeordneten vom Waldviertel bemühen sich, dafür zu sorgen, indem sie immer wieder bessere Straßen verlangen, und das ist ganz richtig.

Kollege Fuchs hat gestern in seiner ruhigen Art ausgesprochen, daß es bei uns nötig wäre, sich mehr oder weniger mit dem Osthandel zu identifizieren. Ich glaube die Kollegen werden sich erinnern können — es ist drei oder vier Jahre her — daß ich damals gesagt habe, daß wir als kleines Land es uns nicht leisten können, uns von irgendeiner Seite abzusperrern, es wäre gerade die gute Freundschaft mit allen Staaten zu pflegen. Ich habe erklärt, wir sollten uns mit den Möglichkeiten des Osthandels intensiver beschäftigen. Es ist mir das damals etwas übelgenommen worden. Aber ich freue mich, daß unser berufener Wirtschaftsvertreter gestern erklärt hat, daß es doch richtig wäre, würde man den Osthandel besser pflegen. Ich für meine Person bin diesbezüglich daher rehabilitiert.

Österreich, liebe Freunde des Hohen Landtages, ist ein kleiner Staat. Wir wollen und wir müssen leben, und vergessen wir daher nicht, daß wir mit unseren Nachbarn Freundschaft pflegen müssen, auch mit solchen, denen es keine Schwierigkeiten bereiten würde, unser ganzes Land, sollten sie einmal einen Appetit darauf haben, zum Frühstück zu verzehren. Wir müssen, wie gesagt,

Freundschaft pflegen, und das kann nur durch einen intensiven Handel geschehen.

Wenn ich zur eigentlichen Sache zurückkehre, möchte ich sagen, daß das tägliche Brot nicht nur in den Familien die Hauptrolle spielt; auch ganze Völker haben in Notzeiten verspürt, was es heißt, wenn es fehlt. Ich erinnere nur an den Brest-Litowsker Brotfrieden.

Unsere Bauernschaft ist bemüht, das Bestmögliche aus dem Boden herauszubringen, und wir wünschen nur, daß es ihr auch gelingt, die Produktion um die restlichen noch 15 Prozent zu steigern. Damit wäre die hundertprozentige Versorgung unserer gesamten Bevölkerung nicht nur in Normalzeiten, sondern auch in Notzeiten gesichert. Wir leben, Gott sei Dank, noch im Zeichen der Vollbeschäftigung. Aber es kann unter Umständen schon zutreffen, daß wir — ich glaube, Kollege Fuchs hat von einem gewissen Wetterleuchten, das sich bemerkbar macht, gesprochen — früher oder später mit einer Wirtschaftskrise zu rechnen haben. Wir wissen, was das für unser Volk bedeutet, denn wir haben das ja schon einmal mitgemacht, als wir 500.000 bis 600.000 Arbeitslose hatten. Unter einer so großen Arbeitslosigkeit hat gerade der Bauernstand zu leiden, weil er seine Produkte nicht an den Mann bringen kann. Sind wir also glücklich, wenn wir heute noch im Zeichen der Vollbeschäftigung stehen. Es ist kein Wunder, wenn die Arbeiterschaft ihren Arbeitsplatz gesichert haben will. Es muß aber auch begreiflich sein, daß die bäuerliche Bevölkerung, die zu 87 Prozent in familieneigenen Betrieben arbeitet — familieneigene Arbeitskräfte sind ja nachweisbar die rentabelsten —, gleichfalls das Recht beansprucht, daß ihre Arbeitsplätze gesichert werden. Ich weiß sehr wohl, daß derzeit innerhalb der Bauernschaft eine sinkende, abbröckelnde Tendenz feststellbar ist, was vor allem die finanziell schwächeren oder stark verschuldeten Betriebe treffen kann. Ich bin der Meinung, daß wir dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten haben. Wenn Präsident Nationalrat Strommer erklärt, daß auch die Bauernschaft ein Recht darauf hat, daß ihr Arbeitsplatz gesichert wird, dann bin ich mit ihm einer Meinung. Wenn er damit den Familienbetrieb innerhalb der Landwirtschaft meint, und wenn das richtig ist, daß während des Parteitages der Österreichischen Volkspartei der steiermärkische Landeshauptmann Krainer erklärt hat, daß man der Technisierung zuliebe nicht hunderttausend Familienbetriebe in der Landwirtschaft vernichten soll, dann sehe ich darin, daß auch innerhalb der Österreichischen Volkspartei ein gewisses Nachdenken darüber herrscht,

wie man die Familienbetriebe in der Landwirtschaft erhalten und unterstützen soll.

Über die Art der Hilfe gehen leider unsere Meinungen auseinander. Während der Arbeitsbäuerbund schon seit 1923 die gesetzliche Bodenbesitzreform der Familienbetriebe verlangt, setzt dem die Österreichische Volkspartei die friedliche Bodenreform mit ihren Grunderwerbsgenossenschaften entgegen. Dazu muß ich sagen, daß die friedliche Bodenreform mit ihren Grunderwerbsgenossenschaften nicht das Allheilmittel ist. (*Abg. Laferl: Du hast ein anderes Rezept!*) Diese Grunderwerbsgenossenschaften führen nicht in dem Ausmaß zum Ziel, wie wir es gerne hätten. Vor allem ist da die Bedingung, daß der Grundwerber 50 Prozent Eigenkapital haben muß. Wenn Kollege Schmalzbauer, dessen Rede auf mich einen besonderen Eindruck gemacht hat, genauso wie jetzt die des Kollegen Weiß, gesagt hat, daß sie bestrebt sind, dem kleineren, dem finanziell schwächeren Menschen in der Landwirtschaft zu helfen, dann freue ich mich darüber. Ich zweifle aber daran, daß dem tatsächlich so ist, denn über die 50 Prozent Eigenkapital, die jeder Grundwerber bei der friedlichen Bodenreform haben muß, wird der größte Teil der finanziell Schwächeren in den Gemeinden nicht verfügen. Ich gebe zu, daß den Grunderwerbsgenossenschaften ein gewisser Teilerfolg beschieden war. Die entscheidende Hilfe für den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieb, also für den Familienbetrieb, wäre aber, wenn man die Bedingung der 50 Prozent Eigenkapitals fallen ließe.

Ich habe gehört, daß einige Kollegen in Hessen waren und die landwirtschaftlichen Einrichtungen besichtigt haben. Ich war auch vor einigen Jahren dort, und ich muß sagen, daß diese Einrichtungen auf mich einen ungeheuren Eindruck gemacht haben. Ich glaube die Kollegen werden gesehen haben, wie das Land Hessen den Familienbetrieben und den bäuerlichen Menschen an die Hand geht und hilft, sie aufzurichten. Nicht nur durch die Kultureinrichtungen, wie zum Beispiel die Dorfgemeinschaftshäuser, sondern vor allem durch die Dorfauflockerungen, wo bäuerliche Betriebe von der Stadt herausgezogen und an der Peripherie angesiedelt werden, hilft das Land, das unter sozialistischer Mehrheit steht, der Bauernschaft die Betriebe aufzurichten und flott zu machen. Ich habe den Landwirtschaftsminister, der mit uns gefahren ist, gefragt, warum das alles geschieht. Er erwiderte darauf: „Ja, wir brauchen unsere Bauern, sie müssen die Lebensmittel herschaffen, damit wir etwas zu essen haben.“ Nun, ich glaube, was die Regierung in Hessen macht, können auch wir

tun. Soweit dort das eigene Kapital nicht ausreicht, ist eben das Land bereit, die Mittel, rückzahlbar in 39 Jahresraten, zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet eine Hilfe für den bäuerlichen Familienbetrieb, die auch wir bei uns durchsetzen möchten. Wenn wir schon derzeit an neue Bauernhöfe nicht denken können — sie werden draußen übrigens in drei Typen gebaut — könnten wir doch den Grundwerbern ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und die Rückzahlungsraten, wenn schon nicht auf 39 Jahre, so doch auf längere Sicht, festsetzen.

Hier müßte man an die Gründung einer gesetzlichen Bodenbank denken. Diese hätte die Aufgabe, sämtliche anfallenden Grundstücke mit den finanziellen Mitteln auszustatten. Sie wissen, daß wir schon sehr lange die Bodenbesitzreform verlangen. Wenn Sie aber der Meinung sind, daß in dieser unserer Forderung der Teufel steckt, können wir ja dieses Bodenbesitzreformgesetz auch anders nennen, eventuell Grundaufstockungsgesetz für klein- und mittelbäuerliche Betriebe oder Besitzfestigungsgesetz für klein- und mittelbäuerliche Betriebe. Die Lösung des Bodenproblems rückt immer näher, und ich glaube nicht, daß wir ihr auf die Dauer ausweichen können. Ich erinnere nochmals an die Päpste Leo XIII., Pius XI. und Pius XII., die eine große Streuung des bäuerlichen Besitzes verlangt haben. Ich will darauf nicht näher eingehen, ich habe schon im vergangenen Jahr anlässlich der Budgetdebatte darüber gesprochen. Ich betone aber, daß wir niemandem etwas stehlen, sondern nur die Möglichkeit haben wollen, die Grundstücke, die zur Grundaufstockung unserer Familienbetriebe und zur Besitzfestigung nötig sind, und die wir eventuell vom Großgrundbesitz erhalten könnten, eben auf längere Sicht zurückzahlen. Es gibt aber Leute, die anderer Meinung sind, und hier will ich auf unseren Abg. Scheibenreif verweisen, der erklärt haben soll, daß man den Kleinen bei der Grunderwerbsgenossenschaft deshalb keinen Boden zuweisen soll, weil sie ohnehin zugrunde gehen müssen.

Es gibt noch sehr viele Forderungen des Arbeitsbauernbundes, die geeignet wären, den bäuerlichen Familienbetrieb zu fördern und zu festigen, ich nenne nur das Pächterschutzgesetz, das die Pächter vor willkürlichen Kündigungen schützt. Weiters verweise ich auf ein Katastrophengesetz, das es ermöglichen soll, Schäden, die an Höfen, Feldern und Wäldern entstanden und als existenzgefährdend zu bezeichnen sind, zu beheben. Ferner wäre eine uneigennützigere Maschinenhilfe — wie dies auch schon von Kol-

legen Scherz angeführt wurde — für diejenigen, die nicht in der Lage sind, sich zu technisieren, notwendig. Auch die Inkraftsetzung des Krankenschutzes ist vordringlich.

(Zweiter Präsident Wondrak übernimmt den Vorsitz.)

Die Zuschußrente wurde geschaffen, um den alten Bauern und Bäuerinnen einen Zuschuß zu gewähren. Wenn aber der Krankenschutz nicht in Kraft treten kann, wird die landwirtschaftliche Zuschußrente ihrem Zweck entfremdet. Diese Rente muß dann von den alten Leuten — die natürlich für Erkrankungen anfälliger sind — zur Deckung der Arztkosten verwendet werden; das kann aber keinesfalls im Sinne des Gesetzes liegen. Wenn von 100.000 Anträgen erst 23.000 erledigt sind (*Zwischenruf: 35.000!*) — ich habe von 23.000 gehört — dann ist noch viel Arbeit zu leisten. Wir haben auch 80- und 90jährige Bauern, die auf die Zuschußrente warten, und ich möchte die Rentenanstalt doch bitten, in erster Linie auf die alten Jahrgänge Rücksicht zu nehmen, denn auch sie wollen noch die Rente erhalten.

Die Bezirksbauernkammern haben sich bemüht gefühlt, die ersten Rentenbescheide an die Bauern im Rahmen einer Feier auszuhändigen. Ich bin aber der Ansicht, daß diese Angelegenheit Sache der Zusatzrentenversicherungsanstalt ist und nicht Sache politischer Parteien.

Hohes Haus! In der leidigen Milchfrage scheint sich nun doch eine gewisse Lösung abzuzeichnen, da unseren Milchbauern die vom Nationalrat beschlossene Stützung von 50 Prozent gesichert ist. Der von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer beschlossene sogenannte Krisenfonds, durch den den Milchbauern 15 Groschen pro Liter Milch abgezogen wird, liegt in Agonie und wird wahrscheinlich seinem schweren Kriegesleiden erliegen. Auf Grund der Zusagen des Bauernbündführers, Nationalrat Dipl.-Ing. Hartmann, wird dieser Krisenfonds sukzessive zurückgezogen werden. Wenn der Nationalrat ein Gesetz beschließt, das den Milchbauern 50 Groschen Stützung gewährt, die Präsidentenkonferenz aber beschließt, ihnen 15 Groschen abzuziehen, muß man wohl sagen, daß ein solches Vorgehen nicht in Ordnung ist und wahrscheinlich einer Überprüfung seitens des Verwaltungsgerichtshofes nicht standhalten könnte. Durch diesen Krisenfonds sind unseren Milch- und Bergbauern im Jahre 1957 nicht weniger als 70 Millionen S und im Jahre 1958 170 Millionen S entzogen worden. Wenn er noch ein Jahr weiterbestehen darf oder soll, werden es weitere 225 Millionen S sein. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß es der Sozia-

listischen Partei mit ihrem Arbeitsbauernbund gelungen ist, diese Mißgeburt eines Krisenfonds zu zertrümmern. Wir können uns alle freuen, mit der Beseitigung dieses Krisenfonds unseren Berg- und Milchbauern sozusagen ein Weihnachtsgeschenk bereitet zu haben.

Gestatten Sie mir, noch ein Anliegen vorzubringen, und zwar handelt es sich um eine Grundverkehrsangelegenheit. Herr Lambert Hummel aus Loosdorf, Besitzer einer Gärtnerei mit zirka 10 Arbeitern, hat sich von einer gewissen Frau Winkler aus Wien 4 Joch Grund in der Gemeinde Hanfthal gekauft. Natürlich ist das eine Angelegenheit des Grundverkehrsamtes in Laa, das den Grundkauf verweigert hat. Vielleicht kann der Kollege Hirman ein bisserl aufpassen, außer er kennt den Fall. Ich bin nämlich neugierig, wie sich die Gegenseite dazu stellt. Der Mann hat berufen und hat dann diese Berufung zurückgezogen und durch einen neuen Kauf die Angelegenheit an die Grundverkehrskommission in Laa weitergeleitet. Und abermals hat die Laaer Grundverkehrskommission entschieden, daß der Kauf nicht getätigt werden kann. Er hat weiter an die Landesgrundverkehrskommission berufen, und auch diese hat sich dem Entscheid angeschlossen und hat ihm den Kauf verweigert. Er hat die Sache an die Landesregierung zur Entscheidung weitergegeben. Ich bin nun neugierig, wie sich die Landesregierung dazu stellt. Das wäre ungefähr der Sachverhalt eines Grundankaufes, der, wohlgemerkt, nicht zur Spekulation, sondern zur Erweiterung eines Gärtnerbetriebes getätigt worden ist. Wir werden ja sehen, ob das soziale Empfinden in Hanfthal wirklich so groß ist, die Kleinbetriebe aufzustoßen, oder ob es nicht umgekehrt ist, daß man den nicht aufstockungsbedürftigen Bauern den Boden zuspülen will.

Ich weiß sehr wohl und sehr gut, daß in der Zwiebelgend die Grundstücke sehr teuer sind, und man dort trachtet, daß der Kleine ja kein Grundstück zu kaufen bekommt. Und wenn sie bis zu 40.000 S pro Joch hergeben, wie dies schon in Unter-Stinkenbrunn der Fall war, dann glaube ich, ist auf jeden Fall sehr bezeichnend, daß sich die Gemeinden — heute ist es Hanfthal, morgen kann es eine andere Gemeinde sein — mit einer chinesischen Mauer umschließen. Dann wäre die Grundaufstockung gerade ins Gegenteil verkehrt. Dazu kommt, daß die Betriebsaufstockungen, wie sie vor allem auf Grund der Staatsvertragsdurchführungsgesetze getätigt werden — meines Erachtens zu Unrecht —, mit den Bestimmungen des Grundverkehrsgesetzes verquickt werden.

Sicherlich sind die Möglichkeiten, Grundstücke im Wege einer Besitzaufstockungsaktion zu kaufen oder zu pachten zu beachten, aber die Grundverkehrskommissionen haben sich bei ihrer Entscheidung vor allem von den Bestimmungen dieses Gesetzes leiten lassen und ein Abwägen der Interessen nur aus dem Gesichtswinkel der Bestimmungen des Grundverkehrsgesetzes vorzunehmen. Im gegenständlichen Fall handelt es sich um ein Rechtsgeschäft, das gerade noch unter die Bestimmungen des Grundverkehrsgesetzes fiel, weil die Grundgröße um ein Geringes über die Mindestgrenze von 2 Hektar hinausragte. Dazu kommt, daß das Grundstück gar nicht der landwirtschaftlichen Urproduktion entzogen worden wäre, weil ja der beabsichtigte Zukauf der Vergrößerung einer Baumschule gedient hätte, und die Heranziehung von Obstbäumen letzten Endes wiederum den bäuerlichen Wirtschaften zugute gekommen wäre. Bei einigem guten Willen wäre es daher sicherlich möglich gewesen, einen gerechten Ausgleich der Interessen herbeizuführen. Auf jeden Fall ist es sehr bezeichnend, daß sich die Gemeinden mit einer Art chinesischer Mauer abschließen können, darin liegt die große Gefahr, daß die größeren Besitzer die Grundstücke derzeit um ein Spottgeld an sich reißen können, die Kleinen aber infolge der Technisierung nicht mehr mitkommen und ihre Scholle verlassen müssen. Die Landesregierung hat nun die Entscheidung, ob sich der Gärtner Lambert Hummel aus Loosdorf diese Grundstücke kaufen darf.

Hohes Haus! Wir sind überzeugt, daß wir den bäuerlichen Menschen, unseren klein- und mittelbäuerlichen Betrieben, in ihrem Kampf um die Scholle helfen müssen. Wir brauchen ein freies und krisenfestes Bauerntum. Durch die Verwirklichung der angeführten Forderungen könnte im Interesse aller der Arbeitsplatz für die bedrohten Familienbetriebe erhalten werden.

Wir werden daher für die Förderungsmaßnahmen stimmen, weil unser Volk nicht nur heute, sondern auch morgen das tägliche Brot gesichert haben will! (Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gelangt der Herr Abg. D u b o v s k y.

Abgeordneter DUBOVSKY: Meine Damen und Herren! Es ist kein Zufall, daß zur gleichen Zeit, wo hier bei uns die Budgetberatung abgehalten wurde, bei der zweifellos mehr als in den vergangenen Jahren die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund der Beratungen gestanden sind, auch eine Tagung der niederösterreichischen Wirtschaftskammer durchgeführt wurde, auf der der Präsi-

dent Nationalrat Cerny über die wirtschaftliche Situation Niederösterreichs gesprochen hat. Er hat dort darauf hingewiesen, daß zum erstenmal seit 1945 in Niederösterreich die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 2,4 Prozent zurückgegangen ist. Er hat dort auch auf die besonderen Verhältnisse hingewiesen, die in Niederösterreich vorhanden sind, und vor allem auf die Tatsache der Politik der Benachteiligung, die unser Bundesland noch immer durch die Bundesregierung erfährt.

Er hat also auf die gleichen Schwierigkeiten hingewiesen, die ich hier aufgezeigt habe, Schwierigkeiten, die, gering gerechnet, dem Land, der Wirtschaft des Landes bisher vier Milliarden Schilling gekostet haben. Diese vier Milliarden Schilling, in unsere Wirtschaft hineingepumpt, sei es in Form der Richtigstellung unseres Anteils am Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, sei es in der Tatsache, daß hier die Errichtung eines weiteren Donaukraftwerkes längst fällig geworden ist, hätten zweifellos dazu geführt, daß hier nicht ein Rückgang der Zahl der in der Industrie Beschäftigten eingetreten wäre, sondern eine entsprechende Erhöhung.

So wie der Präsident der Wirtschaftskammer hat sich hier im Landtag auch der Präsident der Arbeiterkammer mit der wirtschaftlichen Situation unseres Bundeslandes beschäftigt. Er hat neben einer Reihe von Zahlen, die zweifellos richtig sind, die dem gewerkschaftlichen Nachrichtendienst entnommen sind, gezeigt, daß eine bestimmte allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und in Niederösterreich eingetreten ist. Er hat auf die Zahl der Beschäftigten, auf den Umschichtungsprozeß, der vor sich geht, und auf die Entwicklung unseres Nationaleinkommens hingewiesen, ohne allerdings, was er als Präsident der Arbeiterkammer hätte tun müssen, zu untersuchen, zu überprüfen, wie dieser große Kuchen des Nationaleinkommens aufgeteilt wurde, wie sich die Entwicklung bei dieser Aufteilung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Jahren der Erhöhung des Nationaleinkommens vollzogen hat, denn da wäre dann zweifellos ein anderes Bild herausgekommen, als er es uns zu schildern versuchte. Soweit diese Ziffern dem gewerkschaftlichen Nachrichtendienst entnommen wurden, waren sie richtig. Die Ziffern aber, die Präsident Fuchs sich selbst zusammengestellt hatte oder von irgendeiner Seite bekommen hat, waren falsch. Zur Frage des Erdöls hat er erklärt, daß in den 10 Jahren, wo die Russen unsere Erdölindustrie verwaltet haben, Erdöl im Werte von 13 Milliarden Schilling aus Öster-

reich hinausgeschafft worden sei. Mit diesen 13 Milliarden, so hat er gesagt, hätten die niederösterreichischen Straßen glänzend hergerichtet werden können, hätten die Betriebe aufgebaut werden können und hätten weiter alle wirtschaftlichen Unzukömmlichkeiten beseitigt werden können. Wenn er das glaubt, dann ist das seine Sache, ich frage ihn aber jetzt, was mit den 5 Milliarden Schilling geschehen ist, die seit der Übergabe — ich halte mich an seine Berechnungsbasis — aus der Erdölindustrie geschöpft wurden. Das müßten wir ja spüren. Aber wir spüren nichts, weil die Zahl an und für sich nicht richtig ist, weil in den 13 Milliarden ebenso wie in den 5 Milliarden, die Österreich für die Förderung des Erdöls erhalten hat, ja nicht nur die Endsumme zu sehen ist, sondern daß da auch eine Reihe von Faktoren enthalten sind, die ein Präsident der Arbeiterkammer doch überblicken müßte. Beispielsweise sind da die Löhne und Gehälter enthalten. Das macht einen sehr erheblichen Teil aus. Es ist eine sehr billige Agitation gegen den Osten, die man vielleicht in einer Versammlung verwenden kann, aber nicht im Landtag, wo man glaubt mit solchen Zahlen über die Tatsache der Benachteiligung Niederösterreichs hinwegtäuschen zu können.

Er hat auch zur Frage des Osthandels gesprochen; er hat sogar die Frage des Osthandels als förderungswürdig bezeichnet. Aber was gibt es da für Schwierigkeiten. Sie müssen vorhanden sein, weil es sich hier um die Beziehungen zweier verschiedener Wirtschaftssysteme handelt. Sie müssen vorhanden sein, sie können aber allerdings — das hat die Praxis bewiesen — bei gutem Willen überwunden und beseitigt werden. Was führt er nun aber als Beispiel an? Ich kann mich noch gut an die berühmte Knoblauchrede des Herrn Abg. Wenger erinnern, wo er darzustellen versuchte, daß der Osten nichts anderes nach Österreich liefern könne als Knoblauch. Aber wie liegen die Dinge wirklich? Er sagt, sie wollen von uns Waren, die wir nicht liefern können, weil wir sie woanders anbringen können, und sie können uns das nicht liefern, was wir brauchen können. Er hat beispielsweise den Mais angeführt, und gesagt, daß Österreich keinen Import von Mais notwendig hat, weil die österreichische Landwirtschaft genügend produziert. Ich sehe die bäuerlichen Kollegen darüber schon lächeln. Der Präsident der Arbeiterkammer müßte sich aber doch in der Wirtschaftsstatistik auskennen und zurechtfinden können, denn da hätte er feststellen können, daß wir im Jahre 1957, also im vergangenen Jahr, allein 3,7 Millionen Zentner Mais nach

Österreich eingeführt haben. Davon waren 2,9 Millionen Zentner Mais aus den Vereinigten Staaten von Amerika, was einem Anteil von 78 Prozent entspricht. Als weiteres Beispiel hat er die Kohle angeführt. Er hat gesagt, daß wir in Österreich keine fremde Kohle brauchen. Wenn Sie die heutige Tageszeitung hernehmen und sich die statistischen Nachrichten ansehen, werden sie erkennen, wie die Verhältnisse liegen. Da stellt sich heraus, daß wir im Jahre 1957 45,6 Millionen Zentner oder über 4,5 Millionen Tonnen Steinkohle eingeführt haben. Davon aus Westdeutschland 9,2 Millionen Zentner, aus den Vereinigten Staaten 9,5 Millionen Zentner und aus dem Saargebiet 1,2 Millionen Zentner, zusammen aus diesen drei Ländern 44 Prozent unserer gesamten Einfuhr an Steinkohle. Im heurigen ersten Halbjahr ist ein Sinken der Einfuhr an Steinkohle eingetreten, aber immerhin wurden noch 17,6 Millionen Zentner Steinkohle eingeführt, davon aus Westdeutschland 3,9 Millionen Tonnen, aus dem Saargebiet 3,1 Millionen Tonnen und aus den Vereinigten Staaten 8 Millionen Zentner Steinkohle. Der Anteil der Einfuhr aus diesen 3 Ländern hat sich von 44 Prozent im vergangenen Jahr auf 69 Prozent im heurigen ersten Halbjahr verschoben. Nun hat aber vor 3 Monaten die Presse eine Nachricht gebracht, die uns allen zum Denken Anlaß geben soll, nämlich, daß sich in Westdeutschland die Kohlenhalden türmen, daß die Steinkohle nicht mehr so absetzbar ist, wie noch vor einigen Jahren. Es liegen bereits jetzt viele Millionen Tonnen mehr Kohle auf der Halde als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Westdeutschland führt aber trotzdem 12 Millionen Tonnen Kohle aus den Vereinigten Staaten ein. Es hat aber nun angesichts dieser großen Kohlenhalden versucht, die Einfuhr von Kohle aus Amerika zu drosseln. Die Folgen waren diplomatische Schritte. Die amerikanische Regierung hat bei ihrem treuesten Verbündeten protestiert und scharfe Warnungen ausgesprochen, falls die Einfuhr von amerikanischer Kohle gedrosselt werden sollte. Eine glatte Erpressung ist da ausgeübt worden. Verstehen Sie jetzt das Geheimnis, warum wir in Niederösterreich nicht Kohle aus der Tschechoslowakei, mehr Kohle aus der Sowjetunion beziehen können? Weil das, was sich die Amerikaner dem starken Westdeutschland gegenüber offen erlauben, auf uns als ununterbrochener Druck ausgeübt wird.

Das heißt aber, daß wir, nachdem wir sowohl mit Westdeutschland als auch mit den Vereinigten Staaten eine passive Handelsbi-

lanz aufzuweisen haben, von diesen Ländern weiterhin mehr importieren müssen, als wir dorthin exportieren können. Das trägt dazu bei, daß bei uns die Arbeitsplätze nicht im notwendigen Ausmaß gesichert sind. Ich war mit einer Delegation aus der Tschechoslowakei im Stahlwerk Tarnitz. Dort wurde allgemein über die schlechte Auftragslage Klage geführt. Die Delegation hat sich sofort bereit erklärt — die meisten dort laufenden Aufträge stammen ohnedies aus der Tschechoslowakei —, den Betrieb durch entsprechende Aufträge voll zu beschäftigen, falls als Gegenleistung Kohle abgenommen würde. Müssen wir nicht angesichts dieser Tatsachen die Schlußfolgerung ziehen, die Kohleinfuhr aus den passiven Zahlungsbilanzstaaten einzuschränken und dafür Kohle von jenem Land zu nehmen, das bereit ist, österreichische Waren zu beziehen? Dies zur Frage des Osthandels. Die Angelegenheit mit dem Mais und jetzt auch mit der Kohle zeigt, daß die Schwierigkeiten vielfach aufgebauscht werden und, wenn man es genau betrachtet, zum Teil von uns selbst verschuldet sind. Unsere Beschäftigungslage wäre jedenfalls weitaus besser, würde man den Handel mit den sozialistischen Staaten forcieren. Die Möglichkeiten dazu sind gegeben. Ich verweise auf die Berichte, die in der „Neuen Tageszeitung“ über die Messe in Plovdiv — einige Kollegen werden sich gewiß daran erinnern —, die alarmierende Nachricht brachten, daß sich in Bulgarien, das früher traditionsgemäß zum österreichischen Markt gehörte, die Westdeutschen mit aller Kraft einnisten und von dort Karusseldrehbänke beziehen, und zwar in einer Qualität, wie sie im Westen gang und gäbe ist.

Das sind einige Fragen, über die zu diskutieren, es sich lohnen würde. Es ist nur bedauerlich, daß Kollege Fuchs nicht anwesend ist. Es liegt mir nicht, mich in seiner Abwesenheit mit seinen Ausführungen auseinanderzusetzen. Es ist mir lieber, wenn jeder offen seine Meinung äußert, selbst wenn es zeitweise zu Streit und Auseinandersetzungen kommt, aber wir bilden uns in gemeinsamer Diskussion eine Meinung.

Ich möchte nunmehr auf die Ölfrage zurückkommen, weil sie als falsches Beispiel angeführt wurde. Es ist heute wohl kein Geheimnis mehr, daß der österreichische Staat seit zehn Jahren zu 50 Prozent am Erdöl hätte beteiligt sein können. Das konnte man auch im „Kleinen Volksblatt“ lesen. Ich brauche nicht näher auf die Gründe einzugehen, warum eine Beteiligung verhindert wurde, und zwar im Zeichen der Freiheit, so wie man jetzt auch Westdeutschland im Zei-

chen der Freiheit verbietet, die Einfuhr amerikanischer Kohle zu drosseln. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß die Russen eines Tages weggehen werden, während die Betriebe da bleiben, und je früher eine Regelung in Angriff genommen wird, um so besser ist es für Österreich. Gestern hat eine Pressekonferenz der ÖMV stattgefunden, bei der im wesentlichen das bestätigt wurde, was ich schon bei der Generaldebatte zum Budget festgestellt habe, nämlich die Herabwirtschaftung unseres österreichischen Reichtums. Wie Kollege Fuchs, versuchte man auch auf dieser Pressekonferenz zu erklären, daß an der Heizölmisere der schlechte Absatz schuld sei. Vor zwei Jahren hat man gar nicht genug bekommen können, jetzt auf einmal soll es nicht absetzbar sein? Wir haben doch keinen Rückgang, sondern höchstens eine Stabilisierung der Wirtschaft zu verzeichnen, so daß das Heizöl abzusetzen sein müßte. Was ist nun also wirklich los? Im März des heurigen Jahres, zu einer Zeit als die Weltmarktpreise für Kohle und Heizöl tief gesunken waren, hat man in Österreich den Preis für das Heizöl von 450 Schilling auf 700 Schilling pro Tonne erhöht. Man kann sich vorstellen, daß die Überlegung Platz greift, dann eben auf anderen Brennstoff überzugehen. Auch hier verweise ich auf die Tageszeitung, die einigemal geschrieben hat, daß die Festsetzung des neuen Heizölpreises angesichts des internationalen Standes der Heizölfrage mehr als unglücklich war. Was nützt es, wenn auf der gestrigen Pressekonferenz von einem Dumping gesprochen wurde. Das stimmt nicht, denn es ist egal, ob das Heizöl aus Italien oder aus dem Osten kommt, hier handelt es sich um internationale Weltmarktpreise. Dreizehn Jahre lang hat die Ölverwaltung das Auslangen mit 450 Schilling pro Tonne gefunden und jetzt plötzlich wäre das zu wenig? Das kann mir niemand erzählen, das liegt vielmehr ganz auf der Linie, die österreichische Erdölproduktion herabzuwirtschaften und sie womöglich dem ausländischen Erdölmonopol in die Hände zu spielen.

Eine sehr große Rolle hat in der Budgetdebatte bei den Wirtschaftsfragen die Freihandelszone gespielt, die jetzt auch ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt ist, weil sich immer mehr herausstellt, daß sie nicht zu verwirklichen ist. Ich werde noch darauf zurückkommen. Was die Freihandelszone allein für die Landwirtschaft bedeuten würde, hat irgendein Funktionär — ich glaube, es war der Präsident der Landwirtschaftskammer, Strommer — in wenigen Worten zum Ausdruck gebracht: Wir können

nicht das Klima der südlichen Länder nach Österreich verpflanzen, um wettbewerbsfähig zu sein. Keine Sonderbestimmung wird diese Tatsache aus der Welt schaffen können. Nicht nur die Obst- und Weinbauern würden hier von der Freihandelszone in ihrer Existenz erschüttert, ja ihre Existenz würde vernichtet werden! Ich denke auch an unsere Bergbauern, an die Bauern im Waldviertel, wie die trotz aller Besitzfestigungsversuche diesen Druck aushalten sollen! Das kann mir niemand erklären, und die Folge wird sein, daß sie auf der Strecke liegen bleiben.

Der Kollege Fuchs ist hier als führender Vertreter der Freihandelszone aufgetreten, genauso wie auch Kollege Hainisch für die Freihandelszone eingetreten ist. Nun hat aber der Kollege Fuchs in seinen Worten darauf hingewiesen, daß die Straßen in Niederösterreich deswegen so schlecht sind, weil sie ja an den Eisernen Vorhang, wie er es gesagt hat, heranführen und man da nicht entsprechende Investitionen für den Ausbau tätigt. Ja, das kann ich noch weiter ergänzen, das wird zweifellos mit der Einführung der Freihandelszone noch stärker der Fall sein. Man geht heute auch dazu über und ist schon dazu übergegangen beispielsweise das zweite Gleis der Franz-Josefs-Bahn abzumontieren. Das Argument, das hier, ich glaube, einmalig in der ganzen Welt gebracht wurde, daß der eingleisige Betrieb rascher, besser ist, ist hin-fällig! Da könnte man nur sagen: macht die Westbahn auch eingleisig! Das ist ein einmaliges Argument, bei dem sich jeder volkswirtschaftliche Volksschüler an den Kopf greifen muß. So viel im Zusammenhang mit der Freihandelszone!

Wir können doch nicht von Empfindungen, von Gefühlen und Illusionen ausgehen, wenn wir eine so ernste wirtschaftliche Frage behandeln. Schauen Sie sich doch die Landkarte an, wie Österreich liegt! Wir haben an unseren entscheidendsten Grenzen keine Staaten der Freihandelszone, wir haben nur im Westen eine Lücke, die die Verbindung zu dieser Freihandelszone herstellen soll. Österreich liegt sozusagen wie ein Wurmfortsatz dieser Freihandelszone — wenn man sie geographisch betrachtet — da, und da glauben Sie, daß auf Grund der geographischen Situation, sie allein gesehen, die Freihandelszone eine Lösung, eine Erleichterung der österreichischen Wirtschaftsverhältnisse bringen kann? Das Gegenteil wird eintreten und ist zum Teil schon eingetreten.

Der Kollege Fuchs hat auf die schwierige Lage der Textilindustrie hingewiesen. Diese schwierige Lage würde sich noch weit mehr

verschlechtern, wenn es zur Freihandelszone käme, denn dann hätte die niederösterreichische Textilindustrie nicht einmal mehr den westösterreichischen Absatzmarkt, weil sowohl aus Westdeutschland als auch aus Italien Textilien in sehr bedeutende Gebiete Österreichs weitaus billiger einströmen würden. Für unsere ganze Industrie ergibt sich ja angesichts der geographischen Lage die Tatsache, daß weitaus längere Transportwege notwendig sind, um in die Freihandelszone überhaupt hineinzukommen, was die Produktion verteuert, was dazu führen wird, daß hier nicht die Entwicklung eintreten kann, die notwendig ist.

Oder nehmen wir doch unser einziges Steinkohlenbergwerk in Grünbach her. Ich habe schon in der Generaldebatte darauf hingewiesen; glauben Sie, bei dem Kohlenüberschuß in der Freihandelszone, in der Montanunion, könnte man diesen Betrieb nur ein Jahr lang weiterführen? Die 1200 Bergarbeiter, die sich im Jahre 1945, als die Bäckereien ohne Kohle dastanden, geschunden haben, eingefahren sind, um die Ernährung mit sichern zu helfen, wären ihres Arbeitsplatzes verlustig, hätten ihre Arbeit verloren! Das sind doch die realen Tatsachen. Jeder Unternehmer rechnet doch, wo habe ich die größten Verdienstchancen. Und die größten Verdienstchancen sind zweifellos gegeben, wenn man möglichst im Zentrum der Freihandelszone sitzt, weil dann alle Wege ziemlich gleich lang sind, man ziemlich das ganze Gebiet mit fast gleichen Kosten beherrschen kann. Und dieses Rechnen hat dazu geführt, daß jetzt schon, wo wir nur die Politik der Orientierung auf die Freihandelszone machen, bei uns keine wesentlichen Betriebsneugründungen mehr durchgeführt werden. Das sind Dinge, die man zur Kenntnis nehmen muß, die man sehen muß, an die man nicht mit irgendwelchen Vorstellungen, mit Illusionen herangehen kann, sondern wo man real bleiben muß.

Frankreich rechnet — es ist aus einem Leitartikel des „Neuen Österreich“ zu ersehen —, daß der Anschluß an den Gemeinsamen Markt allein 500 bis 600 Industriebetriebe kosten wird. Frankreich ist doch wirtschaftlich zweifellos stärker als wir. Was wird er uns erst kosten? Nicht einmal den österreichischen und innerösterreichischen Markt werden wir weiter behalten! In der Freihandelszone selbst werden wir durch die langen Transportwege von vornherein schon benachteiligt sein, und die Folge wird sein, daß die Betriebe schrumpfen werden. Es wird etwas anderes vor sich gehen, daß gerade diejenigen, die im Zentrum sitzen — und das

ist zweifellos die westdeutsche Industrie und daher ist sie auch heute der treibende Faktor bei der ganzen Freihandelszone —, daß die westdeutsche Industrie noch mehr als bisher die Betriebe, die in Österreich nicht mehr in dem Ausmaß produzieren können wie bisher, aufkauft und in dem Konzentrationsprozeß, der innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft vor sich geht, früher oder später stilllegen, zumindest einschränken wird. Sie werden nicht sagen, Österreich braucht die Betriebe, das ist nicht entscheidend, entscheidend ist auch hier der Rechenstift, und die Konzentration wird nicht an das Randgebiet herangetragen, sondern die Konzentration der Betriebe wird ins Zentrum zu erfolgen. Das ist eine Tatsache, die wir immer wieder wahrnehmen können. Wir sehen also, daß es hier eine Reihe schwerster Bedenken gegen die Freihandelszone gibt, schwerster Bedenken, die nicht nur von uns stammen, das sage ich hier offen, Bedenken, die auch im Jahrbuch der niederösterreichischen Handelskammer geäußert werden.

Aus dem Gesagten erhärte ich noch einmal, was ich in der Generaldebatte gesagt habe: Jeder, die für die Freihandelszone eintritt, tritt gegen die wirtschaftliche Entwicklung Niederösterreichs auf. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Man sagt uns, ja, der große Markt, da werden wir Absatz, werden wir Arbeit haben. Wie schaut es denn aus? Wo, meine Damen und Herren, ist denn die Rezession am stärksten? Doch in Amerika, das über den großen Markt verfügt, wo das große Vorbild für die Freihandelszone ist. Die Frage der Größe des Marktes allein ist nicht die Ursache der Krise. Die Ursache der Krise ergibt sich aus den Widersprüchen der Produktionsverhältnisse, daß eben das Realinkommen zurückbleibt und nicht mehr die Waren aufnehmen kann, die produziert werden. Dadurch entsteht das Überangebot und damit die Ausgangsbasis für die Krise. Dieser Gemeinsame Markt kann und wird nicht die wirtschaftliche Lage verbessern oder gar eine Sicherheit gegen die Arbeitslosigkeit darstellen. Wir haben, wie ich schon gesagt habe, eine Reihe von Möglichkeiten. Wir verlangen nicht den Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Westen, sondern wir verlangen den Ausbau der Handelsbeziehungen, die Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Handels im Westen aber auch im Osten. (*Abg. Cipin: Zahlen müssen sie aber auch. Wir liefern gerne, nur nicht auf Schulden!*) Vor ein paar Jahren, wenn wir damals von der Neutralität als der günstigsten politischen Form für Österreich gesprochen haben, wurden wir immer von einigen als Hochverräter bezeich-

net. Auf Grund der geographischen Lage unseres Landes, aber auch auf Grund der historischen Situation Österreichs, ein Mittler nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu sein, sind wir schon lange zu der Auffassung gekommen, daß für Österreich die Neutralität die gegebene Staatsform ist. Ich verweise wieder auf das Jahrbuch der Handelskammer, in dem angeführt wird, wenn der Frage des Osthandels mehr Wert beigemessen wird, wenn sie gefördert wird — nicht mit so falschen Zahlen, wie sie von Kollegen Fuchs verwendet wurden, denn das ist keine Förderung, das ist eine Behinderung, eine Hemmung —, dann werden nicht nur aus Österreich heraus Betriebe in Niederösterreich entstehen, dann werden auch Betriebe aus dem Westen, deren Besitzer an der Förderung und an der Entwicklung des Osthandels interessiert sind, hierher verlegt werden. Unserer Meinung nach wäre es viel zweckmäßiger gewesen, statt sich auf diese Freihandelszone zu orientieren, sich darauf zu orientieren, wie Österreich auch wirtschaftlich wieder eine Brücke, ein Mittler zwischen Ost und West werden kann.

Auch Kollege Hainisch hat hier das Argument der Freihandelszone verwendet; 70 Prozent des Exports gehen nach dem Westen — das stimmt, sogar mehr — und wenn wir uns nicht anschließen, was ist dann mit dem Export? Dieses Argument gilt nicht. Jeder Schilling hat bekanntlich zwei Seiten und der Außenhandel auch. Die eine Seite ist der Export, die andere aber der Import, und bekanntlich importieren wir in Österreich mehr als wir exportieren. (*Abg. Marwan-Schlosser: Aber auch nach dem Osten!*) Dort ist es ja ausgeglichen, und dadurch sind wir auf dem längeren Hebelarm, weil sie nicht einfach einstellen und sagen können, wenn ihr euch nicht anschließt, könnt ihr zu uns nichts mehr exportieren. Sie wollen ja zu uns importieren, und diese Summe ist größer als die Verkaufssumme, für die wir hinexportieren. Darum sind wir stärker, darum sitzen wir am längeren Hebelarm und darum kann man uns nicht weißmachen, daß die Rettung für uns die Freihandelszone wäre. Auch das ist ein Argument, das absolut nicht zutreffend und stichhältig ist.

Ich glaube, daß ich doch im wesentlichen versucht habe, hier klarzumachen, wie die Situation ist. Ich habe auch erwartet, daß Präsident Fuchs, der ja Mandatar des Bezirkes Neunkirchen ist, im Zuge seiner wirtschaftlichen Ausführungen zumindest den Brief des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Bezirksleitung Neunkirchen, dem

Hohen Landtag zur Kenntnis bringen wird oder sich mit dem Programm der Niederösterreichischen Arbeiterkammer beschäftigen bzw. versuchen wird, dieses zu vertreten und durchzusetzen. Beides ist nicht erfolgt. Wir haben hier den Brief des Bezirkssekretariates Neunkirchen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, betreffend Beschäftigungslage im Bezirk Neunkirchen. Sie können nicht sagen, daß das eine kommunistische Erfindung ist, daß ich schwarz in schwarz male. Ich bringe einfach zur Kenntnis, was im Frühjahr des heurigen Jahres — inzwischen hat sich leider die Situation noch verschlimmert — der Gewerkschaftsbund von Neunkirchen allen Fraktionen zugestellt hat (*liest*): „Über Beschluß einer Bezirkskonferenz des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, welche am 29. März 1958 unter Teilnahme fast aller Betriebsräte, Personalvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre des Neunkirchner Bezirkes stattgefunden hat, wurde ich verpflichtet, im Namen der Konferenzteilnehmer in einem Brief an die Obmänner der Parlamentsfraktionen sowie an die Obmänner der Fraktionen des Niederösterreichischen Landtages auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Bezirkes, auf die Gefahr der Verringerung von Arbeitsplätzen in diversen Betrieben und auf die zwangsläufig daraus entstehenden Schwierigkeiten allgemeiner Art hinzuweisen. Der Neunkirchner Bezirk wurde durch den Umstand, daß er innerhalb des seinerzeit von der russischen Besatzungsmacht besetzten Gebietes liegt, wirtschaftlich benachteiligt. Dies hat dazu beigetragen, daß die Betriebe unseres Bezirkes gegenüber den Industriebetrieben, die außerhalb der ehemaligen Russenzone liegen, sowohl in finanzieller als auch in technischer Ausrüstung zurückgeblieben sind und daher in einem zu erwartenden härteren Konkurrenzkampf zum Teil auf der Strecke bleiben werden, wenn ihnen nicht tatkräftig geholfen wird. Bei Beratungen über Gewährung von wirtschaftlicher Hilfe wurde der Neunkirchner Bezirk bisher kaum in Erwägung gezogen, da in diesem Gebiet bis dato die Beschäftigungslage ja tatsächlich eine gute war. Im Verlauf des letzten halben Jahres hat sich aber in einigen Betrieben die Notwendigkeit ergeben, Abbaumaßnahmen durchzuführen, und es besteht die akute Gefahr weiterer Abbaumaßnahmen, so daß kaum mit einer nur kurzfristigen Stagnation zu rechnen ist. Es spricht vieles dafür, daß die schwache finanzielle Fundierung und die teilweise veraltete technische Ausrüstung dieser Betriebe ursächlich sind.“

Nach Feststellungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes und namhafter Wirtschaftsfachleute erscheinen die Betriebe der Metall-, Textil- und Papierindustrie sowie die Bergbaubetriebe besonders gefährdet. Nun setzen sich die Industriebetriebe des Neunkirchner Bezirkes zum überwiegenden Teil aus Betrieben dieser Branchen zusammen.

Im folgenden die Betriebe, von welchen in der letzten Zeit Abbaumaßnahmen durchgeführt wurden beziehungsweise die Gefahr der Durchführung von Abbaumaßnahmen akut ist.

Metallindustrie:

Bei Schoeller-Bleckmann, Ternitz, wurden 27 Arbeitnehmer gekündigt. Für weitere 100 bis 120 Arbeitnehmer wird nach einer Verlegenheitslösung gesucht.

Bei Brevillier & Urban in Neunkirchen, wurden 56 Arbeitnehmer gekündigt, weitere 20 bis 30 hofft man bei den Verlegungsarbeiten der Erdgasleitung beschäftigen zu können. Sollte das nicht möglich sein, ist auch in diesen Fällen mit Kündigungen zu rechnen.

Bei der Firma Brüder Wüster in Pitten, wurden vor ungefähr zweieinhalb Jahren 25 Frauen und Männer gekündigt.

Kohlenbergbau:

Der Grünbacher Kohlenbergbau arbeitet seit langer Zeit passiv. Vor einiger Zeit wurde den Grünbachern von der Paritätischen Wirtschaftskommission die Berechtigung erteilt, ihre Kohlenpreise zu erhöhen. Bevor diese Erhöhung in Kraft gesetzt werden konnte, sind jedoch Absatzschwierigkeiten eingetreten. Zur Zeit stehen in Grünbach zirka 35 Waggon Kohlen, die nicht abgesetzt werden können, weil die bisherigen Abnehmer die billigere polnische Kohle vorziehen.

Papierindustrie:

Vor ungefähr acht Monaten wurde das Zellulosewerk der Firma Neusiedler AG, Stuppach zur Gänze gesperrt, wobei 85 den Arbeitsplatz verloren.

In der Papiererzeugung derselben Firma in Stuppach ist ein Umbau der Papiermaschinen vorgesehen und es ist anzunehmen, daß damit zirka 230 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Außerdem besteht der begründete Verdacht, daß die Firma beabsichtigt, den Betrieb mit zirka 350 Arbeitern zur Gänze stillzulegen.

Ähnliche Absichten bestehen im Zellulosewerk der Firma W. Hamburger in Pitten, auch dort wurde uns von der Firmenleitung

mitgeteilt, daß die Zelluloseerzeugung passiv sei und mit einschneidenden Maßnahmen zu rechnen ist, was bedeutet, daß auch dort Abbaumaßnahmen ins Kalkül gezogen werden.

Textilindustrie:

Die Firma Hecht, Wollwarenfabrik in Neunkirchen, war gezwungen, ihren Beschäftigtenstand von rund 50 vorläufig auf 40 zu reduzieren, und wenn nicht innerhalb einer kurzen Zeit Aufträge eingehen, sind zehn weitere Kündigungen vorgesehen.

Der letztgenannte Betrieb ist in seiner maschinellen Ausrüstung vollkommen veraltet und verfügt auch über keinerlei finanzielle Mittel, um mit eigener Kraft Investitionen zu tätigen, die geeignet wären, den Betrieb konkurrenzfähig zu machen.

Diese beispielsweise Aufzählung von Schwierigkeiten in einzelnen Betrieben spiegelt natürlich keine Katastropheneignisse wider, jedoch tragen sie dazu bei, unsere Arbeiterschaft zu beunruhigen. Es ist schwer zu verstehen, daß in Niederösterreich in einzelnen Gebieten neue Betriebe errichtet, gleichzeitig aber bestehende liquidiert werden.

Bemühungen von Funktionären und Mandataren des Bezirkes, neue Betriebe im Bezirk zu installieren, waren bisher ohne Ergebnis.“

Das ist der Inhalt des Briefes der Gewerkschaft von Neunkirchen, der zeigt, wie sehr in der Arbeiterschaft die Angst um ihren Arbeitsplatz vorhanden ist.

Auch die Trattenbacher Weberei und die Schamottfabrik haben ihren Betrieb zu einem großen Teil eingeschränkt. Wir sehen überhaupt in einer Reihe niederösterreichischer Gebiete Einschränkungen von Betrieben. Ich erinnere nur an die Firma Haselgruber, ich will auf die Ursachen nicht eingehen, sie sind genügend bekannt, es sind auch alle Schuldigen bereits genannt worden. Die Werkzeugmaschinenfabrik Blumau wurde stillgelegt, ebenso die Weberei Götzendorf; die Spiritusfabrik Angern wurde aufgekauft, dem Konzern Mautner-Markhof angeschlossen und stillgelegt. Auch eine Reihe kleiner Textilbetriebe im Waldviertel wurden stillgelegt. Ich lenke ferner die Aufmerksamkeit des Hohen Landtages auf die Tatsache, daß mit Ende dieses Jahres die Raffinerie in Vösendorf stillgelegt werden soll. Obwohl Kollege Fuchs gestern hier erklärt hat, daß die Kapazität unserer Raffinerien nicht ausreicht, um das Erdöl zu verarbeiten, wird trotzdem ein Betrieb stillgelegt, weil es eben das Ziel ist, diese ganze Erdölindustrie, unser Gold, herabzuwirt-

schaften, um sie billig verklopfen zu können.

Ich verweise darauf, daß auch die Situation in der Glasfabrik Moosbrunn nach wie vor sehr ernst und der Absatz dieser Glasfabrik durchaus nicht gesichert ist, obwohl dort ein einmaliger Artikel, nämlich das sogenannte Profilglas, erzeugt wird. Ich mache auch auf die ernstesten Gefahren aufmerksam, die der „Hitiag“ in Pöchlarn deswegen drohen, weil der Besitzer dieser Fabrik gleichzeitig auch der Besitzer der Spinnerei in Lambach ist und beabsichtigt, die Zwirnerei zu rationalisieren und von Pöchlarn nach Lambach zu verlegen.

All diese Dinge müssen uns bewegen, auf diesem Gebiete mehr zu tun, als bisher geschehen ist. Kollege Fuchs hat gestern hier erklärt, es ist bereits einiges geschehen, wir haben die Entwicklungsvereine in Niederösterreich geschaffen und diese Entwicklungsvereine stellen sozusagen die Lösung des ganzen Problems dar. Ich glaube, an Programmen hat es nicht gefehlt. Gerade von der Arbeiterkammer haben wir ausgezeichnete Programme bekommen, die einige Mängel haben, weil sie nicht an die Ursache der wirtschaftlichen Nöte herangehen, aber doch ausgezeichnete Vorschläge enthalten. Es ist auf die Kommunalbank hingewiesen worden. 160 Millionen Schilling sind vorhanden, und nun heißt es, Projekte heranzugetragen. Das Problem besteht aber in Wirklichkeit darin, daß man trotz der Politik, die man betrieben hat, um zur Freihandelszone zu kommen, trotz aller Anstrengungen, die beispielsweise die Stadt Wiener Neustadt machte, um dort Betriebe zu erhalten, niemand gekommen ist, weil man neue Betriebe in einem Wirtschaftsgebiet nicht am äußersten Rand, sondern im Zentrum errichtet. Das ist das Problem! Es kann gelingen, dem einen oder anderen Betrieb irgendwie auf die Füße zu helfen, daran zweifle ich nicht, die Möglichkeit ist gegeben. Aber eine wirkliche Belebung, eine Änderung der wirtschaftlichen Situation wird damit nicht eintreten. Ich fürchte vielmehr — ich sage nicht, daß es die Absicht ist — daß man gerade damit von den wirklichen Problemen Niederösterreichs ablenkt, die beseitigt werden könnten. Darin liegt vor allem die Frage der Benachteiligung.

Wie wenig geschieht, geht daraus hervor, daß man nicht einmal 32.500 Schilling aufwendete, um eine Bodenuntersuchungskommission zu finanzieren, die im Waldviertel Untersuchungen hätte vornehmen sollen, ob nicht die Uranhaltigkeit des Waldviertler Bodens ausreicht, um mit dem Abbau beginnen zu können. Es wurde wohl an die Landesregierung herangetreten, dort aber

zeigte man die kalte Schulter, obwohl doch 32.500 Schilling in Wirklichkeit ein lächerlicher Betrag sind. Er müßte in der Gruppe Wirtschaftsförderung doch enthalten sein, müßte hier doch aufscheinen, denn 32.500 Schilling kann ein Land, das ein Budget von mehr als einer Milliarde Schilling aufzuweisen hat, riskieren auch wenn man zu 90 Prozent überzeugt wäre, daß nichts dabei herauskommt, wenn nur mit einer zehnzehnten Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, daß etwas herauskommen wird. Dabei wissen wir, daß das Waldviertel ein Notstandsgebiet allerersten Ranges ist, daß dort etwas getan werden muß, um die Situation zu verbessern, um sie einigermaßen erträglich zu machen.

Aber es ist nicht nur das Waldviertel, Kollege Fuchs hat auch darauf hingewiesen, daß sich in Niederösterreich, in Wiener Neustadt, im Badener Bezirk Notstandsgebiete nicht erst seit heute, sondern seit sehr langer Zeit herausgebildet haben. Ich habe zur Lage Wiener Neustadts im vergangenen Jahre auch bei dieser Gruppe ganz ausführlich Stellung genommen und auf die in der ganzen Welt einmalig dastehende Tatsache hingewiesen, daß man der meist zerstörten Stadt nicht nur keine Hilfe geleistet hat, sondern ihr noch Opfer auferlegt hat in Form des Bundespräzipuums, in der Form, daß man ihr die Ertragsanteile, auf die sie Anspruch gehabt hätte, durch den sogenannten Ausgleichsfonds vorenthalten hat. Alles das ist doch einmalig! Aber diese wirtschaftliche Situation Wiener Neustadts hat sich im abgelaufenen Jahr noch weiter verschlechtert. Wir haben im vergangenen Sommer eine Steigerung der Arbeitslosenziffer um über 2000 zu verzeichnen gehabt. Bei Walek und auch in den Rax-Werken war ein großer Abbau. Es gibt fast keinen Betrieb im Neustädter Bezirk, in dem nicht abgebaut wurde. Die Lage der Stadt ist heute noch verzweifelter als in der Vergangenheit.

Voriges Jahr habe ich den Antrag gestellt, man soll in dieser Gruppe drei Millionen Schilling für Neustadt einsetzen, damit die Stadt, die finanziell so schwer ringt, einen kleinen Zuschuß, zumindest eine Anerkennung für ihr Bemühen erhält, um Aufschließungsarbeiten durchführen zu können, damit sich neue Betriebe ansiedeln. Die drei Millionen Schilling für Neustadt haben sie abgelehnt, aber die gleichen drei Millionen Schilling — das ist interessant — waren in der Landesregierung vorhanden, um die Haftung für den Defraudanten Hölzl zu übernehmen. Um einen Betrüger unterstützen zu können, dafür waren drei Millionen Schilling da!

Jetzt erklären Sie mir, ob das ein Mensch verstehen kann. Hier die meist zerstörte Stadt, die unter unerhörten Schwierigkeiten zu leiden hat, und dort ein Betrüger, der es versteht, sich ausgezeichnete Verbindungen zu schaffen, und der die Landeshaftung für drei Millionen Schilling bekommt. (Abg. Marwan-Schlosser: Aber das ist doch nicht wahr!) Ja, das ist doch wahr! Ja natürlich kann man nachher sagen, das ist nicht wahr! Aber schauen Sie, Herr Kollege Marwan-Schlosser, ich erinnere Sie daran — Sie haben sich immer als Retter Neustadts aufgespielt —, ich erinnere Sie an den Namen Reysini. Haben Sie die „Neustädter Nachrichten“? Schauen Sie sich an, wie sie den Reysini präsentiert haben. Da sitzt der Zach, der Reysini, der Marwan-Schlosser, Bezirkshauptmann Mohr, Ingenieur Hlatky beisammen, der große Retter war gekommen. Ich will den Artikel gar nicht vorlesen, was da der armen Neustädter Bevölkerung alles versprochen worden ist. Der Goldonkel aus Amerika ist eingetroffen. Ich fürchte nur, daß dieser Mann eines Tages in einem Fahndungsblatt stehen wird und von der Interpol gesucht werden wird. So ist doch die Situation.

Was haben Sie mit den Flugzeugwerken gemacht und was ist in Wirklichkeit für Wiener Neustadt geschehen, das unser größtes Notstandsgebiet ist? Schauen Sie, man kann doch nicht große Versprechungen machen, hinter denen nichts steht, und dann mit der Achsel zu zucken und zu glauben, daß die Sache erledigt ist. So leicht kommen Sie uns nicht davon, Kollege Marwan-Schlosser, ebensowenig wie der Bundeskanzler Raab, der den Rax-Werk-Arbeitern — das wissen Sie genau aus den Neustädter Zeitungen — versprochen hat, daß er Sorge tragen wird, daß keiner den Arbeitsplatz verliert. Wir wissen, wie er Sorge getragen hat, daß der Stand auf die Hälfte abgesunken ist und die anderen den Arbeitsplatz verloren haben. Ihre Politik war nicht von Vorteil für Wiener Neustadt, und ich glaube, daß der Landtag — und da ist mit Recht vom Kollegen Fuchs darauf hingewiesen worden, daß in Niederösterreich Krisenherde vorhanden sind und einer der entscheidendsten Krisenherde Wiener Neustadt ist — alles daransetzen muß, um den Funken, wenn er zu glimmen beginnt, rechtzeitig auszutreten, damit sich der Brand nicht ausbreitet. Da haben wir bis jetzt nichts zu spüren bekommen, und ich erlaube mir wieder — ich habe lange gewartet und ich habe schon gesagt, so wie beim Gesundheitswesen, wir sind zäh und ausdauernd, wir werden nicht müde, gegen

Ungerechtigkeiten, gleichgültig wo sie sind, aufzutreten — den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Um die Errichtung neuer Industrien in Wiener Neustadt zu erleichtern, ist in der Gruppe Wirtschaftsförderung ein Betrag von 3 Millionen Schilling einzusetzen, der der Stadtgemeinde Wiener Neustadt zur Aufschließung von Industriegelände zur Verfügung zu stellen ist.“

Neben Neustadt gibt es hier eine Reihe von Dingen, die geschehen müßten, die geschehen hätten können. Schauen Sie, gestern hat der Kollege Cipin darauf verwiesen, in welchem Zustand die niederösterreichischen Straßen sein könnten, das möchte ich unterstreichen, wenn wir die 800-Millionen-Schilling-Anleihe der Sowjetunion genommen hätten. Er hat darauf verwiesen, daß in der Bundesregierung, anscheinend auf den Einspruch der Sozialistischen Partei hin, die Bewilligung nicht erteilt worden ist. Der Kredit wäre zu 2 Prozent gegeben worden. Sie selbst haben die Bedingungen nicht gekannt. Sie selbst haben festgestellt, keine politischen Bedingungen! Jetzt haben wir interessanterweise gestern in der „Arbeiter-Zeitung“ die Stellungnahme des vielleicht angesehensten Wirtschaftsblattes in der ganzen kapitalistischen Welt, des englischen „Economist“ zu der Anleihe, über die jetzt Kamitz verhandelt hat, gelesen. Es ist interessant, im Parlament und in der Bundesregierung haben die Sozialisten für diese Anleihe gestimmt, für die Ermächtigung, sie abzuschließen. Jetzt bringen sie sozusagen die Nachricht des „Economist“, um ein Alibi zu haben, um sich reinzuwaschen, weil die Bedingungen dieser Anleihe derartig drückend sind, daß es sich, wie der „Economist“ schreibt, andere Länder überlegen würden, diese Anleihe abzuschließen. Ich bin überzeugt, nicht einmal mehr eines der wenigen Kolonialvölker würde diese Anleihe abschließen. Was beinhaltet sie? Begebungskurs 96, das heißt, für 100 Dollar nur 96 von vornherein; Verzinsung 5 Prozent. Das schaut sich schön an, das kann man ausrechnen. Das ist ein Zinsfuß von fast 6 Prozent. Aber jetzt kommt der Pferdefuß. Niemand kann heute sagen, was uns die Anleihe wirklich kosten wird, denn sie hat eine Klausel, daß jeder, der ein Anleihestück besitzt, die Möglichkeit hat, diese Anleihe in 4 Währungen einzuwechseln, und zwar in Schilling, in Dollar, in Pfund und in D-Mark; ich glaube in D-Mark, Schweizer Franken oder D-Mark. Das heißt, daß jeder Anleihezeichner die Möglichkeit hat, auf Grund der Währungskurse zusätzlich Ge-

winn herauszuholen und daß heute niemand auf Grund der Währungsentwicklung sagen kann, wie hoch uns die Anleihe wirklich kommt. Stimmt das, Herr Abg. Scherrer, Sie kommen doch aus dem Sparkassenwesen. Das kann uns niemand sagen.

Da liegt der große Unterschied. Und deshalb sind wir gegen eine solche Finanzpolitik, denn sie trägt Schuld an einer Abschwächung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich. Wir haben noch nie bestritten — und das zu behaupten, haben wir Herrn Abg. Hilgarth nicht gebraucht — daß in einer Zeit der Konjunktur auch der Arbeiter eine Verbesserung des Lebensstandards erfahren wird, denn würde dies nicht der Fall sein, so würde er in Krisenzeiten noch viel tiefer absinken. Das würde dann zu einer Katastrophe führen. Es geht darum, daß der Arbeiter in der Zeit der Konjunktur einen möglichst hohen Anteil erringt, um damit dem Absinken in Krisenzeiten vorzubeugen. Man braucht uns nicht mit Argumenten kommen, daß dies oder jenes möglich sei, denn wir kennen die kapitalistische Wirtschaft viel besser als jene, die diese kapitalistische Wirtschaft befürworten.

Nun noch zu einigen Fragen, die im Laufe der Diskussion aufgetreten sind. Mein Freund Fuchs hat erwähnt, daß Sie sich für die Errichtung des Donaukraftwerkes Klosterneuburg-Korneuburg einsetzen werden. Ich freue mich über diese seine Stellungnahme. Wenn ich mir aber das Programm ansehe, das vom Verbundkonzern, der unter der unmittelbaren Verwaltung des sozialistischen Ministers Waldbrunner steht, vorgelegt wurde, dann sehe ich, daß dieses Projekt bereits in das Wasser, in die Donau, gefallen ist. Das ist so, und ich glaube, daß es viel günstiger für uns wäre, wenn Sie in Ihrer Partei Ihren Einfluß geltend machen, so wie wir das tun, wenn eine Delegation kommt. Es gibt einige Kollegen, die das wissen, die mit dazuschauen, daß etwas gekauft wird in Österreich. Auch Sie sollten versuchen, Ihren Genossen Waldbrunner von der Notwendigkeit der Errichtung dieses Donaukraftwerkes in Niederösterreich zu überzeugen, denn dieses Kraftwerk brauchen wir.

Ich möchte nun noch einmal auf Wr. Neustadt zurückkommen, denn es erscheint mir als das brennendste Problem. Wir erinnern uns, daß man vor den letzten Wahlen zum Nationalrat entdeckt hat, daß in Zillingdorf die Möglichkeit besteht, Braunkohle zu fördern, und daß man diese in einem Kraftwerk sofort in elektrische Energie umwan-

deln könnte, weil der Heizwert dieser Braunkohle sehr niedrig ist. Seit dieser Zeit sind aber schon 4 Jahre verstrichen. Die Landesregierung hat 1 Million Schilling zur Untersuchung bewilligt; das Ergebnis der Untersuchungen ist uns aber bisher nicht bekanntgegeben worden. Damals hat man von diesem Projekt gesprochen, hat man gefunden, daß die Asche dieser Braunkohle sehr stark uranhaltig ist und man aus ihr nicht nur elektrische Energie sondern auch Atomenergie gewinnen könnte. Aber die Wahlen sind vorbei, und es ist still geworden um die Frage Zillingdorf, um das Braunkohlenwerk und das Elektrizitätswerk. Ich glaube, daß diese Sache aber im kommenden Jahr wieder Auferstehung feiern wird, daß man neuerdings versuchen wird, mit dem Projekt Zillingdorf Wählerstimmen — und nur um das geht es — zu gewinnen. Ich glaube, man sollte aber solch ein Spiel mit den wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung unterlassen, denn das führt zu einer Verbitterung und Verärgerung der Bevölkerung, letzten Endes aber auch zur Mißkreditierung unserer Demokratie. Gerade das aber wollen und sollen wir vermeiden. Wir wollen doch wirklich alles daransetzen, durch die Einlösung gegebener Versprechen die Demokratie zu festigen.

Der Landes-Finanzreferent hat im Zusammenhang mit den Finanzausgleichsgesetzen sehr starke und kräftige Worte gegen die Bundesregierung, vor allem gegen Finanzminister Dr. Kamitz gefunden. Ich will nicht bezweifeln, daß diese Worte ehrlich gemeint waren und seiner Überzeugung entsprochen haben. Möglich, aber an den Erfolg glaube ich auf Grund der gegebenen Tatsachen nicht. Schauen Sie, die Frage der Benachteiligung Niederösterreichs, das Programm der niederösterreichischen Landesregierung oder des Landeshauptmannes Steinböck, wie Sie es nennen wollen, all diese Fragen sind nach wie vor offen. Woran scheitern sie? Sie scheitern immer wieder an der Bundesregierung, in der der Landes-Obmann der ÖVP von Niederösterreich Bundeskanzler ist. Das bedeutet aber, daß man in der Bundesregierung Ihren Vorschlag nicht ernst nimmt, ihm nicht genügend Unterstützung zuteil werden läßt, daß diese Bundesregierung Vorschlägen, die aus den Reihen Ihrer eigenen Partei kommen, keine Bedeutung beimißt. Deshalb glaube ich, daß auch diesmal die Worte des Herrn Finanzreferenten in den Wind gesprochen wurden, daß für Niederösterreich neue Belastungen herauskommen werden, weil man in der Bundesregierung weiß, daß Sie sich alles gefallen lassen, daß man mit Ihnen machen kann, was die Bundesregierung will.

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Worte gelangt Herr Abg. Marwan-Schlosser.

Abg. MARWAN-SCHLOSSER: Hohes Haus! Nach den diesjährigen Budgetreden und bei der Gründlichkeit, mit der man manche Probleme bespricht, kann man sagen, daß heuer die Debatte in einer durchaus günstigen Atmosphäre abgeführt wird.

(Präsident Sassmann übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich persönlich habe mir vorgenommen, zu diesem Kapitel erst dann zu sprechen, wenn der Herr Abg. Fuchs und natürlich auch der Abg. Dubovsky gesprochen haben. Präsident Fuchs hat sachlich gesprochen, aber Abg. Dubovsky hat sich gegenüber den Vorjahren in seinen polemischen Ausführungen noch überschlagen.

Es ist natürlich nicht möglich, auf jedes einzelne der in seiner einstündigen Rede aufgezeigten Probleme einzugehen. Ebenso ist es nicht möglich, zu den einzelnen Problemen so Stellung zu nehmen, daß man daraus ersieht, wieviel Mühe aufgewendet werden mußte, wenn auch vereinzelt kein Erfolg verzeichnet werden konnte. Eines ist uns aus der Geschichte bekannt, und darin haben auch die Jahrhunderte nichts geändert: So wie Rom nicht an einem Tag wiederaufgebaut worden ist, wird auch Wiener Neustadt, dessen sind wir Neustädter, die wir die Verantwortung tragen, uns auch bewußt, nicht an einem Tag und auch nicht in einem Jahr wiederaufgebaut sein, und wir werden jahrzehntelang an verschiedenen Problemen zu nagen haben.

Ich will mich nicht mit den Förderungen, die sich im Raume von Wiener Neustadt segensreich ausgewirkt haben, das sind die Kleinstgewerbe- und Fremdenverkehrsförderungskredite, befassen. Ich glaube, hierüber wird mein Freund Scherrer noch sprechen. Ich möchte auch nicht über die Elektrifizierung der Hohen Wand reden, da auch dieses Problem einer eingehenden Behandlung bedürfte. Was uns im Wiener-Neustädter Raum am meisten beschäftigt, ist die sogenannte „Förderung unterentwickelter Gebiete“, wozu ich zu bemerken habe, daß wir kein unterentwickeltes Gebiet, sondern ein durch den Krieg zerstörtes Gebiet, also derzeit Notstandsgebiet, sind. Wir wollen hier einen klaren Trennungsstrich gezogen wissen. Natürlich ist dieses Problem sehr hart, überlagert durch jenes der europäischen Integration, welches uns zu den vorhandenen Aufbausorgen neue Sorgen verursacht. Eine Stellungnahme zu diesem Problem würde sehr viel Zeit erfordern. Im großen und ganzen läuft meiner Meinung nach alles auf den einfachen Nenner

hinaus, wenn ich einen Konkurrenten habe, der billiger erzeugt, dann muß ich alles daransetzen, um ebenso billig erzeugen zu können. Ich muß mich daher in erster Linie mit der Grundlagenforschung beschäftigen. Dem Unternehmer dürfen natürlich nicht seine Ideen, seine Privatinitiative, seine Tatkraft und sein Risiko genommen werden, sondern es muß ihm von Staats wegen alles gegeben werden, damit er von Haus aus dieselben Startbedingungen hat wie sein Konkurrent, dies insbesondere bezüglich der Steuerbelastung und der Anschaffung moderner Maschinen. Dazu sind Kredite notwendig beziehungsweise die Möglichkeit einer Kapitalaufstockung. Alle diese Probleme stehen mit der europäischen Integration eng im Zusammenhang und betreffen selbstverständlich jeden einzelnen Unternehmer auch in Wiener Neustadt, gleichgültig, ob es sich um schon bestehende oder erst zu gründende Betriebe handelt.

Bezüglich des Arbeitslosen- und Re-Industrialisierungsproblems soll man allerdings nicht in denselben Fehler verfallen wie seinerzeit beim sogenannten Rentenklauproblem, womit man in der Bevölkerung Furcht und Schrecken hervorgerufen hat. Ich möchte ausdrücklich davor warnen. Sollte man versuchen, aus dieser Sache politisches Kapital zu schlagen, würde sich die Bevölkerung sehr feinfühlig zeigen. Dieses Problem ist nur in ernster Zusammenarbeit und nicht in polemischer Weise zu lösen. Die Feststellung, daß jahrelange Bemühungen von wenig Erfolg begleitet waren, ist leider richtig. Bedauerlicherweise muß ebenso festgestellt werden, daß diese Bemühungen einseitig sind und oft sogar von anderer Seite torpediert werden. Ich möchte mich jetzt nicht mit der sozialistischen Fraktion auseinandersetzen *(Zwischenruf bei der SPÖ: Das ist nett von dir!)* und auch nicht jenen Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 6. Dezember verlesen — ich werde dies zu einem späteren Zeitpunkt nachholen —, worin es quasi heißt, daß sich die Handelskammer „auch“ mit dem Problem beschäftigt habe. Das klingt so, als ob sich seit 1945 einzig und allein nur die Arbeiterkammer über die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in Niederösterreich den Kopf zerbrochen hätte, und die Handelskammer jetzt erst im Schlepptau nachkomme. Es würde, wie gesagt, zu weit führen, darauf näher einzugehen.

Über den Verein zur Förderung der Wirtschaft, der im Lande Niederösterreich geschaffen wurde, ist schon mehrfach gesprochen worden. Ich freue mich, daß die sozialistische Fraktion durch ihren Sprecher, Abge-

ordneten Fuchs, nunmehr die Wichtigkeit der Kraftwerkbauten unterstreicht, wo doch bekannt ist, daß seinerzeit von dieser Seite gegen die Kamptalwerke und die NIOGAS Stellung genommen wurde. Jetzt sagt man, Gott sei Dank, endlich einmal: „Jawohl, es ist wichtig, in Niederösterreich ein weiteres Kraftwerk zu errichten.“ (Zwischenrufe.)

Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ ferner schreibt, daß es nur die SPÖ gewesen wäre, die sich seit eh und je für die Förderung der Wirtschaft einsetzte, so muß ich dazu die Feststellung machen, daß wir uns in Wiener Neustadt Jahre hindurch bemüht haben, die sozialistische Fraktion dazu zu bringen, einen Ausschuß, ein Wirtschaftsförderungsinstitut oder einen Wirtschaftsförderungsverein zu schaffen, der sich mit den von uns aufgezeigten Re-Industrialisierungsproblemen zu befassen hätte. Im Gegenteil, von den Sozialisten wurden bis zum Jahre 1957 jegliche Wirtschaftsförderungsmaßnahmen abgelehnt. Erst dann ist es gelungen, eine Wendung herbeizuführen, und zwar durch den regionalen Wirtschaftsverein unter Führung von Kommerzialrat Beirer. Ich könnte natürlich den Beweis erbringen, daß es sich nicht so verhält, wie die sozialistische „Arbeiter-Zeitung“ es darstellt. Die Aufgabe der regionalen Wirtschaftsvereine ist es, in Gebieten wie Wiener Neustadt, Gmünd und anderen Notstandsgebieten Niederösterreichs gesicherte Dauerarbeitsplätze zu schaffen, das Pendlerproblem zu beseitigen und auch auf den Bevölkerungsnachwuchs Rücksicht zu nehmen. Keine Lösung bringen natürlich Vorschläge, wie zum Beispiel auf Schaffung neuer Schottergruben, wenn ohnehin genug vorhanden sind, denn ob ich den Bedarf aus einer oder aus elf Gruben decke, ist im Prinzip belanglos, da dadurch keine Vermehrung der Arbeitsplätze erzielt wird. Genauso verhält es sich mit dem Vorschlag, eine neue Möbelfabrik in Wiener Neustadt zu gründen. Das würde höchstens zur Folge haben, daß zehn oder zwanzig andere zugrunde gehen. Ich glaube, wir müßten eher bemüht sein, Betriebe herzubringen, die entweder noch nicht vertreten sind, oder denen eine zu erwartende Konsumsteigerung eine Existenzberechtigung schafft.

Der Herr Abg. Dubovsky hat erklärt, daß die europäische Integration kolossal gefährlich sei, da sich die gesamte Erzeugung auf Mitteleuropa konzentrieren würde und die übrigen Gebiete unter Arbeitslosigkeit zu leiden hätten. Abgesehen davon, daß der Zug der Zeit gar nicht zu einer Zusammenballung der Industrie neigt, so ist es auch völlig unrichtig, daß man nur im Inneren des

Landes erzeugen wird und an den Rändern nicht. Es spielt nämlich das Transportproblem eine wesentliche Rolle, da man zum Beispiel Güterzüge nicht in einer Richtung beladen und in der Gegenrichtung leer zurückfahren lassen wird. Herr Abg. Dubovsky sagt weiter in einer gewissen inkonsequenten Art, daß wir den stärkeren Hebelarm hätten, denn wenn uns ein Handelspartner keine Waren abnimmt, dann werden wir von ihm auch nichts nehmen. So, lieber Freund Dubovsky, ist es natürlich in der Wirtschaft nicht. Ich lehne es ab, von einem „Randproblem“ zu sprechen, ich lehne genauso die Auffassung ab, daß man hier, am Rande des Eisernen Vorhanges, keine Industrie gründen könne, und behaupte, daß das eine gewisse Dolchstoßtheorie ist, die sich gegen unser Gebiet richtet. Es wäre im Gegenteil notwendig, daß man gerade in diesen Randgebieten Arbeit schafft, damit wir als österreichisches Bollwerk jene geistige Kraft aufbringen können, um weiterhin gegen den Osten Widerstand zu leisten.

In diesem Zusammenhang allerdings möchte ich erklären, daß ich mich keineswegs gegen den Osthandel ausspreche. Wir wollen durchaus, daß wir hier so viel erzeugen, daß wir die Freunde, die drüben, jenseits des Eisernen Vorhanges, derzeit geknechtet sind, eines Tages oder nach Möglichkeit sehr schnell beliefern können. Aber, schauen Sie, wenn ich als Kaufmann jemand beliefern soll, etwas verkaufen soll, mein lieber Freund Dubovsky, ist das nicht schwer! Aber das Geld hereinzubringen! Und das betrifft mich jede Woche und zu jeder Zeit und auch den Staat. Hinauszuliefern nach dem Osten, Kollege Cipin hat das schon gesagt, ist kein Problem. Aber selbstverständlich verlange ich vom Handelspartner dann, daß er mir auch die Gegenleistung in Form von Geld oder Ware prompt und zu den vereinbarten Abmachungen gibt. Ansonsten erlebt man unangenehme Überraschungen; siehe Finnland. Die Methode, die Rußland bei Finnland angewandt hat, wird allen Völkern des Westens eine eindringliche Warnung gewesen sein. Nun, lieber Freund Dubovsky, die Wirtschaft ist eben einmal so, daß man nicht von heute auf morgen alle Probleme lösen kann. Die Wirtschaft ist beweglich. Schauen Sie, Churchill hat einmal gesagt: Kriegführen ist wie ein Berg und ein Tal; einmal geht es hin und einmal her; auch in der Wirtschaft. Heute gibt es größere Umsätze, morgen geringere. Wenn einmal mehr arbeitslos sind, so ist noch lange nicht von einer Krise zu sprechen. Aber selbstverständlich haben wir uns sofort zu bemühen, alle Gegenmaßnahmen zu ergrei-

fen, um alles zu tun, um arbeitslos Gewordene wieder ins Wirtschaftsleben einzubauen.

Tatsache ist, daß im Raum von Wiener Neustadt im vergangenen Jahr die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Sie können sicher sein, Herr Abg. Dubovsky, daß wir uns ernstlich in beiden Fraktionen laufend bemühen, alles Mögliche zu unternehmen, um hier Abhilfe zu schaffen. Sie können aber nicht sagen, daß deswegen, weil Arbeitslosigkeit eingetreten ist, schon draußen wieder eine Krisenstimmung entstanden ist und der finanzielle Zusammenbruch quasi bevorsteht, denn es sind auch hier Hilfsmaßnahmen erfolgt, und Sie glauben es vielleicht nicht, wenn ich behaupte, daß der Herr Handelsminister soundso viele Millionen zum Wiederaufbau nach Wiener Neustadt gegeben hat und dadurch eine wirtschaftliche Belebung erfolgt ist. Sie müssen wissen, daß auch der Herr Unterrichtsminister soundso viele Millionen nach Wiener Neustadt gesteckt und dadurch das Wirtschaftsleben gehoben hat. Sie können auch sicher sein, daß der Herr Verteidigungsminister Truppen hinausgelegt hat, und vor wenigen Tagen kam wieder die Militärakademie hinaus, welche auch wieder einen wirtschaftlichen Vorteil bringt.

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr mit Bauten geholfen — vor zwei Jahren —, die Bezirkshauptmannschaft in diesem Jahr mit einer Brücke. Das sind alles Maßnahmen, die dazu geführt haben, daß die Steuereingänge der Gemeinde wider Erwarten — wir Funktionäre haben es auch nicht geglaubt — doch höher geworden sind.

Betrüblich bleibt es natürlich trotzdem, daß draußen die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Aber auch hier kann ich sagen, daß das Problem der USIA-Betriebe eben nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Sie selbst wissen ja, daß man aus dem USIA-Betrieb, den uns Ihre Freunde übergeben haben, Wochen vor der Übergabe die ganzen modernen Maschinen abtransportiert, verkauft hat. (*Ruf: Wo war das?*) Sie wissen ganz genau — das war in der Strumpffabrik Meyer —, daß dort Waren und Vorräte gelagert waren. Sie wissen aber genauso gut, daß in vielen anderen Industriebetrieben unseres Gebietes die Vorräte wegverkauft waren, nichts da war, daß wir aber die USIA-Schulden, die Kontrollbankschulden übernehmen mußten. Wir haben uns bemüht, selbstverständlich die Entschuldung der Betriebe durchzuführen. (*Zwischenrufe.*)

Werfen Sie daher nicht zu leichtfertig mit Begriffen herum, nennen Sie auch nicht gleich, wenn Sie Beschuldigungen aussprechen, in bezug auf Reysini die Interpol. Herr

Abg. Dubovsky, wenn Sie es ehrlich meinen und Verdacht haben, daß irgend jemand ein Lump ist, der von der Interpol gesucht wird, dann teilen Sie das gefälligst offiziell mit und sorgen Sie dafür, daß er verhaftet wird. Da gebe ich Ihnen recht. Aber wenn dieser Mann ein ehrlicher Kaufmann und bereit ist, hier Millionen nach Österreich hereinzugeben und Sie machen solche Äußerungen in diesem Haus hier, dann sind Sie ein Zerstörer Österreichs, und davor möchte ich Sie eingehend warnen! (*Zwischenrufe.*) Herr Reysini ist in diesen Tagen wieder in Wiener Neustadt beziehungsweise in Wien. Wenn das Problem der Flugzeugwerft nicht gelöst ist, dann wissen Sie ebensogut wie ich, daß man hier Schwierigkeiten mit der Bürokratie hat, die derzeit einfach nicht zu überwinden sind. Der Grundverkauf war bisher nicht durchzuführen und an dem hängt es. Und wenn man für einen mehrfach mit 1,4 Millionen geschätzten Grund dann plötzlich 14 Millionen geben soll, so wird man eben hier in so ein Verkaufsgeschäft nicht gleich leichtfertig einsteigen.

Es haben sich in den letzten Tagen und Wochen andere Werke und andere Unternehmer bemüht, nunmehr eine Werft beziehungsweise einen Assemblingbau von Flugzeugen nach Vöslau zu bringen. Ich will hoffen, und ich appelliere hier noch einmal an die Regierungsmitglieder, ich habe es schon mehrfach getan, alles Mögliche daranzusetzen, daß die Flugzeugindustrie nach Wiener Neustadt kommt, denn, gibt man sie nach Vöslau hinaus, dann ist das Problem der Pendler erneut vorhanden. Für die Vöslauer — ich bin es Ihnen nicht neidig, es ist erfreulich —, denken wir, ist es etwas Positives, daß die Halleiner Motorenwerke dorthin gekommen sind. Aber noch zusätzlich eine zweite Industrie hinzugeben, wäre, glaube ich, nicht im Sinne der Industrialisierung unseres Landes. Aber wer die Unternehmer sind, die in Wiener Neustadt eine Flugzeugindustrie aufziehen, ob am Werkflugplatz oder am Militärflughafen herüber, das soll uns Wiener-Neustädtern, Herr Dubovsky, egal sein. Ich will nur hoffen, daß diese Querschüsse und die verschiedensten Quertreibereien endlich einmal ein Ende nehmen und es zu einer klaren und eindeutigen Lösung kommt.

Sie sagen, daß keine Hilfe gegeben wurde, und führen als Beispiel Ihre drei Millionen an, die Sie wieder beantragt haben. Sie haben diese drei Millionen wieder für die Aufschließung des Industriegebietes gefordert. Selbstverständlich bin ich als Wiener-Neustädter auch dafür und sage, Wiener Neustadt soll weitere Millionen kriegen. Sie

dürfen aber nicht glauben, daß die Frau Abg. Czerny oder ich in der Zwischenzeit geschlafen haben. Aber es wäre vollkommen verfehlt gewesen, hätten wir diese drei Millionen, die Sie voriges Jahr noch beantragt haben, sofort in die Elektrifizierung hineingesteckt, denn die vier oder fünf Unternehmer, die damals nach Neustadt kommen wollten, sind bis heute nicht dort. In der Zwischenzeit hat sich aber etwas anderes getan. Das elektrische Kabel, um das es geht, ist in der Zwischenzeit oder wird in den nächsten Tagen verlegt werden bis zu den Radiatorenwerken und von dort bis zu Bally, die auch wieder ausgebaut haben.

Dann erst, wenn es bis dorthin verlegt ist und ein neuer Bewerber kommt, werden wir sehen, wohin wir dieses Kabel weiter zu verlegen haben. Sehen Sie, Herr Dubovsky, werfen Sie daher nicht immer mit Worten herum, wenn Sie selbst nicht orientiert sind, wenn Sie nicht wissen, wie die Probleme draußen wirklich aussehen.

Aber eine weitere Förderung für Wiener Neustadt ist heute noch nicht besprochen worden. Man hätte von der Landesregierung Wiener Neustadt weiter helfen wollen und hat gesagt, nehmt euch für Wiener Neustadt das Gas von der NIOGAS, verkauft eure Gaswerke, verhandeln wir über den Verkauf. Ich erkläre hier, daß die sozialistische Fraktion unter Führung von Vizebürgermeister Brand bis heute noch nicht erklärt hat: ja, wir sind bereit, zu verkaufen. Ich frage aber die anderen Herren der Städte, die schon verkauft haben, ob sie ein schlechtes Geschäft gemacht haben. Schauen Sie, für Wiener Neustadt sind es zweierlei Probleme: das eine ist das der Konsumenten, der Gasverbraucher von Wiener Neustadt, die Kochgas beziehen. Sie haben durch den Nichtverkauf, weil die sozialistische Mehrheit nicht verkaufen will, bereits vier Millionen unnötig durch den Kamin hinaus verbrannt und verheizt. Diese vier Millionen wären diesen Leuten durch den geringeren Gaspreis erspart geblieben. Wir haben in Wiener Neustadt statt 94 Groschen, die das Gas der NIOGAS kostet — übrigens haben wir gesteigert von 1,13 auf 1,90, was gar nicht nötig gewesen wäre, und dann wieder von 1,60 auf 1,40 gesenkt —, derzeit einen Gaspreis von 1,40. Wir könnten seit langem bei 94 Groschen stehen.

Vier Millionen Schilling haben die Wiener-Neustädter Kochgasbezieher unnötig verheizt, aber sagen Sie ja nicht, das haben nur die Plutokraten verheizt. Die meisten Kochgasbezieher sind Arbeiterfamilien. Ich habe es vorgerechnet; eine vierköpfige Familie zahlt für dieses Gas 100 Schilling pro Monat.

Hier könnten Sie beginnen, den Arbeitern zu helfen. Aber auch der Gemeinde könnte man helfen. Wenn die Gemeinde verkauft, bekommt sie sofort neun, zehn oder mehr Millionen. Mit diesen Millionen könnten wir andere kommunalpolitische Aufgaben lösen oder zumindest die hohen verzinslichen Darlehen, die wir haben, auszahlen, und wir würden uns dann neun Prozent für Darlehen im Jahr ersparen. Das wäre noch einmal ein Jahresersparnis von rund 900.000 Schilling. Das wäre Wirtschaftspolitik. Das Land hat immer wieder die Bereitschaft gezeigt und erklärt, zu helfen, nur die Neustädter Sozialisten — ich sage jetzt nicht Wiener Neustadt, sondern die sozialistische Fraktion — haben bisher abgelehnt.

Ich hoffe, daß ich im großen und ganzen die größten Angriffspunkte des Herrn Abg. Dubovsky widerlegt habe. Es ist erstens, wie ich betont habe, nicht so, daß niemand etwas getan hat. Vielleicht habe ich das Raxwerk, das auch eine große Sorge bedeutet, vergessen, aber wenn Sie in Ihren Ausführungen ehrlich gewesen wären, würden Sie ebenso wie ich wissen, wie sich Bundeskanzler Raab bemüht hat, mit der VÖEST und mit den Alpinen Montanwerken darüber zu sprechen, welche Produktion sie nach Wiener Neustadt verlegen könnten, was man mit dem Raxwerk machen könnte. Beide Konzernunternehmen, vor allem der Herr Generaldirektor Hitzinger war gegenüber der Gewerkschaft und gegenüber Herrn Vizebürgermeister Brand groß, „Jawohl, ich kann sofort alles machen“, und als er dann dienstlich befragt wurde, erklärte er, ich habe ja gar nichts, um etwas hinzugeben. Sehen Sie, das sind keine ehrlichen Methoden.

Ich habe schon länger gesprochen, als ich wollte, es ist selbstverständlich, daß ich bei der Fülle der Probleme nur Gedankensplitter geben konnte. Ich kann nicht alle Probleme hier tieferschürfend und eingehend beleuchten. Ich will aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß durch Zusammenarbeit der beiden Fraktionen die schwierigsten Probleme in Wiener Neustadt in kürzester Zeit einer Lösung zugeführt werden, wobei ich allerdings betone: So wie Rom nicht an einem Tag aufgebaut wurde, so können auch nicht alle Sorgen Wiener Neustadts innerhalb eines Jahres erledigt sein. (Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Neubaue r.

Abg. NEUBAUER: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn von der äußersten Linken die Freihandelszone, die europäische Integration als eine Gefahr hingestellt und von der Rechten das widerlegt

wurde, so wissen gerade wir von der Österreichischen Volkspartei, daß wir mit Schwierigkeiten zu rechnen haben werden. Aber Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß gerade wir von seiten der Landwirtschaft Rentabilität, Rationalisierung, Intensivierung an erste Stelle stellen. Unsere Wirtschaft rentabler zu gestalten, heißt doch, sie den Errungenschaften der Technik anzupassen, aber auch die gegebenen Möglichkeiten, die wir in der Landwirtschaft haben, mit aller Vehemenz zu nützen. Hiezu gehört, Grund und Boden zusammenlegen, die Vereinfachung der Bearbeitung dieses Grundes und Bodens usw.

Wir haben Grundzusammenlegungen schon in sehr vielen Gemeinden durchgeführt, leider ist noch ein großer Prozentsatz in Niederösterreich ausständig. Ungefähr 1300 Gemeinden in unserem Lande warten noch auf die Erledigung. Wir wissen um die Notwendigkeit der Kommassierungen und müssen sie daher auch vorantreiben.

Über das Thema Grundaufstockung wurde heute schon so viel gesprochen. Es wurden die Klein- und Kleinstbetriebe aufgezeigt, deren es in Niederösterreich nicht wenige gibt. Gerade in meinem Gebiet — es ist ein Weinbaugebiet — sind 50 Prozent der Betriebe unter 2,5 Hektar, also Klein- und Kleinstbetriebe. Natürlich ist es klar, daß die Lebensfähigkeit dieser Betriebe in der heutigen Zeit der Mechanisierung und Technisierung nicht mehr so gegeben ist. Wir wissen ganz genau, daß es auch für die Weinbaugebiete notwendig wäre, sie der Kommassierung zu unterziehen. Wieviel das kostet, ist eine andere Frage. Kommen wird einmal auch das, nur ist es noch in weiter Ferne.

Die Mechanisierung, von der ich gesprochen habe, ist doch nur anzuwenden, wenn die Grundstücke beisammen liegen. Im Weinbau — wenn ich wieder auf mein Spezialfach zurückkomme — ist die Anwendung der Maschine wesentlich schwieriger. Viel Handarbeit ist notwendig, und deswegen auch die Kleinstruktur, die Kleinststruktur, möchte ich sagen. Wir kämpfen mit der Landarbeitsflucht. Es ist bei uns noch immer nicht so, daß wir trotz der Maschine unsere Arbeit in einer 45-Stunden-Woche, in einem 8- oder 9-Stunden-Tag bewältigen können. Fleiß und Arbeit des selbständig Berufstätigen mit seinen Familienangehörigen bedeuten die Erhaltung ihrer Existenz. Der Bauer kann ja nicht anders, als von früh bis spät zu arbeiten. Jetzt im Winter ist es einfacher, jetzt hat er mehr Zeit. In den landwirtschaftlichen Betrieben kann man nicht alles nach einem

Schema bearbeiten. Wir wissen ganz genau, daß die Gemeinden mit sehr großen Schwierigkeiten fertig werden müssen. Haben wir doch unsere Zufahrtswege, die durch die Kommassierung in erster Linie betroffen sind, herzurichten. Sie verschlingen unheimlich viel Geld, und die Gemeinden sind nicht in der Lage, allein dafür aufzukommen. Es muß Hilfe von außen kommen. Selbstverständlich sind wir bereit, zu helfen, wo es nur geht und wir danken auch dafür, daß auf diesem Gebiet sehr, sehr viel geschehen ist. Die Wasserversorgung, die Be- und Entwässerung in unseren Gebieten konnten vorangetrieben werden. Leider harren noch sehr viele Ansuchen ihrer Erledigung.

Was brauchen wir noch, um die Rentabilität, um die Wirtschaftlichkeit unserer Betriebe herzustellen? Wir brauchen in erster Linie die gute, vorzügliche Ausbildung unserer Jugend. Der Bauer, der einmal in der europäischen Integration, in der Freihandelszone, bestehen will, muß in erster Linie die entsprechende Schulung haben. Wir sprechen doch sehr viel vom Ausbau der bäuerlichen Fachschulen und über die Mittel, die dazu aufgewendet werden. Es wird ja nicht direkt ausgesprochen, aber so von hinten herum, daß die Mittel ja doch zu hoch seien, die für die bäuerliche Jugend aufgewendet werden. Hiezu kann ich nur sagen — das ist meine persönliche Meinung —, das Beste ist gerade gut genug, was wir für die Bauernschaft machen können.

Ein spezielles Thema wurde hier angeschnitten, nämlich die landwirtschaftliche Schule in Unterleiten. Irgendwie wurde auch das Referat damit belastet. Hiezu möchte ich sagen: Die landwirtschaftliche Schule Unterleiten hat einen Ausbau des Bodentraktes vollzogen. In der Zeit von zwei Jahren ist aber eine andere Planung eingetreten. Das Bauamt hat davon gewußt, und es wurde dieser Umbau dann nach praktischeren Erwägungen vollzogen. Der Bau hat, nach Rücksprache mit dem Referat, um keinen Groschen mehr gekostet, als laut Planung vorgesehen war, das sei hier festgestellt. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur bäuerlichen Fachausbildung, zur bäuerlichen Jugend. Unsere ländlichen Fortbildungsschulen sind von seiten des Landes mit aller Kraft gefördert worden. Durch das ländliche Fortbildungswerk soll sich die bäuerliche Jugend nicht allein fachliche Dinge aneignen, sie soll auch der Kulturträger auf dem Lande sein. Ich glaube, schon deswegen, weil unsere Jugend in der heutigen Zeit so vielen Angriffen ausgesetzt ist und oft kri-

tisiert wird, müssen wir dem ländlichen Fortbildungswerk und den Lehrkräften hundertprozentig Dank und Anerkennung zollen. Die Jugend soll ja einmal die Männer von morgen stellen, die Österreich nicht nur nach außen hin repräsentieren, sondern auch die Wirtschaftspolitik in Österreich durchführen.

Nun zum bäuerlichen Wohnbau: Der bäuerliche Wohnbau ist stark forciert worden. Es ist notwendig, daß wir ihn stützen und die Mittel, die vom Lande in dieser Beziehung für die Bauernschaft bereitgestellt werden, richtig und gut anwenden. Die klein- und kleinstbäuerlichen Betriebe haben von dieser bäuerlichen Wohnbauhilfe 10.000 bis 20.000 S erhalten. Es wurde ihnen dadurch ermöglicht, einen schöneren und leichteren Ausbau ihrer Wohnungen durchzuführen.

Ich möchte nun wieder auf unsere Kleinststruktur, auf den Weinbau, zurückkommen. Hier soll denen Hilfe zuteil werden, die eine solche wirklich brauchen. Wir wissen ganz genau, daß es heute nicht so einfach ist, draußen zu bestehen. Der Wein ist ja dasjenige Produkt, das der meisten Steuer und der größten Steuerlast unterliegt. Wenn ich dafür eintrete, die Weinsteuer, die eine Bundessteuer ist, endlich einmal zu Fall zu bringen — es wird ja nicht zum ersten Male hier davon gesprochen —, dann wäre das eine vorrangige Bitte. Ich möchte daher einen Resolutionsantrag einbringen und Sie bitten, denselben anzunehmen. Die Weinsteuer bringt ja nach außen, laut Rücksprache mit dem Finanzminister, für den Bund nicht einen Groschen als steuerliche Ausgleichslast, sondern dient nur dazu, um den Apparat, der für die Einhebung notwendig ist, zu erhalten. Ich glaube daher, daß es recht und billig ist, diese steuerliche Belastung für die Weinbauern aufzuheben.

Der Resolutionsantrag lautet (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, bei den zuständigen gesetzgebenden Körperschaften und beim Bundesministerium für Finanzen dahin zu wirken, daß die Besteuerung des Weines gemäß dem Gesetz vom 6. Februar 1919, StGBI. 125, in der derzeit geltenden Fassung zu entfallen hat.“

Die vergangenen Weinernten, das wurde auch von Abg. Lauscher besprochen, haben große Erträge gebracht und die Aufnahme dieser Ernte war nur durch das gut funktionierende Genossenschaftswesen möglich. Ich muß bestätigen, und es ist nicht das Verdienst seiner Seite, daß wir die eisernen Verfechter des Genossenschaftswesens, gerade auf dem Gebiete des Weinbaues, waren und daß hier wahrlich Großartiges geleistet

wurde, besonders in unserem Gebiete, über das ich in erster Linie sprechen kann. Natürlich bestehen große Absatzschwierigkeiten, aber danken wir dem Herrgott, daß der Ertrag im heurigen Jahr so gut hereingebracht werden konnte und wir vor Unwetterkatastrophen verschont geblieben sind. Es ist immer besser, Wein im Keller und in den Lagerhäusern zu haben, als mit einer Mißernte und dann mit hohen Weinpreisen, wie 15 bis 20 S pro Liter, rechnen zu müssen. Wir werden uns um den Absatz kümmern, die Genossenschaften haben auch diese Gelegenheit mit aller Kraft in die Hand genommen. Wären nicht die Genossenschaften gewesen, hätten wir heuer einen vollkommenen Verfall des Weinpreises in unserem Gebiete zu verzeichnen. Ich spreche nicht von den großen Weingebieten, wo es die schweren Weine gibt, wie Südbahnstrecke und Wachau, ich spreche von den kleinen Weinbaugebieten, von Haugsdorf, Retz und der Brünner Straße. Für diese 30.000 kleinen Weinhauer müssen wir in jeder Beziehung Sorge tragen und trachten, daß sie eine Existenzberechtigung haben. Ich bitte Sie daher, meinem Antrage zuzustimmen und dahingehend mitzuwirken, daß dieser tatsächlich notleidenden Bevölkerung geholfen werden kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Lauscher.

Abg. LAUSCHER: Hoher Landtag! Erlauben Sie mir zuerst ein paar Bemerkungen über Sommerein.

Ich habe erklärt, daß dort politische Diskriminierungen durchgeführt werden. Man sagt nicht, dieser Mann ist ein österreichischer Staatsbürger und hat die Berechtigung, auch beim Siedlungsverfahren berücksichtigt zu werden, sondern man geht vom politischen Gesichtspunkt aus und trifft damit besonders Anhänger der Kommunistischen Partei. Der Herr Abg. Scherz hat in seinen Ausführungen bestätigt, daß politische Beweggründe dort eine Rolle gespielt haben und 27 Pächter und 3 hauptberufliche Bauern durch diese politischen Diskriminierungen benachteiligt wurden. Wir wünschen, daß die Frage bereinigt wird. Er hat auch einen diesbezüglichen Antrag gestellt und verlangt, daß das Ausführungsgesetz vom Landtag zum 3. Staatsvertragsdurchführungsgesetz novelliert wird, das heißt, daß man auch im Ausführungsgesetz zum Siedlungsverfahren von seiten der Landesregierung die Pächter von Sommerein berücksichtigt. Nun ist die Sache so, bis dieses Gesetz reformiert oder novelliert wird, vergeht eine Zeit, und in dieser Zeit kann Verschiedenes in Sommerein passieren.

Jetzt momentan ist die Landesregierung verantwortlich, und die Landesregierung hat nach meiner Meinung die Aufgabe, in Sommerein wirklich geordnete Verhältnisse herbeizuführen, politische Diskriminierungen nicht zuzulassen. Ich erlaube mir, diesbezüglich einen Antrag zu stellen. Er lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die bisherigen Pachtverhältnisse in Sommerein bis Abschluß des Siedlungsverfahrens fortbestehen zu lassen und den Pächtern die Erwerbung der bisher bewohnten Häuser und des innegehabten Bodens zu ermöglichen.“

Man hat in Sommerein, kurz gesagt, das Pferd beim Schwanz aufgezümt. Statt die Pachtverhältnisse zu lassen und das Siedlungsverfahren durchzuführen, hat man gleich Räumungsklagen eingereicht, macht man Exekutionen. Das ist ungehörig und nach unserer Meinung nicht richtig. Um bei diesem Siedlungsverfahren, sagen wir, Mißgriffe auszuschließen, erlaube ich mir, noch einen Antrag zu stellen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Durchführung des Siedlungsverfahrens gemäß dem 3. und 7. Staatsvertragsdurchführungsgesetz die Vertreter der beteiligten Gemeinden beizuziehen und ihnen ein Mitspracherecht einzuräumen.“

Ich glaube es ist absolut richtig, daß die Bürgermeister der Ortschaften dort, wo sie die Leute kennen, dabei sein sollen.

Noch eine Bemerkung zu Döllersheim. Ich glaube, es wäre besser gewesen, der Herr Abg. Marchsteiner hätte über Döllersheim nicht gesprochen. (*Abg. Bachinger: Weil er dort daheim ist, hat er nichts zu reden!*) Es betrifft das, was er über Döllersheim gesagt hat. Er hat zum Beispiel angeführt, auf die Bevölkerung sei früher ein gewisser Terror von seiten der USIA ausgeübt worden. Aber eines erlaube ich mir festzustellen. Sie können mir keinen Namen eines Bauern oder Pächters sagen, der kein Pachtverhältnis bekommen hätte. Ein jeder hat eine billige Pacht gehabt und billiges Holz bekommen. Ich gebe zu, schauen Sie, ich bin da offen, daß auch Parteipolitik getrieben wurde. (*Abg. Marchsteiner: Alle Pächter wurden 1947 gekündigt, rücksichtslos, ausgehend vom Bund der kleinen Landwirte! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Moment, aber sagen Sie mir, wer hat keinen Pachtvertrag mehr bekommen? (*Abg. Stangler: Das war Preistreiberei von der USIA!*) Der Pachtvertrag

muß, wenn er abläuft gekündigt werden. Sagen Sie doch die Wahrheit! (*Abg. Mörwald: Heute macht Ihr Bauernaustreibung!*) Aber was ist heute in Döllersheim los? Warum sprechen Sie heute nicht über Döllersheim? Warum sagen Sie nicht, was jetzt in Döllersheim ist? Warum sagen Sie nicht, daß die Zustände heute in Döllersheim so sind, daß man die Pächter vertreibt, sie hinausekelt, daß man ihnen keinen Brunnen, kein Licht, kein Wasser gibt, daß man alles macht, um die Leute dort wegzubringen? Sie haben doch versprochen, einen Mustergarten aus Döllersheim zu machen. Das haben Sie doch versprochen! Wie schaut es heute aus? Dort ist eine Gebäudeverwaltung. Vielleicht, Herr Abgeordneter, gehen Sie dorthin und erkundigen sie sich selbst, was der Bund ausgibt für die Pächter. Nicht einmal die Kamine läßt man reparieren, alles soll verfallen, weil man die Leute wegbringen will. So schaut es heute aus. Das sind Tatsachen. Gehen Sie in die Gebäudeverwaltung, und Sie werden dann sehen, wie man dort die Pächter vertreibt, wie man alles verfallen läßt. Sie können nach Wurmbach gehen. Ich habe mir die Möglichkeit genommen, zweimal hinzugehen, dort haben sie andere Bedingungen und andere Verhältnisse.

Ich begrüße die Ausführungen des Herrn Abg. Schmalzbauer über die Frage von Wetzlas. Tatsache ist, daß das, was er hier gesagt hat, von uns nicht kontrolliert werden konnte. Aber wir sind der Meinung, wenn es überall so gewesen wäre wie in Wetzlas in bezug auf die Aufstockung, wenn man überall von dem Standpunkt ausgegangen wäre, bei Krediten wirklich eine Staffelung durchzuführen, die Pächter herauszuziehen, ein demokratisches Verfahren durchzuführen, auch vom Bund der kleinen Landwirte jemand einzuladen, hätten wir bestimmt keine Gelegenheit gehabt, das Verfahren bei der Bodenaufstockung zu kritisieren.

Nun komme ich zu den Ausführungen des Herrn Abg. Weiß. Ich habe Zwischenrufe gemacht und gefragt, was ist mit Zehetbauer? Bei der vorigen Debatte haben Sie mir gesagt, es stimmt nicht, daß Zehetbauer 400 Joch bekommen hat. Richtig; aber 300 hat er bekommen; 300 Joch für Herrn Zehetbauer! Warum braucht der Herr Zehetbauer 300 Joch? Ich glaube, der hätte mit 30 Joch bei der Grundaufstockung genug gehabt. Aber wir haben ja auch andere Fälle, die angeführt worden sind.

Nehmen wir das Gebiet des Herrn Abg. Hirmann, nehmen wir Laa an der Thaya. Dort ist die Aufstockung so geschehen, daß kein einziger Kleinbauer etwas bekommen

hat. Wer hat dort etwas bekommen? Da ist einmal der Herr Graf von Riedenstein, ferner hat dort ein Brauereimillionär, der Kühntreiber, bei der Grundaufstockung auch seine Hände im Spiel gehabt; dann der Herr Großbauer Brenner, ebenso der Sohn des Obmannes des Rübenbauernbundes, der Herr Eichinger; und ich glaube Ihnen, Herr Hirman, daß sie nervös werden! Auf der einen Seite sind Sie Verwalter des Zuckerbarons und auf der anderen Seite sind Sie Bauernvertreter! Da ist es einleuchtend, daß die Bodenaufstockung in Laa an der Thaya einen anderen Charakter hat als in Wetzlas. Eben diese Tatsachen sind die Wahrheit. Es wäre besser, Sie hätten geschwiegen. Ich wäre nicht darauf eingegangen, weil ich das Prinzip habe, womöglichst keine Personen zu nennen; es geht einmal nicht, auf der einen Seite für den Zuckerbaron zu sein, auf der anderen Seite bei der Grundaufstockung für die Bauern einzutreten.

Ich könnte jetzt noch ein paar andere Tatsachen anführen. Nach dem Staatsvertrag hat der Großpächter Fischer 600 Hektar in Walterskirchen gekriegt, jetzt haben Sie ihm wieder 200 Hektar in Althöflein dazugegeben. Was tut die Grundverkehrskommission? Es gibt hier Tatsachen — bitte heute ist die Zeit schon weit vorgeschritten, ich begreife, daß Sie nervös werden, wenn wir Ihnen konkrete Tatsachen vorhalten. In Niederösterreich haben wir wirklich hunderttausende Klein- und Mittelbauern, 8000 Hektar sind bei der Grundaufstockung an sie zu vergeben gewesen, 150.000 Hektar waren USIA-Boden. Man hat den Großgrundbesitzern 142.000 Hektar geschenkt und 8000 hat man für die Aufstockung gelassen. Rechnen Sie es sich aus, praktisch kommen bei 100.000 Hektar acht Ar auf einen Kleinbauern. So schaut die Grundaufstockung in der Praxis aus!

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt der Abg. Zeyer.

Abgeordneter ZEYER: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Bevor ich mich mit den Ausführungen unseres lieben Kollegen Lauscher befasse, möchte ich Ihnen nur kurz über andere Themen etwas sagen. Ich möchte bei der Grundzusammenlegung anfangen. Es ist von besonderer Wichtigkeit, daß die Grundzusammenlegung forciert wird, aus dem einfachen und logischen Grund, weil heute der Bauer draußen motorisiert ist, damit er seine Maschine nicht mit langen Anfahrten unnütz beschäftigt. Wir wissen, daß im heurigen Jahr ganz schöne Arbeit geleistet wurde, und ich

möchte hier allen Verantwortlichen dafür Dank sagen. Es sind rund 7020 Hektar zusammengelegt worden bei 1182 Parteien. Bei der Übernahme wurde eine 97prozentige Zustimmung erreicht. Man sieht also, daß die Bauernschaft aufgeschlossen ist für die Grundzusammenlegung. Wir wünschen nur, daß auch in diesem Belange mehr geschieht.

In diesem Zusammenhang wäre auch die Errichtung der Windschutzgürtel eine Notwendigkeit, die speziell im Marchfeld und im Brucker Bezirk bereits gehandhabt wird. Es ist zu begrüßen, daß unsere Bauern auch dafür Verständnis haben, und daß sie selber den Grund und Boden hergeben, wenn die Gemeinden nicht dazu in der Lage sind.

Zur Grundaufstockung möchte auch ich noch einige Worte sagen. Wir haben das Glück, auch in unserem östlichen Gebiet, in Perg, aus der Konkursmasse Berghäuser 241 Hektar aufgestockt zu bekommen. Aber nur Kleinst- und Kleinbauern, andere konnten nicht zum Zuge kommen. Allerdings mit dem einen Unterchied, daß unser Angebot für die 241 Hektar seinerzeit 2,5 Millionen Schilling betrug. Es wurde uns aber von einer anderen Gruppe ein wenig hineingespuckt, und wir mußten dann um rund eine Million Schilling mehr bezahlen; das heißt, der Hektar ist von 10.000 S auf 14.500 S gestiegen.

Zu den bäuerlichen Fachschulen möchte ich sagen, daß sie eine Notwendigkeit sind. Was wir Bauern für unsere bäuerliche Jugend verlangen, ist, daß endlich wieder zweijährige bäuerliche Fachschulen kommen, und zwar aus dem logischen Grunde, weil die Kurse und Halbjahresschulen für unsere jungen aufgeschlossenen Bauern einerseits nicht reichen, andererseits aber die vierjährige Schulzeit etwas zu lang erscheint; weil die jungen Leute, wenn sie zum Beispiel vier Jahre nach Wieselburg kommen, den Weg nicht mehr in den Hof zurückfinden. Um diesem Übelstand abzuhelpen, bleibt die Forderung bestehen, daß wir in Niederösterreich wieder eine zweijährige Fachschule bekommen.

Zu den Maschinenstationen und Maschinenhöfen möchte ich auch nur kurz sprechen. In diesem Hause ist vom verstorbenen Abg. Tatzber wiederholt verlangt worden, die Maschinenhöfe auch in Niederösterreich einzuführen. Die Kammer von Niederösterreich hat nun wirklich in großzügiger Form die Maschinenstationen für Klein- und Kleinstbauern und für solche, die dazu getrieben werden könnten, das Land zu verlassen, eingerichtet. Das hat aber leider Gottes eine groteske Auswirkung. Sie

wissen, daß in verschiedene Gebiete des Spätdrusches Maschinen kommen, und zwar sogar von Oberösterreich, welche die Preise bis auf 200 S herunterdrücken. Dadurch haben dann unsere Maschinenstationen, unsere jungen Bauern, fast keine Existenzmöglichkeit mehr. Ich glaube, daß die Maschinenhöfe, in der Form, wie sie von sozialistischer Seite propagiert werden, völlig belanglos sind, daß wir mit unseren Maschinenstationen voll und ganz das Auslangen finden können. Ich möchte zum Antrag des Herrn Abg. Scherz zu Kapitel 7 folgendes sagen: Die Volkspartei stimmt diesem Antrag zu, nur möchte ich betonen, daß beim zuständigen Amt bereits eine diesbezügliche Anregung vorhanden ist und in Bearbeitung steht.

Nun zu Sommerein. Es ist viel von der ungerechten Behandlung der Siedler in Sommerein gesprochen worden. Ich möchte nun eine richtige Darstellung über die Pachtverhältnisse in Sommerein bringen (*liest*):

„Im 7. Staatsvertragsdurchführungsgesetz ist bestimmt worden, daß die ehemaligen USIA-Pachtverträge, die sich auf Grundstücke der ehemaligen deutschen Wehrmacht beziehen, am 31. Oktober 1958 endeten. Somit sind mit diesem Zeitpunkt auch die ehemaligen USIA-Verträge in Sommerein erloschen.

Um bis zur Beendigung des im 3. Staatsvertragsdurchführungsgesetz vorgesehenen Siedlungsverfahrens weiterhin die Bodenbenutzung zu gewährleisten, hat das Amt der n.-ö. Landesregierung als öffentliche Verwaltung zahlreichen ehemaligen Pächtern die Nutzung von Grundstücken ermöglicht.

Da in Sommerein noch 68 Rückstellungsverfahren anhängig sind und dies die Durchführung von Siedlungsmaßnahmen behindert, hat die n.-ö. Agrarbezirksbehörde das Edikt über die Einleitung des Siedlungsverfahrens auf Grund des n.-ö. Landesausführungsgesetzes zum 3. Staatsvertragsdurchführungsgesetz noch nicht erlassen können.

Am 31. Oktober 1958, also am Tage der gesetzlichen Beendigung der ehemaligen USIA-Pachtverträge, waren 542 USIA-Pächter vorhanden. Darunter befanden sich 182 Sommereiner Voreigentümer.

Von den am 31. Oktober 1958 vorhanden gewesenen USIA-Pächtern haben 89 seinerzeitige Voreigentümer ihren Wohnsitz in Sommerein, während 159 Pächter später, das heißt nach 1945, zugezogen sind.

Unter 249 Sommereiner Pächtern, die ihren Wohnsitz in umliegenden Gemeinden haben, befanden sich nur 93 ehemalige Sommereiner Grundbesitzer.

Von den in Sommerein wohnhaften Personen haben sich 184 um die weitere Überlassung von Grundstücknutzungen für die Zeit ab 1. November 1958 beworben. Hievon sind 139 Personen mit dem bisherigen Flächenausmaß, 15 Personen mit einem reduzierten Flächenausmaß und 30 Personen nicht berücksichtigt worden, weil letztere entweder nicht hauptberufliche Landwirte oder Pachtzinsschuldner sind oder den Vorschriften widersprechend ihr billig gepachtetes USIA-Grundstück um einen bedeutend höheren Pachtschilling weiterverpachtet haben.“

Also es sieht wesentlich anders aus, als es uns der Kollege Lauscher vorgetragen hat.

Liest weiter:

„Von den in den umliegenden Gemeinden wohnhaften 249 Pächtern haben sich 206 um die weitere Überlassung von Grundstücken zur Nutzung beworben. Hievon sind 126 mit ihrem bisherigen Flächenausmaß, 9 mit einem gekürzten Flächenausmaß und 71 aus den gleichen vorhin genannten Gründen nicht berücksichtigt worden.

Der SPÖ-Bürgermeister Franz Hums, Sommerein 64, besaß im Jahre 1938 in Sommerein eine Fläche von 1,91 ha, die ihm im Zuge der Einbeziehung von Sommerein in den Truppenübungsplatz abgelöst wurde.

In der Gemeinde Mitterndorf a. d. Fischa kaufte Franz Hums einen Betrieb in Größe von 15 ha. Während der USIA-Zeit hatte er überdies in Sommerein 29 ha in Pacht. Ab 1. November 1958 werden ihm 18 ha zur weiteren Nutzung überlassen.

Für eine ganze Reihe von USIA-Günstlingen war der Pachtschilling mit 30 bis 50 kg je Hektar sehr niedrig bemessen. Andere hingegen, die der USIA nicht zu Gesicht standen, hatten einen Pachtschilling von 250 kg je Hektar zu bezahlen. Für manche USIA-Pächter war es daher ein gutes Geschäft, an die USIA nur 30 kg je Hektar bezahlen zu müssen, aber von den Unterpächtern 250 kg je Hektar zu verlangen. Es ist klar, daß mit diesen Mißständen aufgeräumt werden mußte.

Schon vor dem in Aussicht...“

PRÄSIDENT SASSMANN: Herr Abgeordneter, das Ablese ist nach Paragraph 41 der Geschäftsordnung des Landtages von Niederösterreich untersagt.

Abg. ZEYER: Sie sehen also, daß es in Wirklichkeit ganz anders aussieht. Die Behandlung der Bauern in Sommerein durch die USIA-Günstlinge ist noch erschwerender gewesen, und zwar aus folgendem Grunde; wir wissen, daß die Besatzungsmacht rigoros vorgegangen ist. Ich kann das bestätigen,

weil ich seinerzeit auch bei der Aufbringung von Brotgetreide für die Bevölkerung mitarbeiten mußte. Da konnten wir schon einmal nicht heran an die Sommereiner Pächter. Und warum? Weil uns die Tore verschlossen wurden. Andererseits haben unsere Bauern ihren Stalldünger hinausgefahren und haben ihn eingackert. Dann kam der USIA-Experte und verlangte diesen Grund für einen anderen Pächter. Und ohne irgendeine Bestätigung wurde diesem der Grund weggenommen und dafür ein ungepflegtes kleines Grundstück zur Verfügung gestellt. Sie sehen daraus, daß hier eine einseitige Behandlung vorhanden war. Ich glaube, die Angriffe, die Abg. Scherz in diesem Hause vorgebracht hat, sind zu Unrecht erfolgt.

Nun noch ein paar Worte zu einer Angelegenheit, die eigentlich in das Kapitel 3, Kulturwesen, gehörte. Es wurden Stimmen laut, die besagten, daß die Landesregierung Gelder verschwendet habe, weil sie einer Bäuerin ein Haus mit allem Komfort gebaut habe. Nun, ich glaube, die Frau Brunner in Rohrau ist keine Großbäuerin. Man muß sich in ihre Situation versetzen können, wenn eine Familie durch 27 Jahre hindurch unter Druck steht, wenn diese Familie, weil ihr Haus unter Denkmalschutz steht, nicht machen kann, was sie will. Aus diesem Grunde waren viele Verhandlungen notwendig, bis man endlich dazu kam, dieses Haus zu erwerben. Es wurde von der Landesregierung mit der Verpflichtung übernommen, dieser Frau ein neues Wirtschaftshaus mit Wirtschaftsräumen, die der heutigen Zeit entsprechen, aufzubauen und natürlich auch die notwendigen Wohnräume zu schaffen.

Wenn man beanstandet hat, daß sich in dem Bauernhaus auch Waschanlagen befinden, so möchte ich fragen: Hat ein Bauer keinen Anspruch auf eine moderne, gesunde Wohnung, auf eine Badegelegenheit und eine gewisse Bequemlichkeit? Ich glaube, diese Beanstandung ist fehl am Platze, und man hätte besser daran getan, sie zu unterlassen. An dieser Stelle möchte ich Herrn Landeshauptmann Steinböck für seinen Einsatz danken, daß er dafür Sorge getragen hat, daß Recht Recht bleibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Scherr er.

Abg. SCHERRER: Hohes Haus! Im Kapitel 7 des Voranschlages wird auch die Fremdenverkehrs- und Gewerbeförderung dotiert. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß sie heuer mit demselben Betrag wie im Vorjahr präliminiert ist. Der Fremdenverkehr hat in Niederösterreich auch im abgelaufenen Jahr einen sehr erfreulichen Aufschwung ge-

nommen. Die Tätigkeit des Landesamtes V/2, das für die Fremdenverkehrspropaganda des Landes Niederösterreich die Verantwortung trägt, hat sich durch die Herausgabe von Prospekten und die durchgeführte Werbung ausgezeichnet. Wir können daher mit den Erfolgen, die im vergangenen Jahr auf dem Sektor des Fremdenverkehrs in Niederösterreich erzielt werden konnten, mehr als zufrieden sein.

Wichtig ist allerdings, daß wir in die Lage versetzt werden, die in ihrer Ausgestaltung noch weit zurückgebliebenen Fremdenverkehrsbetriebe so in stand zu setzen, daß sie einigermaßen den Anforderungen des ausländischen Publikums gerecht werden. Hier liegen die Dinge so, daß wir bei Neuerrichtungen selbst kaum mit ERP-Krediten rechnen können, weil die Kosten für derartige Neubauten in keiner Weise mit den zu erwartenden Erträgen in Einklang stehen. Es ist heute ausgeschlossen, den Bau von Fremdenzimmern mit Krediten durchzuführen, die mehr kosten, als jemals durch den Ertrag solcher Fremdenzimmer hereinzubringen ist. Es ist daher notwendig, daß wir unsere ganze Kraft auf die Instandsetzung und Modernisierung der bestehenden Betriebe richten und alles tun, um sie zu erhalten. Hier hat das Land Niederösterreich durch die 70-Millionen-Kreditaufnahme bei der Landeshypothekenanstalt Vorbildliches geleistet. Ich möchte aber ausdrücklich feststellen, daß das Land für diesen Kredit lediglich garantiert, die Mittel jedoch zur Gänze von den Kreditinstituten Niederösterreichs, die sich um die Aufnahme solcher Kredite für ihre Mitglieder beziehungsweise für ihren Bezirk bemüht haben, aufgebracht wurden. Diese Kredite haben sich geradezu in wohlthuender Weise auf den niederösterreichischen Fremdenverkehr ausgewirkt, und wir haben, Gott sei Dank, eine ganze Reihe moderner und schöner Betriebe, die sich sehen lassen können und die auch tatsächlich zu dem Erfolg im abgelaufenen Jahr beigetragen haben.

Auch der Straßenbau hat in dieser Beziehung sein Möglichstes getan, worüber wir bereits gesprochen haben. Die neuerbaute Wachaustraße wird im kommenden Jahr im Hinblick auf das internationale Reisepublikum im Fremdenverkehr einen gewaltigen Aufschwung bringen. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die Fremdenverkehrsbetriebe der Wachau bis dahin so ausgestaltet sind, daß sie dem Zustrom der Fremden auch bezüglich der Übernachtungsmöglichkeiten begegnen können. Das möchte ich kurz zum niederösterreichischen Fremdenverkehr gesagt haben.

Zur Wirtschaftsförderung wäre zu bemerken, daß auf diesem Gebiet durch die Wirtschaftsförderungskredite beziehungsweise den Wirtschaftsförderungsfonds viel geleistet wurde, um unseren Tausenden und aber Tausenden kleinen Gewerbetreibenden die Möglichkeit zu geben, mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten. Meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, daß wir 52.000 Wirtschaftsbetriebe mit 86.000 Gewerbeberechtigungen haben und daß von diesen 52.000 Betrieben nur 2000 Industriebetriebe sind. Von diesen 2000 Industriebetrieben beschäftigen nur 1,7 Prozent Betriebe mehr als 1000 Arbeitnehmer, während über 58 Prozent weniger als 50 Arbeitnehmer haben. Die gewerbliche Wirtschaft Niederösterreichs setzt sich also hauptsächlich aus Klein- und Mittelbetrieben zusammen. Daß es für diese Betriebe in der kommenden Integration sehr schwer sein wird, sich zu behaupten, ist uns allen klar. Da aber ein Fehlen dieser Mittelbetriebe die Krisenfestigkeit unserer Wirtschaft auf das schwerste gefährden würde, ist es notwendig, ihnen jede Förderung und Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß jeder Klein- und Mittelbetrieb, der in Niederösterreich zugrunde geht, eine Erhöhung der Vermassung der Wirtschaftsbetriebe bewirkt und dadurch die Krisenfestigkeit vermindert. Ein Großbetrieb bedeutet ohne Zweifel Gefahren. Die vielen tausenden Kleinbetriebe mit ihren mitarbeitenden Familienangehörigen sind weitaus krisenfester, weil sie heute schon zu über 50 Prozent mit Verdienstverhältnissen arbeiten, die weit unter denen eines qualifizierten Hilfsarbeiters liegen. Das stellen wir fest und bitten gleichzeitig das Land Niederösterreich und den Wirtschaftsförderungsfonds des Landes, ihre Bemühungen fortzusetzen, um diesen Betrieben ihre Existenz zu sichern und ihnen bescheidene Investitionen und Modernisierungen zu ermöglichen, damit sie im Interesse unseres Vaterlandes und im Interesse der Zukunft unserer Wirtschaft erhalten bleiben.

Durch die technische Entwicklung ist selbstverständlich für manche dieser kleinen und mittleren Gewerbebetriebe das Ende gekommen. Wir wissen, daß eine ganze Reihe österreichischer Wirtschaftsbetriebe einfach deswegen nicht mehr weiterbestehen können, weil sie durch den technischen Fortschritt überflüssig geworden sind. Die betroffenen Menschen haben keine Möglichkeit, in ihrem Betrieb den erlernten Beruf auszuüben und verlieren dadurch ihre Existenz. Hier hat nun, Gott sei Dank, die Altersversorgung der gewerblichen Wirtschaft eingesetzt; sie ist für

die tausenden alten, braven Gewerbetreibenden sozusagen die letzte Hilfe geworden. Sie werden durch diese bescheidene Übergangrente vielleicht sogar ein besseres Auskommen für ihren Lebensabend finden, als sie es sich bisher in ihren Betrieben erarbeiten konnten.

Auf Grund dieser Entwicklung waren viele Wirtschaftstreibende gezwungen, ihre Gewerbeberechtigungen schon vor dem 1. Juni 1958 zurückzulegen, bevor sie das 65. Lebensjahr erreicht haben. Dadurch gehen sie ihres Anspruches auf die Pensionsversicherung verlustig. Das ist eine Härte im Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, die zu beseitigen unser dringendster Wunsch im Interesse tausender kleiner, alter Wirtschaftstreibender ist. Da das Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz unmittelbar vor einer Novellierung steht, möchte ich das Hohe Haus bitten, einem Antrag die Zustimmung zu geben, der beinhaltet, daß auch jene Wirtschaftstreibenden, die vor dem 1. Juni 1958 aus der eben geschilderten Entwicklung heraus gezwungen waren, ihr Gewerbe schon vor Erreichung des 65. Lebensjahres, also des Pensionsberechtigungsalters, zurückzulegen, in den Genuß der Selbständigen-Pension gelangen.

Ich gestatte mir daher, folgenden Resolutionsantrag vorzulegen. Er lautet (*liest*):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung und bei den zuständigen gesetzgebenden Körperschaften dahin zu wirken, daß bei Abänderung des gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes die Übergangsbestimmungen auf jene Gewerbetreibende, die das Anfallsalter erst nach dem 1. Juni 1958 erreicht haben oder erreichen, ihre Gewerbeberechtigung aber bereits vor dem 1. Juni 1958 zurückgelegt haben, Anwendung finden.“

Ich glaube, daß wir diesem Antrag im Interesse der betroffenen Gewerbetreibenden unsere Zustimmung geben können, da sie zur Erlangung der Übergangrente ohnehin den Nachweis der Jahre ihrer Selbständigkeit benötigen. Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß sich die Wirtschaftsförderung des Landes Niederösterreich ausschließlich auf die kleinen Betriebsinhaber ausgerichtet hat, die in den letzten zwölf Jahren über 50 Millionen Schilling an Krediten in dem bescheidenen Ausmaß von maximal 20.000 Schilling im Einzelfall erhalten haben. Ich bitte, daß diese Tätigkeit trotz der geringen Mittel, die dafür alljährlich zugewiesen werden, fortgesetzt und in gleicher wirksamer Weise weitergeführt wird wie bisher.

Zum Abschluß gestatten Sie mir noch, über das niederösterreichische Feuerwehrewesen zu

berichten, wozu ich alljährlich berechtigt und beauftragt bin. Auch im abgelaufenen Jahr haben die niederösterreichischen Feuerwehren in rund 1532 Einsätzen mitgeholfen, Katastrophen bei Brandgefahr sowie auch in technischen Einsätzen zu verhindern bzw. zu mildern. Bei diesen Einsätzen sind nicht weniger als 87 Feuerwehrmänner teils leicht, teils schwer verletzt worden. Tote hatten wir, Gott sei Dank, nicht zu beklagen. Ich bitte Sie, anzuerkennen, daß dieser freiwillige Einsatz im Dienste der Nächstenliebe gerade von den Verletzten und Schwerverletzten 87 Feuerwehrmännern eine Aufgabe, eine Verpflichtung, ein Idealismus war, der anerkannt und bedankt werden muß.

Die Feuerwehren haben also auch im abgelaufenen Jahre ihre Pflicht erfüllt. Sie haben an ihrer Ausbildung weitergearbeitet. Dank der fertiggestellten Feuerweherschule, die jetzt die allgemeine Achtung und Anerkennung in allen Kreisen des Feuerwehrwesens findet, haben wir auch im abgelaufenen Jahr bei den Wettkämpfen der Feuerwehren, die diesmal in unserer Grenzstadt Hainburg durchgeführt wurden, mit 4500 angetretenen Wettkämpfern alle bisherigen Wettkampfteilnehmerzahlen übertreffen können. 25.000 niederösterreichische Feuerwehrmänner haben schon das Leistungsabzeichen in den Feuerwehrwettkämpfen erworben, und in diesem Jahr sind erstmalig 197 Feuerwehrmänner angetreten, um das höchste, das goldene Leistungsabzeichen zu erwerben. Die hier gestellten Anforderungen zu erfüllen, ist außerordentlich schwer, und wir dürfen mit größter Genugtuung feststellen, daß es immerhin 157 Mann waren, die auch die Wettkämpfe in der Feuerweherschule in Tulln — in dreitägiger Durchführung — erfolgreich bestehen konnten und das goldene Feuerwehrleistungsabzeichen errungen haben.

Ich glaube, Ihnen damit gezeigt zu haben, daß die Feuerwehr so wie in der Vergangenheit auch in diesem Jahre verantwortungsbewußt ihre Pflicht erfüllt hat und daß sie dies auch in Zukunft tun werde. Ich bin überzeugt, daß nach den Neuwahlen, die jetzt in allen Bezirks- und in der Folge im Landeskommando durchgeführt werden, die Führung der Feuerwehren in denselben bewährten, tüchtigen Händen der Verantwortlichen des Feuerwehrwesens bleiben wird und daß wir auch in den kommenden Jahren, so wie in der Vergangenheit, dem Ansehen unserer Feuerwehr dienen können.

Wir haben beim internationalen Feuerwehrtag in Wien die Vertreter der ausländischen Feuerwehren in Tulln gehabt, also in unserer niederösterreichischen Landesfeuer-

weherschule, und es ist für uns eine stolze Befriedigung, daß sich aus fast allen Ländern Europas, aus Schweden, Norwegen, Feuerwehrmänner dafür interessierten, an unserer Ausbildung in Tulln teilnehmen zu können; sie ersuchten, nach Niederösterreich kommen zu dürfen, um hier in unserer Feuerweherschule eine Feuerwehrausbildung für ihre führenden Männer zu erhalten.

Wir haben aber auch gezeigt, daß wir noch mehr leisten wollen. Wir haben eine Blutspenderaktion durchgeführt, bei der sich 10.000 Feuerwehrmänner Blut abzapfen ließen, vollkommen kostenlos und uneigennützig. Wir haben darüber hinaus aber auch an einer Sammelaktion für die Errichtung eines Hauses „St. Florian“ im Kinderdorf Hinterbrühl mitgewirkt. Auch hier haben die niederösterreichischen Feuerwehrmänner 300.000 Schilling in einer gemeinsamen Aktion aufgebracht, um dem Kinderdorf Hinterbrühl ein eigenes Haus der Feuerwehren zur Verfügung zu stellen. Sie sehen also, daß die niederösterreichischen Feuerwehren immer und überall, wenn sie gerufen werden, mitarbeiten, dabei die größten Opfer bringen, bereit sind, zu dokumentieren, daß sie die Idealistentruppe des Landes Niederösterreich auch in aller Zukunft bleiben wollen. (Beifall.)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Staffa.

Abg. STAFFA: Hoher Landtag! Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet in der Absicht, die Diskussion zu verlängern, und ich darf wohl jetzt, nachdem wir ziemlich zum Ende der heutigen Budgetberatung kommen, feststellen, daß die Beratung dieses Voran-schlages ziemlich friedlich und sachlich abgelaufen ist. Um so mehr bedauere ich es, daß es zu Entgleisungen gekommen ist, wie sie hier der Herr Abg. Marwan-Schlosser von sich gegeben hat. Es kann unmöglich unwidersprochen bleiben, wenn der Abg. Marwan-Schlosser in diesem Hause erklärt, die Sozialisten von Wiener Neustadt seien diejenigen, die bisher den Wiederaufbau und die Industrialisierung von Wiener Neustadt verhindert haben. (Zwischenrufe.) Das hat er gesagt, und ich darf nun eindeutig feststellen, die Sozialisten in Wiener Neustadt haben am Wiederaufbau ihrer Stadt schon gearbeitet, als der Herr Marwan-Schlosser noch gar nicht nach Wiener Neustadt zurückgekehrt war! (Ruf: Da kann er nichts dafür!) Das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Ich darf auch feststellen, daß nicht nur von unserer Seite eindeutig anerkannt wurde, was in den Jahren 1945 in Wiener Neustadt an Wieder-

aufbauarbeit geleistet wurde. Es ist allgemein anerkannt, daß der Wiederaufbau ein Verdienst der Stadtverwaltung Wiener Neustadt ist, und ich glaube, daß es nicht notwendig ist, in diesem Hause daran zu erinnern, daß die Stadtverwaltung von Wiener Neustadt seit 1945 in Händen der Sozialisten liegt. Hier also davon zu sprechen, daß die Sozialisten den Wiederaufbau oder die Industrialisierung verhindert haben, ist mehr als eine Entgleisung, ist eine eindeutige Demagogie.

Der Abg. Marwan-Schlosser hat auch versucht, hier noch einmal festzustellen, daß die Sozialisten in diesem Haus gegen die Errichtung der Kamptalwerke gewesen sind. Ich will Ihnen heute nicht schildern, wie damals die Einstellung der Sozialisten gegenüber der Errichtung der Kamptalkraftwerke war. Ich möchte auch hier — und das kann man in stenographischen Protokollen noch nachlesen, wer dafür Interesse hat, dem möchte ich den Rat geben, es zu tun — nur feststellen, daß die Sozialisten in diesem Haus niemals gegen die Errichtung der Kraftwerke im Kamptal gewesen sind, sondern nur dagegen waren, eine Haftung für die NEWAG zu übernehmen, ohne daß man vorher die NEWAG einer Überprüfung, die in die Kompetenz des Kontrollamtes des Finanz-Kontrollausschusses dieses Landes fällt, unterzieht. So war die Tatsache, und wenn der Herr Abg. Marwan-Schlosser hier so tut, als wenn alles, was in Niederösterreich geschehen ist, ein Werk gegen und ohne die Sozialisten war, dann hätte das vielleicht noch bis vor wenigen Tagen geglaubt werden können. Aber nicht wir, sondern der Finanzreferent dieses Landes war es, der vor wenigen Tagen in seiner Rede zur Einleitung dieses Voranschlags erklärt hat, nachdem er die Leistungen dieses Landes in den letzten 10 Jahren geschildert hatte, das alles — so wurde hier wörtlich vom Herrn Landesrat erklärt — ist nicht das Werk eines einzelnen Menschen, das ist auch nicht das Werk einer einzelnen Gruppe, sondern das Werk des gesamten Landtages von Niederösterreich und der gesamten Landesregierung. Das möchte ich zur Steuer der Wahrheit noch einmal feststellen und möchte bitten, daß sie auf Ihre Abgeordneten einwirken, wenn sie schon in diesem Haus Reden halten, dann mögen sie diese mehr auf Sachlichkeit und weniger auf die kommenden Wahlen einstellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Als nächstem Redner erteile ich dem Abg. Laferl das Wort.

Abg. LAFERL: Hohes Haus! Sehr geehrte

Damen und Herren des Hohen Landtages! In der Gruppe 7 sind die für Elektrifizierung in unserem schönen Heimatland Niederösterreich im ordentlichen Voranschlag Abschnitt 7319-63 Beträge von 1,500.000 Schilling vorgesehen, als Tilgungsrückflüsse 1,200.000 Schilling, im außerordentlichen Vorschlag 600.000 beziehungsweise 1,300.000 Schilling, im Eventualvoranschlag 750.000 Schilling und 450.000 Schilling, zusammen eine Summe von 5,8 Millionen Schilling. Auf den ersten Blick könnte man glauben, es handelt sich dabei um einen Riesenbetrag. Wenn man aber beginnt, diesen Betrag auf das ganze Heimatland aufzuteilen, dann kommt auf die einzelnen Gebiete herzlich wenig. Hier will ich auf eine Gegend zurückgreifen, die zum Notstandsgebiet im Raum von Wiener Neustadt gehört. Die Hohe Wand ist, nehmen Sie es mir nicht übel, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Landtages, wenn ich es behaupte und auch beweise, der schönste Berg Europas, ein Plateau von 18 km Länge und 7 km Breite, mit vielen Ausflugsmöglichkeiten und Ausflugszielen. Und wenn sich von den Herren und Damen des Hohen Landtages jemand einmal 14 Tage Urlaub gönnen will, dann möge er auf die Hohe Wand gehen, möge dort zwei Wochen verweilen, da kann er jeden Tag einen Ausflug machen und er wird jeden Tag etwas Neues finden und jeden Tag Zerstreung haben. Und wenn 14 Tage um sind, wird er sagen, wenn ich nur noch länger auf diesem schönen Berg bleiben könnte. Aber dieser schöne Berg, 60 km von Wien entfernt, hat kein elektrisches Licht. Diese wunderschöne Gegend, fast im Herzen Niederösterreichs, ist sehr stiefmütterlich behandelt, denn ohne elektrisches Licht auszukommen, ist auf die Dauer untragbar. Es ist klar, daß es den zuständigen Stellen nicht möglich ist, auf einmal 5,8 Millionen Schilling flüssig zu machen, aber ich glaube, mit etwas gutem Willen und Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen wird es möglich sein, dieses stiefmütterlich behandelte Gebiet mit elektrischem Licht zu versorgen; denn letzten Endes hat jeder Bürger in Niederösterreich ein Recht auf diesen Fortschritt. Außerdem ist zu bemerken, daß dieses Gebiet eine überaus hohe Frequenz im Fremdenverkehr nachweisen kann.

Auf der Hohen-Wand-Straße — Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Popp kennt auch diese Gegend — wurden im Jahre 1946 124 Fahrzeuge verzeichnet, im Jahre 1947 schon 739. Im Jahre 1948 ist diese Zahl sprunghaft auf 3568 Fahrzeuge angestiegen, und erreichte ihre Höhepunkte im Jahre 1956

mit 34.000 Fahrzeugen und im Jahre 1957 mit 36.534 Fahrzeugen. 1958 aber ist eine fallende Tendenz festzustellen, es sind nur mehr 21.414 Fahrzeuge zu verzeichnen. In der Zeit der Hochkonjunktur, in der Zeit, wo alle Gebiete in unserem schönen Heimatland Niederösterreich und darüber hinaus in ganz Österreich auf einen ansteigenden Fremdenverkehr zurückblicken können, weist der Besuch der Hohen Wand eine sinkende Tendenz auf. Die Frequenz ist, wie schon gesagt, von 36.534 Fahrzeugen im Jahre 1957 auf 21.414 im heurigen Jahr gesunken. Und warum? Nur deswegen, weil es dort oben durch den Mangel an elektrischem Strom den Besitzern nicht möglich ist, ihre Betriebe so auszubauen, daß sie wenigstens den primitivsten Anforderungen der Besucher gerecht werden können.

Bezüglich der Stadt Wr. Neustadt möchte ich noch meinem lieben Freund und Kollegen Staffa antworten. Er hat recht, wenn er sagt, diese Stadt wurde und wird von der Sozialistischen Partei verwaltet. Man darf aber nicht vergessen, daß nach 1945 nicht nur die Sozialisten Wiener Neustadt aufgebaut haben, sondern darüber hinaus alle vaterlandstreuen Kräfte am Aufbau mitgewirkt haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß es außer den sozialistischen Stadtvätern auch noch einen Vizebürgermeister Goldschmidt und einen Professor Hans Zach gegeben hat, die ebenfalls hundertprozentig ihre ganze Kraft für diese schwer geprüfte Stadt eingesetzt haben. *(Zwischenruf rechts: Bravo!)* Ich darf daran erinnern, daß bereits am 7. April 1945 Goldschmidt am Hauptplatz in Wiener Neustadt eine Versammlung abgehalten hat und dort alle aufmunterte, auszuharren. Seine Worte damals waren: „Werdet nicht verzagt! Bleibt in der Allzeit Getreuen und kehrt ihr nicht den Rücken! Wir alle, ohne Unterschied der Konfession, der Partei und der Weltanschauung, wollen unsere heißgeliebte Stadt wieder aufbauen“. Meine Gemeinde wurde von den Stadtvätern von Wiener Neustadt für die große Unterstützung, die sie dieser schwergeprüften Stadt in schwerster Zeit zuteil werden ließ, mit einem Diplom ausgezeichnet. Die Damen und Herren des Hohen Landtages können sich davon überzeugen; Frau Kollegin Czerny weiß, daß dieses Diplom in meiner Gemeindeganzlei hängt. Als am 4. April 1945 auf der Hohen Wand die heftigsten Kämpfe waren, hat meine Gemeinde unter Lebensgefahr Milch nach Wiener Neustadt gebracht, um die kleinen Kinder vor dem Hungertode zu retten. Am 12. April 1945 — das wird selbstverständlich Herrn Landes-

hauptmann-Stellvertreter Popp interessieren — haben wir bereits mit dem Unterricht in der Schule begonnen. Wir haben dazu Lehrer herangezogen, die damals als Bombenflüchtlinge in unserer Gemeinde waren. Ich habe ihnen gesagt, sie sollen unseren Kindern die nötige Weisheit beibringen, da sie ohnehin nichts zu tun haben. Ich will aber die Anerkennung der Stadt Wiener Neustadt nicht auf meine Person münzen — Bürgermeister Wehrl hat außer meiner Gemeinde noch drei anderen Gemeinden für deren Einsatz und Opferbereitschaft Diplome überreicht. Es ist schön, wenn man sagen kann, von den 48 Gemeinden um Wiener Neustadt waren vier, die restlos für die Bevölkerung dieser Stadt eingetreten sind, und darunter ist auch deine Gemeinde. Wir sind stolz auf diese Leistung, die nur aus der inneren Überzeugung und Hilfsbereitschaft erfolgte, der notleidenden Bevölkerung von Wiener Neustadt zu helfen. Wer im reichen Tullnerfeld lebt, weiß wahrscheinlich herzlich wenig, was es heißt, dem Steinfeldboden unter schwierigsten Bedingungen einen Ertrag abzurufen und mit diesem geringen Ertrag noch Notleidenden zu helfen. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Landtages, ist es nicht allein das Verdienst der Sozialisten, das schwer geprüfte Wiener Neustadt wieder aufgebaut zu haben. Das konnte nur im Verein mit der Österreichischen Volkspartei geschehen. *(Beifall der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL *(Schlußwort)*: Hohes Haus! Aus den zahlreichen Reden zur Spezialdebatte in der Gruppe 7 gehen die Leistungen und der umfassende Wirkungsbereich dieser wichtigen Sparte der Volkswirtschaft sowie die vollste Anerkennung für das gesamte Referat hervor.

Es wurden zu dieser Gruppe acht Anträge gestellt und ich bitte den Herrn Präsidenten, über die Gruppe und über die Anträge abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Abstimmung liegen vor die Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, außerdem ein Zusatzantrag des Herrn Abg. Dubovsky und 7 Resolutionsanträge. Ich lasse vorerst über den Zusatzantrag, sodann über die Gruppe selbst, und zwar ordentlicher, außerordentlicher und Eventualvoranschlag getrennt, und zum Schluß über die Resolutionsanträge abstimmen.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, den Zusatzantrag des Herrn Abg. Dubovsky zur Verlesung zu bringen.

(Nach Verlesung und Abstimmung über den Zusatzantrag des Abg. Dubovsky, betreffend die Errichtung neuer Industrien in Wr. Neustadt): **Abgelehnt.**

(Nach Abstimmung über Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, des ordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung): **Angenommen.**

(Nach Abstimmung über die Gruppe 7 des ordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung): **Angenommen.**

(Nach Abstimmung über die Gruppe 7 des außerordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung): **Angenommen.**

(Nach Abstimmung über die Gruppe 7 des Eventualvoranschlags in Erfordernis und Bedeckung): **Angenommen.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Marchsteiner, betreffend Wiedererrichtung der ehemals bestandenen Haltestelle zwischen dem Bahnhof Thaua und Göpfritz an der Wild für den Personenverkehr): **Angenommen.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Scherz, betreffend Entwurf einer Novelle zum Gesetz über das landwirtschaftliche Siedlungsverfahren): **Angenommen.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Schmalzbauer, betreffend Beförderung des landwirtschaftlichen Hilfspersonals auf allen in Verwendung stehenden Traktoranhängern, im Bereich Hof—Feld): **Angenommen.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Neubauer, betreffend Wegfall der Besteuerung des Weines gemäß dem Gesetz vom 6. Februar 1919, StBl. Nr. 125): **Angenommen.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Lauscher, betreffend die Fortsetzung der Pachtverhältnisse in Sommerein): **Abgelehnt.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Lauscher, betreffend die Heranziehung der Gemeinden bei der Durchführung der Siedlungsverfahren): **Abgelehnt.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Scherrer, betreffend Anwendung der Übergangsbestimmungen bei Abänderung des gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes auf Gewerbetreibende, die das Anfallsalter erst nach dem

1. Juni 1958 erreichen, ihre Gewerbeberechtigung aber bereits vor dem 1. Juni 1958 zurückgelegt haben): **Angenommen.**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abg. Schöberl, zu Gruppe 8, Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen, zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Die Gruppe 8, Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen, ist erstmalig mit einem Ausgabenbetrag von S 360.800,— im Landesvoranschlag für das Jahr 1959 veranschlagt und sieht den Abgang des Landesreisebüros vor.

Im außerordentlichen Voranschlag sehen wir bei Gruppe 8 einen Betrag von 2,500.000 S für den Voranschlagsansatz 87-90.

Im Eventualvoranschlag scheint bei dieser Gruppe kein Betrag auf.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, über die Gruppe 8 die Spezialdebatte abzuführen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zu Gruppe 8, Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen, liegt keine Wortmeldung vor, wir gelangen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über die Gruppe 8 des ordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung): **Angenommen.**

(Nach Abstimmung über die Gruppe 8 des außerordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung): **Angenommen.**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abg. Schöberl zur Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, ordentlicher und außerordentlicher Voranschlag, zu berichten

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Die Ausgaben und Einnahmen der Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, beziehen sich auf die Finanzverwaltung, das allgemeine Kapitalvermögen, auf das Liegenschaftsvermögen, auf die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen und Ausgaben, auf die Zuführungen zum außerordentlichen Haushalt, auf die Beihilfen ohne besondere Zweckbestimmung, auf die Verstärkungsmittel, auf die Abwicklung der Vorjahre und auf sonstige in diesen Rahmen fallende Gebarungsvorgänge. Die Ausgaben dieser Gruppe betragen S 405,818.600,—
Ihnen stehen Einnahmen
von S 914,385.000,—
gegenüber, so daß sich ein
Nettoertrag von S 508,566.400,—
ergibt.

Innerhalb des Gesamtvoranschlags beanspruchen die Ausgaben dieser Gruppe 33,6 Prozent, während sie im Vorjahr 30 Prozent betragen.

In dieser Gruppe werden die Eingänge an den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sowie die eigenen Steuern des Landes als hauptsächliche Einnahmeposten des Landes veranschlagt. Damit stellt sich diese Gruppe als die wichtigste der Landesgebarung dar.

Die Ausgabenseite dieser Gruppe zeigt eine Steigerung von 69,9 Mill. S. Sie betrifft den Schuldendienst mit 22 Mill. S, die Bedarfszuweisungen an Gemeindeverbände und Gemeinden mit 2,3 Mill. S, die Ersätze für Ausgleichszulagen nach dem ASVG und GSPVG mit 12 Mill. S, den Gewerbesteuerpitzenausgleich mit 45,6 Mill. S und die Deckung der Abgänge der Vorjahre mit 23,1 Mill. S. Diesen Mehrausgaben stehen Minderausgaben von 35 Mill. S entgegen, um welchen Betrag die Zuführungen zum außerordentlichen Haushalt im Jahre 1959 geringer veranschlagt sind als im Vorjahre.

Auf der Einnahmenseite sind Mehreinnahmen von 64,7 Mill. S verzeichnet. Sie sind auf höhere Ersätze für Ausgleichszulagen nach dem ASVG und GSPVG von 12 Mill. S, auf höhere Bedarfszuweisungen von 2,3 Mill. S, auf den erhöhten Gewerbesteuerpitzenausgleich von 45,6 Mill. S, sowie auf Tilgungsbeträge von Darlehen für Wohnbauhilfen für klein- und mittelbäuerliche Betriebe und sonstigen Darlehen von 10 Mill. S zurückzuführen. Eine Erhöhung um 3 Mill. S weisen noch die eigenen Steuern (besonders die Feuerschutzsteuer) und um 4,9 Mill. S die Landesumlage auf. Hingegen zeigen erstmalig die Ertragsanteile eine sinkende Tendenz. Sie wurden um rund 15 Mill. S niedriger in den Voranschlag aufgenommen.

Eine Reihe von Einnahmeansätzen dieser Gruppe wären einer Zweckbindung zu unterwerfen.

Im außerordentlichen Voranschlag sehen wir bei Gruppe 9 einen Betrag von 300.000 S für den Voranschlagsansatz 921-90.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte über die Gruppe 9 einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zu Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, liegt keine Wortmeldung vor, wir gelangen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über die Gruppe 9 des ordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung): A n g e n o m m e n.

(Nach Abstimmung über die Gruppe 9 des außerordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Schöberl, die Verhandlungen zum Gesetzentwurf, über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1959 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Ich beantrage namens des Finanzausschusses, den Gesetzentwurf mit folgendem Wortlaut zu genehmigen:

Gesetz vom 19. Dezember 1958, über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1959.

Der Landtag von Niederösterreich hat beschlossen:

§ 1.

Von den Gemeinden (einschließlich der Städte mit eigenem Statut) im Lande Niederösterreich ist für das Jahr 1959 eine Landesumlage in der Höhe von 20 Prozent ihrer Ertragsanteile für 1959 an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben zu entrichten. Sie ist von den Bruttoertragsanteilen der Gemeinden, vermindert um 5 Prozent des auf die Gemeinden entfallenden Vorzugsanteiles des Bundes, zu berechnen.

§ 2.

(1) Die Landesumlage ist in Teilbeträgen zu vereinnahmen, welche den monatlichen Vorschüssen der Gemeinden auf ihre Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben bzw. einer allfälligen Nachzahlung auf diese Ertragsanteile entsprechen.

(2) Die endgültige Abrechnung der Landesumlage erfolgt anlässlich der endgültigen Abrechnung der Ertragsanteile der Gemeinden auf Grund des Rechnungsabschlusses des Bundes.

§ 3.

Auf die einzelnen Gemeinden (einschließlich der Städte mit eigenem Statut) ist die von ihnen aufzubringende Umlage im Verhältnis ihrer Finanzkraft aufzuteilen. Diese wird erfaßt durch die Heranziehung

1. von 50 Prozent der Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben,

2. der Grundsteuer unter Zugrundelegung der Meßbeträge 1958 und des Hebesatzes von 200 Prozent,

3. der Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag und Gewerkekaptal unter Zugrundelegung der Meßbeträge 1958 und des Hebesatzes von 250 Prozent,

abzüglich von 34 Prozent des für 1958 veranschlagten ordentlichen Betriebsabganges der öffentlichen Krankenanstalten der Gemeinden.

Ich ersuche das Hohe Haus um Annahme des Gesetzes mit diesem Wortlaut.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zu diesem Gesetzentwurf über die Landesumlage ist ebenfalls keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Wortlaut des Gesetzes, über Titel und Ein-*

gang sowie das Gesetz als Ganzes sowie über den Antrag des Finanzausschusses, Punkt 14): **Angenommen.**

Ich ersuche den Herrn Abg. Schöberl zum Dienstpostenplan 1959 zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus!

Dem Voranschlag ist der Dienstpostenplan für das Jahr 1959 beigeschlossen. Er enthält gemäß § 6 Abs. 2 der Dienstpragmatik der niederösterreichischen Landesbeamten die Zahl der benötigten Dienstposten und ihre Verteilung auf die einzelnen Dienstzweige, getrennt nach Verwendungsgruppen und Dienstklassen. Er wurde unter Zugrundelegung einer sparsamen, jedoch leistungsfähigen Verwaltung erstellt und liegt in seinen Ansätzen um 155 Dienstposten höher als im Rechnungsjahr 1958. Die Ursache dieser Vermehrung liegt vor allem in der Intensivierung des Unterrichtes an den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen und in Maßnahmen des Schulerrichtungsgesetzes. Weitere Vermehrungen erforderte die Einrichtung der Autobahnverwaltung, die Bekämpfung der Bangseuche und die der Landesverwaltung neu erwachsenden Agenden auf dem Gebiete des Luftfahrtwesens. Ferner mußte dienstpostenplanmäßig ein weiteres Ansteigen der Agenden bei folgenden Angelegenheiten berücksichtigt werden: Ausbau des Erdgasnetzes der NIOGAS, vermehrte Prüfungstätigkeit auf dem Schifffahrtssektor und eine erhöhte Anzahl der Berufungen im Grundverkehr und im Landesagrarsenat. In den Dienstzweigen der Landes-Kindergärtnerinnen und -Wärterinnen mußte doch die Errichtung neuer Landes-Kindergärten sowie durch die Errichtung neuer Abteilungen in bereits bestehenden Landes-Kindergärten die Zahl der systemisierten Dienstposten nachgezogen werden. Die Eröffnung eines Parallelllehrganges an der Landes-Lehranstalt für gewerbliche Frauenberufe in Mödling sowie die Eröffnung eines dritten Jahrganges an der technischen Landes-Lehr- und Versuchsanstalt in Waidhofen an der Ybbs erforderten gleichfalls zusätzliche Dienstposten. Durch das Ansteigen der Patientenzahl bei den Landes-Heil- und Pflegeanstalten in Gugging und Mauer-Öhling mußte eine zusätzliche Systemisierung auf dem Ärzte- und Pflegesektor Platz greifen. Schließlich verlangte das Anwachsen der Reisekostenabrechnungen, die Anlage einer Darlehensbuchhaltung für die Wohnbau-, Wasserbau- und Elektrizitätsförderung und die Einrichtung einer Vermögensbuchhaltung zusätzliche Dienstposten; ebenso hatte das Ansteigen der Kraftfahrzeugzulassungen bei den Bezirkshauptmannschaften eine entspre-

chende Vermehrung der dortigen Dienstposten zur Folge.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, auch über dieses Kapitel die Debatte zu eröffnen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Hier liegt eine Wortmeldung vor, es spricht der Herr Abg. Mörwald.

Abg. MÖRWALD: Hoher Landtag! Gestatten Sie mir, nur einige Bemerkungen zum Dienstpostenplan zu machen, insbesondere im Hinblick darauf, daß auch bei diesem Dienstpostenplan auffällt — so wie in den vergangenen Jahren —, daß hier in bezug auf die Pragmatisierung eine bestimmte Benachteiligung bei den einzelnen Verwaltungsgruppen besteht. So sind zum Beispiel beim rechtskundigen Verwaltungsdienst von 208 Dienstposten 195 pragmatische vorgesehen, also rund 92 Prozent. Im gleichgestellten höheren Bau- und technischen Dienst sind von 180 Dienstposten nur 128 pragmatisch, oder 60 Prozent. Erlauben Sie mir, festzustellen, daß man in einem Vortrag im Verein der Diplomingenieure ausdrücklich darauf hinwies, daß der Mangel an Technikern immer stärker wird, und daß es notwendig wäre, vor allem hier entsprechend einzugreifen und bessere Bedingungen zu schaffen, damit die Techniker auch einen Anreiz erhalten, in den öffentlichen Dienst einzutreten. Leider ist durch die Art und Weise der Erstellung des Dienstpostenplanes dem nicht Rechnung getragen.

Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Dienstposten im Straßenwärterdienst festzustellen. Hier haben wir zum Beispiel von 2375 Posten nur 945 pragmatische, das sind rund 40 Prozent. Es scheint überhaupt die Absicht der Landesregierung zu sein, dahingehend zu wirken, die pragmatischen Dienstposten zu vermindern und immer mehr dazu überzugehen, Vertragsbedienstetenstellen zu schaffen. Seit längerer Zeit fordert bereits die Gewerkschaft, daß die Vertragsbediensteten nach zehnjähriger Dienstzeit pragmatisiert werden. Der Landtag hat vor zwei Jahren von der Landesregierung verlangt, daß sie ein unkündbares Vertragsbedienstetenverhältnis schafft. Die Landesregierung hat nun, wie wir wissen, vor kurzem diesem Wunsch entsprochen und eine Vertragsbedienstetenordnung erlassen, woraus allerdings hervorgeht, daß dem Wunsch der Gewerkschaft, daß das Vertragsbedienstetenverhältnis bereits nach zehnjähriger Dienstzeit in ein pragmatisches umgewandelt werden kann, nicht entsprochen worden ist. In dieser neuen Dienstvorschrift ist vielmehr vorgesehen, daß ein Landesbediensteter erst nach 20jähriger Dienstzeit, aber auch nur dann, wenn er eine dement-

sprechende Beschreibung hat, in das pragmatische oder in ein unkündbares Dienstverhältnis übernommen werden kann. Darin sehen wir einen ernststen Mangel und eine Schwierigkeit, weil man vor allem, glaube ich, mit Recht sagen kann, daß man bereits nach zehnjähriger Dienstzeit ein Urteil haben kann, ob der Mann fähig ist, in ein unkündbares Vertragsbedienstetenverhältnis zu kommen oder pragmatisiert zu werden, und man keine 20 Jahre Zeit braucht, um feststellen zu können, ob dieser Mann geeignet ist oder nicht. Ich erlaube mir daher, folgenden Resolutionsantrag zu stellen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, Vertragsbedienstete nach einer 10jährigen Dienstzeit entweder zu pragmatisieren oder in ein unkündbares Dienstverhältnis überzuführen.“

Demgemäß ist auch im Artikel XIV (3) der Dienstordnung für Vertragsbedienstete die Bestimmung zu streichen, daß nur 50 Prozent der Vertragsbediensteten in ein unkündbares Dienstverhältnis überführt werden können.“

Auch heute wieder war der Landtag Zeuge, daß hier von der Tribüne des Landtages aus — und mit Recht — den Landesbediensteten für ihren aufopferungsvollen Dienst der Dank ausgesprochen worden ist. Es ist bekannt, daß die Besoldung der Landesbediensteten sowie die der übrigen öffentlichen Bediensteten erst das Sechsfache des Jahres 1937 ausmacht, wobei die Besteuerung damals 1 bis 2 Prozent betrug, während sie heute 10 bis 15 Prozent des Gehaltes ausmacht. Ein Anzug — um bei einem Beispiel zu bleiben — kostet aber nicht das Sechsfache, sondern das Fünfzehnfache des Preises von 1937. Nun sind die Preise aber seit Fertigstellung des Gehaltsgesetzes im Juli 1956 nicht stehen geblieben, sondern weiter gestiegen. Die Kosten für die Lebensmittel wurden gegenüber 1937 um das Siebeneinhalbfache, die der Haushaltsgegenstände um das Achteinhalbfache und die für Schuhe um das Neunfache erhöht. Diese Aufzählung von Preissteigerungen könnte selbstverständlich noch beliebig fortgesetzt werden. Auf Grund dieser Tatsache ist unserer Meinung nach die Forderung nach Auszahlung eines 14. Monatsbezuges, die von der Gewerkschaft verlangt worden ist, vollauf gerechtfertigt. Man muß den öffentlich Bediensteten und damit auch den Landes-Bediensteten, entsprechend den Wünschen der Gewerkschaft, entgegenkommen, und es ist nur recht und billig, daß der 14. Monatsbezug den Landes-Bediensteten ausbezahlt wird. In einer Zeit, wo der Herr Finanzminister es sich leisten kann, im Zuge der verschiedenen

kapitalistischen Gesetze den Unternehmern riesige Profite zuzuschancen; in einer Zeit, wo es sich der Herr Finanzminister leisten kann, 3 Milliarden Schilling an Steuergeschenken den reichen Unternehmungen zu kreditieren, da müßte es ohne weiteres möglich sein, auch die dementsprechenden Gelder zur Auszahlung eines 14. Monatsgehaltes an die öffentlich Bediensteten aufzubringen. Ich bin der Meinung, daß es im Rahmen des Landesbudgets, ohne daß dieses wesentlich erschüttert wird, möglich sein müßte, entsprechend dem Wunsch der Gewerkschaft dieses 14. Monatsgehalt zur Auszahlung zu bringen. Ich erlaube mir daher, dem Hohen Hause folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, für das Jahr 1959 die notwendigen Mittel für einen 14. Monatsbezug der Landesbediensteten bereitzustellen.“

Für 1958 ist allen Landesbediensteten eine Sonderzahlung in der Höhe eines halben Monatsgehaltes flüssig zu machen.“

Es wäre erfreulich, heute zum Abschluß der Beratungen für den Voranschlag des Jahres 1959 einen Beschluß — sozusagen als Christkindl für die Landes-Beamten — in Form der Gewährung einer Sonderzahlung zu fassen. (*Präsident Endl: Ein russisches Christkindl!*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL (*Schlußwort*): Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Abstimmung.

PRÄSIDENT SASSMANN: (*Nach Abstimmung über den Dienstpostenplan 1959, Punkt 16, sowie die im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze*): A n g e n o m m e n .

Ich ersuche um Verlesung der 2 Resolutionsanträge. (*Geschieht.*)

(*Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Mörwald, betreffend die Pragmatisierung bzw. Überführung der Vertragsbediensteten in ein unkündbares Dienstverhältnis*): A b g e l e h n t .

(*Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Mörwald, betreffend den 14. Monatsbezug der Landesbediensteten*): A b g e l e h n t .

Nach Verabschiedung des ordentlichen Voranschlages, des außerordentlichen Voranschlages, des Gesetzentwurfes über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1959 und des Dienstpostenplanes 1959, sowie nach Genehmigung der im allgemeinen Teil

des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze gelangen wir nunmehr zur Abstimmung des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1959 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und des Antrages des Finanzausschusses zum Voranschlag, Punkte 1 bis 13, Punkt 15 und Punkt 16 und 14 im Wortlaut des Gesetzes.

Ich lasse zunächst über den Antrag des Finanzausschusses, und zwar über die Punkte 1 bis 13 und über die Punkte 15 und 16 unter einem und über den Punkt 14 getrennt abstimmen.

Der Antrag des Finanzausschusses liegt im vollen Wortlaut den Mitgliedern des Hauses vor. Ich glaube daher, dem Herrn Berichterstatter die Verlesung des Antrages ersparen zu können. *(Keine Einwendung.)*

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Antrag.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Ich beantrage, den Antrag des Finanzausschusses, Punkte 1 bis 13, und die Punkte 15 und 16, sowie getrennt Punkt 13 im Sinne des Antrages des Finanzausschusses anzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN *(nach Abstimmung über die Punkte 1 bis 13 und 15 und 16 sowie Punkt 13 des Antrages des Finanzausschusses)*: A n g e n o m m e n .

(Nach Abstimmung über Punkt 14 im Wortlaut des Gesetzes): A n g e n o m m e n .

Ich lasse nunmehr über den in der Generaldebatte gestellten Resolutionsantrag des Abg. Dubovsky abstimmen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dubovsky, betreffend die Verwendung der infolge von Erdölrücklieferungen eingesparten Beträge): A b g e l e h n t .

Das Wort hat Herr Landesrat Müllner.

Landesrat MÜLLNER: Wir sind am Ende der Beratungen zum Budget angelangt und es geziemt dem Finanzreferenten — so wie jedes Jahr — dem Hohen Hause seinen Dank für die Beratung und Verabschiedung des Budgets auszudrücken. Wie ich schon erwähnt habe, ist dies das 10. Budget gewesen, das wir miteinander zu beraten hatten; miteinander zu beraten, das heißt, miteinander auszutreten und nach langem Für und Wider festzulegen hatten. Es entspräche sicher nicht den Tatsachen, würde jemand glauben, daß diese vielen Posten und diese vielen Zahlen, die das Leben der Verwaltung bedeuten, so sang- und klanglos und ohne Schwierigkeiten in ein Buch eingeschrieben wurden. Hinter jeder Zahl steht die lebendige Verwaltung, und jede Zahl ist eine Willensäußerung der öffentlichen Verwaltung. Ich habe mir in meinen Ausführungen zu Beginn der Budget-

beratungen zu sagen erlaubt, daß dieses Budget und die 9 vorhergegangenen Budgets ein Ausdruck der gemeinsamen Verwaltung und nicht der Ausdruck der Arbeit eines einzelnen waren. Ich glaube, ich darf zu dieser Meinung auch am Ende dieser Budgetdebatte stehen.

Das soll nicht heißen, daß alle mit allem einverstanden sind und allem bedingungslos zustimmen, denn dieses Budget ist ein Ausgleich der Interessengegensätze, ein Ausgleich zwischen Für und Wider. Ist es nicht Aufgabe einer demokratischen Verwaltung, einen Ausgleich zwischen den Gegensätzen und den verschiedenen Anschauungen zu suchen? Und ist es nicht ein positives Ergebnis, wenn ein Mehrheitsvertreter dieses Hauses sagen kann, daß es sich im großen und ganzen um eine gemeinsame Arbeit handelt, wobei wir Wert darauf legen, festzustellen, daß nur in wenigen Punkten ein Mehrheitsbeschluß notwendig war, und zwar nicht nur bei den Budgetverhandlungen selbst, sondern auch bei den vorhergegangenen Schlußberatungen.

Ich glaube, auch ein Mehrheitsvertreter kann am Ende einer solchen Periode ruhig zugeben, daß in den verschiedenen Fragen Gegensätze bestanden haben. Es tut unserer Ehre gewiß keinen Abbruch, wenn wir eingestehen, daß die Gegensätze oft hart aneinandergeprallt sind, und es ist für den Mehrheitsvertreter auch kein Nachteil, wenn er sich sagen kann, daß er die Intelligenz und Erfahrung des Gegners kennengelernt hat. Gerade die Achtung vor dem Gegner bildet für uns einen Ansporn, unsere Ansichten und Argumente scharf zu formulieren. Es ist der tiefere Sinn der demokratischen Verwaltung, daß Leistung und Überzeugungskraft durch Gegensätze erst recht herausgearbeitet werden müssen. Vielleicht ist es gerade heute nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß wir vor zehn Jahren gezwungen waren, durch einstimmige Beschlüsse die Einheit des gesamten niederösterreichischen Volkes zu dokumentieren, das bestrebt war, gegenüber den Besatzungsmächten seine Einigkeit unter Beweis zu stellen. Möge in diesem Lande auch in besseren Tagen das Gemeinschaftsgefühl immer hochgehalten werden, denn nur die Einheit und Stärke eines Volkes garantieren den Aufbau seines Heimatlandes.

Ich glaube, daß wir zum Abschluß des zehnten Budgets sagen können, daß wir bereit sind, auch in Zukunft unseren Beitrag zum Wohle der Heimat zu leisten, in welcher Zusammensetzung auch immer der Landtag den Willen des Volkes repräsentiert. Es mögen alle, die hier in diesem Hause mit-

einander arbeiten, daran denken, daß wir vor 1950 gezwungen waren, Wege zu gehen, die die Geschlossenheit des Volkes dokumentieren mußten. In diesem Sinne haben wir unsere Budgetberatungen beendet, und es obliegt mir die angenehme Aufgabe, Ihnen allen, die Sie daran beteiligt waren, Dank zu sagen. Vor allem möchte ich dem Finanzbüro und der Finanzverwaltung, in erster Linie Herrn Hofrat Dr. Holzfeind und allen seinen Mitarbeitern, für die geleisteten Vorarbeiten herzlich danken. (*Allgemeiner Beifall.*) Ferner möchte ich allen jenen danken, die immer durch ihren freudigen und ausdauernden Einsatz bei den Budgetberatungen so aufreibend tätig sind, unter diesem Einsatz oft auch zu leiden haben und trotzdem immer ihr Bestes geben; das ist vor allem unser Stenographenbüro. (*Allgemeiner Beifall.*) Mit dem Dank an Sie gebe ich dem Wunsch Ausdruck, daß auch dieses zehnte Budget der Heimat dienen möge und ich darf wohl sagen, daß der Landtag in diesen zehn Jahren positive Arbeit geleistet hat. (*Beifall im ganzen Haus.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben soeben den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1959 beschlossen. Mit diesen Beschluß haben sie Umfang und Ziel der öffentlichen Wirtschaft in unserem Lande für das kommende Jahr festgelegt.

Ich darf die Feststellung treffen, daß sich der Voranschlag für das Jahr 1959 in seinem Wesen und in seinem Aufbau vom Voranschlag für das nun ablaufende Jahr kaum unterscheidet. Trotz gestiegener Ansätze läßt er im allgemeinen eine Stabilisierung der Wirtschaftslage Niederösterreichs erkennen. Es ist für eine Finanzverwaltung eine keineswegs leichte Aufgabe, allen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernissen Rechnung zu tragen, da ihr, sofern sie ins Gewicht fallende höhere Einnahmen nicht erwarten kann, durch die Höhe der gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen ganz von selbst gewisse Schranken gesetzt sind. Sie wird, wenn sie ihr Amt mit dem notwendigen Verantwortungsbewußtsein ausführen will, diese Schranken nicht übersehen können, wengleich die Notwendigkeit und Dringlichkeit mancher anderer Vorhaben nicht verkannt wird.

Es ist eine seit Jahren von den verantwortlichen Regierungsparteien immer wieder festgestellte Tatsache, daß das Land Niederösterreich durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse in besonderem Maße geschädigt wurde. Ich möchte hier auf die große Bela-

stung des Landeshaushaltes verweisen, die aus der Besonderheit der niederösterreichischen Schulverhältnisse und dem damit zwangsläufig verbundenen Lehrerüberhang resultiert. Darüber hinaus ist eines der schwierigsten Probleme in dieser Richtung, wie in der Debatte zum Voranschlag übereinstimmend ausgeführt wurde, die Erhaltung des etwa 12.000 km betragenden Landesstraßennetzes. Kein anderes Bundesland hat auf diesem Sektor eine so schwere Last zu tragen wie Niederösterreich. Bei der gegebenen Beschränkung der Finanzhoheit der Länder kann Niederösterreich diese so notwendige und drängende Aufgabe nur bewältigen, wenn der Bund die hierzu erforderliche Unterstützung durch Übernahme eines entsprechenden Anteiles an Straßen in die Bundesverwaltung gewährt und außerdem dem Lande zur Erfüllung dieser Aufgabe anderweitige Mittel erschlossen werden.

Trotz der aufgezeigten Schwierigkeiten dürfen wir aber dennoch hoffen, daß es der Landesregierung, im besonderen dem Finanzreferenten, Herrn Landesrat Müllner, der den Voranschlag des Landes heuer sozusagen als Jubilar zum zehnten Male zu vertreten hatte, gelingen wird, durch Ausnützung aller sich bietenden Gelegenheiten, so wie bisher auch im kommenden Jahre alle drei Teile des Voranschlages zum Wohle der Wirtschaft unseres Landes zu erfüllen.

Ich darf mit Genugtuung die übereinstimmende Ansicht des Hohen Hauses feststellen, daß der Voranschlag des Landes in gewohnter Weise einwandfrei und genau ausgearbeitet wurde und daß sich jeder Abgeordnete auf Grund der Gliederung, der Erläuterungen und Beilagen ein klares Bild über die finanzielle Lage des Landes machen konnte.

Dafür gebührt der Landesregierung, dem Landesfinanzreferenten und dem Referatsleiter, Herrn Vortragenden Hofrat Dr. Holzfeind, samt seinen Mitarbeitern unser besonderer Dank.

Zu danken habe ich auch dem Herrn Berichterstatter für seine Ausdauer und Mühe sowie den Mitgliedern des Landtages für die rege Beteiligung bei der Beratung des Voranschlages sowohl im Finanzausschuß und im Hause, die nach der Dauer der Beratung und nach der Zahl der Redner geradezu einen Rekord darstellte.

In meinen Dank habe ich noch einzuschließen die Beamten der Landtagskanzlei und des Stenographenamtes, der Landeskorrespondenz und der Presse und nicht zuletzt die beiden Präsidenten, die mich im Vorsitz unterstützt haben.

Dieser Voranschlag ist der letzte, den der Landtag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu beschließen hatte. Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß im kommenden Jahr der neu gewählte Landtag auf der gleichen Linie fortsetzen wird und unter Auswertung unserer bisherigen Erfahrungen an einem gesunden Aufstieg der Wirtschaft unseres Heimatlandes weiterbauen kann.

Wir kommen nun zur Beratung der bereits angekündigten Nachtragstagesordnung. Ich will dem Hohen Hause mitteilen, daß die angekündigte Nr. 609 im Ausschuß nicht beschlossen wurde und außerdem der beschlossene Gesetzentwurf 559 Lichtschauspielgesetz heute zur Beratung kommt. Ich bitte das Hohe Haus, dies zur Kenntnis nehmen zu wollen. Oder ist eine Gegenstimme vorhanden? Das ist nicht der Fall.

So ersuche ich den Herrn Berichterstatter Abg. Schöberl die Verhandlung zu Zahl 602 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Ich habe namens des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1958, Bewilligung von Überschreitungen und Nachtragskrediten zu berichten.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit Zahl 602 befaßt, welche die Bewilligung von Überschreitungen und Nachtragskrediten zum Inhalt hat. Es ergeben sich dementsprechend Überschreitungen im ordentlichen Voranschlag im Jahre 1958 im Betrag von 21,409.800 Schilling, im außerordentlichen Voranschlag von 32,122.000 Schilling, zusammen im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag somit im Betrag von 53,531.800 Schilling. Ebenso ergibt sich im außerordentlichen Voranschlag ein Nachtragskredit von 15,861.000 Schilling.

Ich stelle namens des Finanzausschusses an das Hohe Haus den Antrag auf Genehmigung der Vorlage der Landesregierung, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1958: Bewilligung von Überschreitungen und Nachtragskrediten.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die in beiliegender Liste angeführten Bewilligungen von Überschreitungen von Krediten des ordentlichen Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1958 in Höhe von 21,409.800 S und im außerordentlichen Voranschlage des Landes Niederösterreich für das Jahr 1958 von 32,122.000 S werden genehmigt.

2. Die in beiliegender Liste angeführten Nachtragskredite des außerordentlichen Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1958 in der Höhe von 15,861.000 S werden genehmigt.

3. Die niederösterreichische Landesregierung wird ermächtigt, verzinsschwebende Schulden oder Anleihen bis zur Höhe von 47,983.000 S aufzunehmen.“

Ich ersuche das Hohe Haus um Annahme.

PRÄSIDENT SASSMANN: Hier liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. (Nach Abstimmung): Angenommen.

Ich ersuche den Herrn Abg. Kuntner an Stelle der Frau Abg. Czerny die Verhandlung zu Zahl 603 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUNTNER: Hohes Haus! Ich habe namens des gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Voranschlag für den niederösterreichischen Berufsschulbaufonds für das Jahr 1959 zu berichten. Nach dem niederösterreichischen Berufsschulbaufondsgesetz, das im vorigen Jahr beschlossen wurde, wurde gemäß § 1 dieses Gesetzes ein Fonds errichtet, der dazu dient,

für die Errichtung von Schulbaulichkeiten für öffentliche, gewerbliche und kaufmännische Berufsschulen (Neubauten, Auf-, Um- und Zubauten);

für die Erwerbung von Objekten und deren Adaptierung für den vorgenannten Zweck;

für den Bau von Schülerheimen (Neubauten, Auf-, Um- und Zubauten), die öffentlichen Berufsschulen angegliedert sind;

für die Erwerbung von Objekten und deren Adaptierung für solche Schülerheime;

für die Erwerbung von Baugründen zu den vorangeführten Zwecken die Mittel bereitzustellen für die öffentlichen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen in Niederösterreich.

Um sich zeitgerecht über Unterstützungsmöglichkeiten für die Schulsitzgemeinden in besonders vordringlichen Fällen in dem eben umschriebenen Rahmen schlüssig werden zu können, ist es erforderlich, das Ausmaß der zu erwartenden Mittel festzustellen. Zu diesem Behufe ist die Erstellung eines Voranschlages für den nö. Berufsschulbaufonds für das Jahr 1959 erforderlich.

Unter den Einnahmen sieht der Voranschlag für das Jahr 1959 einen Beitrag des Landes in der Höhe von 2,000.000 S vor. Die-

ser Betrag wurde in dem h. ä. Entwurf für den außerordentlichen Voranschlag für 1959 unter V. A. 2319—90 vorgesehen.

Ferner wurden 2 Prozent der an Gemeinden und Gemeindeverbände zu gewährenden Bedarfszuweisungen gemäß Rücksprache mit dem Landesamt II/1 mit 1,300.000 S veranschlagt. Für das Jahr 1959 ist zwar gegenwärtig noch nicht bekannt, in welcher Höhe diese Bedarfszuweisungen an die Gemeinden durch den Bund veranschlagt werden. Mangels einer näheren Kenntnis der Absichten des Bundes müssen daher als Grundlage die Bedarfszuweisungen des Jahres 1958 genommen werden.

Weiter sind Beiträge, welche die Gemeinden nach der Zahl der in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft ihres Gebietes beschäftigten Lehrlinge, die eine Gebietsberufsschule besuchen, zu leisten haben, zu erwarten. Gemäß § 3, Abs. 2 des Gesetzes beträgt der Beitrag pro schulpflichtigem Lehrling und Schuljahr 15 S. Für das Schuljahr 1959 ist voraussichtlich mit einer Lehrlingszahl von rund 14.300 zu rechnen. Diese Post wird daher mit einem Betrage von 214.500 S in Aussicht genommen.

Schließlich werden noch für „Verschiedene Einnahmen“, das sind vor allem Bankzinsen und allfällige sonstige nicht vorhergesehene Zugänge 5500 S veranschlagt.

Die im Gesetz erhofften etwaigen Beiträge der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Niederösterreich und des Bundes können nicht vorgesehen werden, weil die Handelskammer sich bereits außerstande erklärt hat, einen Beitrag zu leisten, und seitens des Bundes bisher keine Zusage in dieser Richtung vorliegt.

Den Gesamteinnahmen in der Höhe von 3,520.000 S für das Jahr 1959 stehen Ausgaben in Höhe von 5000 S als „Verschiedene Ausgaben“ für Bankspesen, Porti, Reisekosten und dergleichen mehr gegenüber. Der verbleibende Restbetrag von 3,515.000 S steht somit für die Gewährung von nicht rückzahlbaren Schulbauhilfen und für unverzinsliche Darlehen gemäß § 5 des Gesetzes zur Verfügung.

Da nach § 6 des Gesetzes der Fonds bereits mit 1. Jänner 1958 zu bestehen anfängt, werden sich Einnahmen aus Landesmitteln, Abgabenertragsanteilen und aus Gemeindemitteln (Kopfquoten der Schüler) auch noch für das Jahr 1958 ergeben.

Ich habe daher namens des gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses dem Hohen Hause folgenden Antrag vorzulegen (liest):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Voranschlag des niederösterreichischen Berufsschulbaufonds für das Jahr 1959 wird gemäß der vorliegenden Aufstellung mit dem Vorbehalt genehmigt, daß die Höhe des Beitrages des Landes mit der Höhe des im Landesvoranschlag 1959 für diesen Zweck bewilligten Betrages übereinstimmt. Im Falle der Änderung der Höhe des Landesbeitrages ist der abgeänderte Betrag im Voranschlag des Fonds einzusetzen.

2. Falls die dem niederösterreichischen Berufsschulbaufonds zufließenden Mittel die im Voranschlag für das Jahr 1959 vorgesehenen Beträge überschreiten, wird die Landesregierung ermächtigt, bis zur vollen Höhe dieser Einnahmen durch Gewährung weiterer Schulbaubehilfen und unverzinslicher Darlehen zu verfügen.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt keine Wortmeldung vor, wir kommen zur Abstimmung. (Nach Abstimmung): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Kuntner, die Verhandlung zur Zahl 605 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUNTNER: Hohes Haus! Ich habe namens des gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend Genehmigung des Voranschlages des Schulbaufonds für Niederösterreich für das Jahr 1959 zu berichten.

Gemäß § 2 (2) der Richtlinien für die Verwaltung des Schulbaufonds für Niederösterreich ist dessen Voranschlag vom Landtag zu genehmigen.

Unter den Einnahmen sieht der Voranschlag für das Jahr 1959 einen Beitrag des Landes in der Höhe von S 7,000.000,— vor. Die dem Schulbaufonds zufließenden 20 Prozent der Gemeinden und Gemeindeverbände zu gewährenden Bedarfszuweisungen wurden mit S 13,200.000,— präliminiert, da das Gesamtaufkommen laut Bundesvoranschlag 1959 wie im Vorjahr auf rund S 66,000.000,— geschätzt wurde. An Schulklassenbeiträgen wurden für das Jahr 1959 S 1,914.000,— festgestellt.

Die im Jahre 1959 eingehenden Tilgungsraten für bereits gewährte unverzinsliche Schulbaudarlehen belaufen sich auf insgesamt S 2,312.000,—.

Dem präliminierten Gesamteingang von S 24,433.000,— steht im Ausgang der vom Schulbaufonds übernommene Zinsen- und Tilgungsdienst für von Gemeinden aufgenommene Schulbaudarlehen mit S 110.000,— gegenüber, so daß im Jahre 1959 für die Ge-

währung von Schulbauhilfen ein Betrag von S 24,318.000,— verbleibt.

Ich habe daher namens des gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses dem Hohen Hause folgenden Antrag vorzulegen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Voranschlag des Schulaufonds für Niederösterreich für das Jahr 1959 wird mit dem Vorbehalt genehmigt, daß die Höhe des Beitrages des Landes mit der Höhe des im Landesvoranschlag 1959 für diesen Zweck bewilligten Betrages übereinstimmt.

2. Falls die dem Schulaufonds für Niederösterreich zufließenden Mittel die im Voranschlag des Schulaufonds für das Jahr 1959 vorgesehenen Beträge überschreiten, wird die Landesregierung ermächtigt, bis zur vollen Höhe dieser Einnahmen durch Gewährung weiterer Schulbauhilfen zu verfügen.“

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt ebenfalls keine Wortmeldung vor, wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung*): **A n g e n o m m e n.**

Ich ersuche den Herrn Abg. Sigmund die Verhandlung zur Zahl 610 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SIGMUND: Hoher Landtag! Ich habe namens des Kommunalausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend die Stadtgemeinde St. Pölten, Bericht des Rechnungshofes über die Gebarungsprüfung 1956 und 1957, zu berichten.

Ich glaube, daß den Mitgliedern des Hohen Ausschusses diese Vorlage seit langem bekannt ist, daher will ich mir ersparen, näher auf den Rechnungshofbericht einzugehen. Zum Schluß des Berichtes heißt es (*liest*): „Abschließend kann gesagt werden, daß die Besserung der Finanzlage der Stadt in den Jahren 1956 und 1957 nur langsame Fortschritte gemacht hat.“

Ich habe daher namens des Kommunalausschusses dem Hohen Hause folgenden Antrag vorzulegen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Bericht des Rechnungshofes vom 28. September 1958, Zl. 2730-5/1958, über die Ergebnisse der im Jahre 1958 vorgenommenen Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde St. Pölten für die Jahre 1956 und 1957 wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt keine Wortmeldung vor, wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung*): **A n g e n o m m e n.**

Ich ersuche den Herrn Abg. Kuntner, die Verhandlung zur Zahl 612 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUNTNER: Hohes Haus! Ich habe namens des Kommunalausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend die Erhebung der Ortsgemeinde Gänserndorf, politischer Bezirk Gänserndorf, zur Stadtgemeinde, zu berichten:

Die Ortsgemeinde Gänserndorf wurde bereits im Jahre 1115 urkundlich erwähnt, ist damit älter als die beiden anderen Städte des Bezirkes und ist heute der bedeutendste Ort des Marchfeldes. Gänserndorf umfaßt ein Gebiet von 30,57 km², zählt 3500 Einwohner und ist der verkehrstechnische, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkt des politischen Bezirkes Gänserndorf mit 97 Ortsgemeinden. Gänserndorf ist Sitz aller Behörden, wie Bezirkshauptmannschaft, Finanzamt, Vermessungsamt, Bezirksgericht, Arbeitsamt, Eichamt, aller Kammern und Schulen sowie Bahnknotenpunkt. Ein großes zentrales Verwaltungsgebäude der ÖMV ist — ebenso wie ein neues Gebäude der Kammer für Arbeiter und Angestellte — fast fertiggestellt, die NEWAG sorgt durch den Bau eines neuen und leistungsfähigen Umspannwerkes für die klaglose Versorgung des Ortes und seiner Umgebung mit Licht und Kraftstrom.

Der Bau der Wasserleitung und einer modernen Kanalisation samt Kläranlage durch die Gemeinde sind in Arbeit. Eine moderne Aufbahrungshalle sowie eine neue Sportanlage wurden heuer errichtet. Ein neuzeitliches Gemeindefohnhaus mit sechs Wohnungen ist bereits fertiggestellt, zwei Wohnhausanlagen mit zusammen 31 Wohnungen stehen vor der Vollendung. Die Hauptschule wurde durch einen Zubau erweitert, für das Siedlungsgebiet „Heide“ wurde eine eigene Volksschule errichtet.

Der Hauptplatz wurde ausgestaltet, Grünanlagen wurden geschaffen und die wichtigsten Gemeindefohnstraßen mit staubfreiem Belag versehen. Über die Trasse der Bundesbahn wurden zur Erschließung des Siedlungsgebietes durch die Ortsgemeinde zwei Fußgängerübergänge errichtet.

Das Telephonnetz wurde automatisiert und verkabelt, ein modernes Wählamt fertiggestellt. Eine Reihe weiterer öffentlicher Gebäude sollen in den nächsten Jahren umgebaut und modernisiert werden.

Es ist bereits erwähnt worden, daß dieser Beschluß am 21. Juni 1956 gefaßt wurde, und zwar — das muß ausdrücklich festgestellt werden — einstimmig gefaßt wurde. Das Ansuchen wurde am 5. September 1956 über-

bracht und von den zuständigen Ämtern wurden die nötigen Unterlagen beschafft. Von allen in Betracht kommenden Behörden und Dienststellen, insbesondere von der Bezirkshauptmannschaft, wurde das Ansuchen befürwortet. (Abg. Weiss: Das stimmt aber nicht!)

Ich möchte nur feststellen, daß die Gemeinde einvernehmlich vorging, daß das Landesamt das Einvernehmen gepflogen hat und auch den Termin feststellte und daß das Landesarchiv gleichzeitig beauftragt wurde, ein Wappen zu entwerfen, dessen Beschreibung lautet: „In blauem Feld auf grünem Grund ein goldfarbener nach rechts schreitender Gänsehirt, der eine weiße Gans vor sich treibt.“ Die Fahnenfarben sind blau-weiß. Die Erhebung des Bezirksvorortes Gänserndorf zur Stadt und Verleihung eines Stadtwappens würde für diese tatkräftige und strebsame Gemeinde eine sichtbare Auszeichnung bedeuten.

Ich darf daher namens des Kommunal-ausschusses mit persönlicher Genugtuung feststellen, daß einstimmig beschlossen wurde, dem Hohen Hause folgenden Antrag vorzulegen (liest):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die Erhebung der Ortsgemeinde Gänserndorf im politischen Bezirk Gänserndorf zur Stadt wird gemäß § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1926, LGBl. Nr. 145, genehmigt.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, wegen Durchführung dieses Landtagsbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte, diesem Antrage die Zustimmung zu geben.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Weiss.

Abg. WEISS: Hohes Haus! Mit dem Antrage des Kommunal-ausschusses soll über die Vorlage der Landesregierung, betreffend die Erhebung der Ortsgemeinde Gänserndorf zur Stadtgemeinde, abgestimmt werden.

Darf ich dazu nur einige ganz kurze Bemerkungen machen:

Schon in den Jahren nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ist ein gemeinsamer Antrag des Gemeinderates von Gänserndorf, betreffend die Stadterhebung von Gänserndorf, vorgelegen. Der damalige Bezirkshauptmann von Gänserndorf, Dr. Baumgartner, er ist sicherlich allen hier im Hause bekannt, hat damals davon abgeraten, weil Gänserndorf unter den Folgen des Krieges sehr schwer zu leiden hatte und noch sehr viel in verschiedener Beziehung nachzuholen war.

Wenn nun im Jahre 1956 neuerlich ein solcher Antrag gestellt wurde, so darf dazu gesagt werden, daß seit dem Jahre 1946 in Gänserndorf erfreulicherweise wirklich sehr viel geschehen ist. Wenn auch vielleicht eine unliebsame Verzögerung in der Durchführung der Stadterhebung seit dem Gemeinderatsbeschuß eingetreten ist, darf ich dazu wohl bemerken, daß eine solche Verzögerung der Gemeinde Gänserndorf sehr zustatten gekommen ist, das hat auch Bürgermeister Graf nicht abgestritten. Gerade in dieser Zeit wurde so manches fertiggestellt, was Gänserndorf sicherlich zugute kam.

Wir dürfen uns darüber freuen, daß nunmehr die Stadterhebung von Gänserndorf beschlossen wird. Meine Fraktion wird dafür stimmen und wir dürfen die Bezirksstadt Gänserndorf dazu herzlich beglückwünschen. (Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte ist niemand gemeldet, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUNTNER (Schlußwort): Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte den Herrn Präsidenten, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Wir kommen zur Abstimmung. (Nach Abstimmung): A n g e n o m m e n .

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Hohes Haus! Der Landtag von Niederösterreich hat nunmehr seine Tätigkeit für das Jahr 1958 abgeschlossen. Weihnachten und ein neues Jahr stehen vor der Tür.

Rückblickend dürfen wir mit Dankbarkeit feststellen, daß wir auch in diesem Jahr unbeeinflußt vom Weltgeschehen unsere Aufgaben in Ruhe und Ordnung erfüllen konnten. Wie lange wird es noch dauern, bis diese Ruhe und Ordnung in der ganzen Welt eingekehrt sein werden, wie lange wird es noch dauern, bis der wahre Friede die Herzen aller Menschen erfüllt haben wird?

Wir können diese Frage nicht beantworten, wir können lediglich das Unsere dazu beitragen. Daß wir diesen unseren Beitrag auch schon bisher geleistet haben, haben wir mehr als einmal unter Beweis gestellt.

Das kommende Weihnachtsfest, das nicht umsonst das Fest des Friedens genannt wird, möge in allen Menschen den guten Willen zur Achtung des Nächsten und zum friedlichen Nebeneinanderleben der Völker erwecken beziehungsweise vertiefen, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein.

In diesem Sinne möchte ich meine Wünsche für das bevorstehende Fest sowie für ein glückliches und zufriedenes Jahr 1959 Ihnen, verehrte Damen und Herren, wie auch der gesamten Bevölkerung unseres Landes Niederösterreich entbieten.

Abg. SCHWARZOTT: Namens des Hohen Hauses danke ich für die Glückwünsche und

erwidere dieselben auf das aufrichtigste.
(Beifall im ganzen Hause.)

PRÄSIDENT SASSMANN: Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 15 Uhr 48 Minuten.)
